

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. August 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der Abschied von Friedrich Engels.

Es gingen feruer im Trauerhause von Engels folgende Depeschen ein:

Aus Barmen:

Dem großen Vorkämpfer des Klassenbewußten Proletariats, Friedrich Engels, senden die Sozialdemokraten seiner Vaterstadt Barmen einen letzten Gruß ins Grab mit dem Gelübde, unerschütterlich und rastlos auf der Bahn vorwärts zu schreiten, die er uns klar vorgezeichnet hat.

Die Sozialdemokraten Barmens.

Aus Solingen:

Unser aufrichtiges Beileid über den Tod des unvergeßlichen Nestors der deutschen und internationalen Sozialdemokratie, Friedrich Engels.

Administration und Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“.

Aus Nordhausen:

Den Ausdruck des tiefsten Beileids, anlässlich des Dahinscheidens unseres treuen Vorkämpfers Friedrich Engels, senden die Parteigenossen Nordhausens.

Die Sozialdemokraten Barmens.

Aus Essen an der Ruhr:

Die Sozialdemokraten von Essen in Rheinpreußen geloben an der Bahre ihres Vorkämpfers, Friedrich Engels, ohne Unterlaß dahin zu wirken, daß die Lehren des Verewigten in immer breiterer Volksmassen dringen und so ihrer praktischen Durchführung entgegensteilen. Dies ist das beste Denkmal, welches wir unserem Engels setzen können.

Im Auftrag der Essener Sozialdemokraten.

Aus Graz:

Im Schmerze mit Euch ob des unersehlichen Verlustes unseres Genossen, Lehrers und Beraters Friedrich Engels.

Für das Steiermärkische Landeskomitee.

Aus Bern:

Die Arbeiterunion Berns trauert mit den Arbeitern Londons und der ganzen Welt über den Tod unseres geliebten Engels.

Das Arbeiterssekretariat Bern.

Vereint mit den Sozialisten aller Länder trauern wir um den Tod des treuen Vorkämpfers des Proletariats, des unvergeßlichen Engels.

Russische Sozialisten.

Aus Lausanne:

Unser tiefstes Beileid der Sozialdemokratie zu dem Tod des unsterblichen Begründers des internationalen Sozialismus. Hoch die Sozialdemokratie!

Sozialistische bulgarische Studenten.

Aus Paris:

Genossen, wir betrauern mit Euch den Tod unseres theuren, unvergeßlichen Engels. Er wird fortleben in dem Herzen der Arbeiterklasse aller Länder.

Der deutsche Vorkämpfer.

Skizzen aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

(Nachdruck verboten.)

Es waren im ganzen einige zwanzig Personen beiderlei Geschlechts, auch einige Kinder, schöne muskulöse Gestalten fast alle; aber so schmutzig und thierisch, wie es Indianer eben zu sein pflegen. Dank den Sprachkenntnissen des Gaucho entspann sich eine regelrechte Unterhaltung, die durch die Geschenke des Mr. White sehr belebt wurde.

Ob es viele Indianer gäbe in der Nähe... Der große Bursche zeigte mit einer Grimasse an, daß es sehr viele gäbe; ungefähr so viele wie Gras in dem Chaco.

Wo denn...? Er zeigte auf den Westen. Hätten viel Vieh, Schafe und Pferde. Sie wären seit einem Tage hier, wollten aber bald wieder fort. Ob der Kazite dort — er wies auf den Engländer — keine Geschenke mehr hätte, keinen Aguardiente. In der Weife ging die Unterhaltung fort. Der Engländer entdeckte richtig irgend eine anthropologische Rarität an dem Schädel des Weibes, die krank in dem letzten Zelt lag. Er hatte sein Taschenbuch herausgezogen und machte sich eifrig Notizen und Zeichnungen. Die braune Gesellschaft schaute ihm misstrauisch zu und die Alte am Feuer kam alle Augenblicke heran, um zu sehen, was er schrieb. Jedenfalls fürchtete sie einen Zauber oder was ähnliches Unangenehmes, was Mr. White aber nicht im geringsten fürchte. Er wollte, um es sich bequem zu machen, in der Nähe des Feuers niederhocken, da fiel ihm auf einmal bei dieser Bewegung aus seiner Brusttasche eine große mit Alkohol gefüllte Flasche heraus, in der er zufällige Fünde von Insekten zu bergen pflegte. Unglücklicher-

Wir vereinigen uns mit dem Schmerze des internationalen Proletariats in tiefer Trauer am Sarge unseres Lehrers, Fürsprech und unvergeßlichen Freundes der Sozialdemokratie Russisch-Polens. Das Komitee Sprawa Robotnicza.

Aus Neapel telegraphirte Prof. Antonio Labriola und bat, in seinem Namen einen Kranz auf den Sarg des „unvergeßlichen Freundes“ niederzulegen. Ähnliche Bestellungen liefen telegraphisch und brieflich noch zu Tausenden im Trauerhause, sowie bei den Genossen Fr. Lehner, J. Motteler und anderen ein und wurden, soweit es die Zeit erlaubte, getreulich ausgeführt. Andere Freunde und Verehrer des Verstorbenen, darunter der Sohn des unvergeßlichen Wilhelm Brake, hatten direkt Kränze oder sonstige angemessene Blumenpenden gesendet. Alle diese hier aufzuführen, würde zu weit führen. Es sei daher nur erwähnt, daß die in Deutschland lebenden Verwandten Engels, von denen fünf herübergekommen waren, dem Verewigten ein prachtvolles Blumenkissen widmeten. Namens des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokraten wurde ein mächtiger Kranz gesendet mit der Widmung: „Ihrem unvergeßlichen Freunde und Verehrer die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“ Paul Lafargue brachte einen Kranz im Namen des Nationalrats der französischen Arbeiterpartei, M. Wolchowski im Namen der russischen Sozialisten der Gruppe „Narodnaja Wolja“, Vera Sassulitsch im Namen der russischen Sozialdemokraten.

Ferner waren durch Blumenpenden vertreten die österreichischen Genossen, die Genossen in verschiedenen Städten Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz, die Redaktion des „Vorwärts“, der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London, verschiedene Freunde, die sich in Engels Haus zu treffen pflegten, sowie als intimere Leidtragende Ludwig und Louise Freyberger, Eleonor Koeling und Laura Lafargue, Percy und Ellen Kofcher. Ein Lorbeerkranz mit der Widmung „Dem Kämpfer und Denker“ auf einem prächtigen rothen Blumenkissen war vom Genossen Dief in Stuttgart eingekauft worden. So war der Sarg, in dem die Reste unseres Vorkämpfers zur Verbrennungstätte befördert werden sollten, buchstäblich mit Blumen bedeckt, und ein weiterer Flor von Blumen umgab ihn.

Die englischen Organisationsgruppen waren bei Engels' Bestattung so zahlreich vertreten, wie es bei dem privaten Charakter der Feier möglich war. Die gegnerischen Blätter, die von einer Nichtbeteiligung und Gleichgiltigkeit der Engländer sprachen, konnten mit genau demselben Recht von der Nichtbeteiligung und Gleichgiltigkeit der deutschen Arbeiter reden.

Um 11 Uhr sollte auf der Station Westminster Bridge der South Western Railway der Abschied von der Leiche stattfinden. Infolge einer zum Glück erfolglos gebliebenen Demonstration trat indes eine Verzögerung ein, und es war zwei Uhr, als Sam Moore, ehemals in Manchester und jetzt in London, als einer der ältesten Freunde und mit Louise Freyberger und Ed. Bernstein

weise zersprang die Flasche, das Feuer schlug vorüber und im Nu stand das letzte Zelt in Flammen. Der Engländer sprang entsetzt zurück, denn bei einem Haare hätte die Flamme auch ihn ergriffen. Ein ungeheures Getöse entstand. Zwei brennende Gestalten taumelten aus dem Zelt in die Höhe; der Große, der sicher wie die Uebrigen glaubte, daß der Weiße seinen bösen Zauber ausgeübt habe, sprang heulend auf den Engländer zu und schwang seine Keule nach ihm; aber ehe sie auf dessen Kopf niederfiel, hatte Mr. White mit einer ungemeynen Schnelligkeit sein Repetirgewehr an die Wade gerissen, ein Knall, der Indianer sprang zwei Fuß hoch in die Höhe, schlug mit den Armen um sich, die Keule entfiel ihm und er stürzte tot auf Gesicht. Alles das war im Nu vor sich gegangen. Im nächsten Augenblick floh die ganze Indianergesellschaft im Schrecken in den Wald hinein, mit ihnen die beiden schwankenden und mit flüssigem Feuer übergoßenen Kranken. German Wintersfeld sah in dem brennenden Zelte mitten im Qualm ein zappelndes etwas; sprang hinzu, versengte sich dabei Haare und Augenbrauen und zog ein arg von den Flammen verbranntes Kind aus einer Ecke, das heiser stöhnte und vor Schmerz die Glieder bewegte.

So endete der Indianerbesuch des Mr. White ebenso unglücklich, wie der Anfang seiner Expedition es von Hause aus gewesen war.

Zurück... schrieb der Gaucho, daß wir schnell zu unserem Lager kommen... das ist eine verdamnte Geschichte...

Mr. White zeigte keine rechte Lust, schon zu gehen. Er hatte sein Messer gezogen und schien zu beabsichtigen, dem erschrockenen Indianer seinen Kopf abschneiden zu wollen, um wenigstens einen Schädel für seine Sammlung zu haben; aber der Gaucho riß ihn, ohne viel Federlesens zu machen,

Testamentsvollstrecker von Friedrich Engels, die sich um den Sarg drängenden Freunde des Verstorbenen begrüßte und diesem selbst in schlichten herlichen Worten das letzte Lebewohl sagte. Ihm folgte im Namen der in Deutschland lebenden Verwandten Engels' Herr Gustav Adolf Schlichtendahl aus Barmen, der Gatte einer der Nichten von Engels.

In taktvoller Weise sollte dieser dem Wirken Engels' für die Nothleidenden und Unterdrückten die warmste Anerkennung, ohne zu verschweigen, daß er selbst, wie diejenigen, in deren Namen er spreche, in den Begegnungen und Zielen nicht mit Engels übereinstimmte. Aber rückhaltlos müsse er dessen Charakter, Uneigennützigkeit und die liebenswürdige Freundschaft preisen, die er zu allen Zeiten seinen Familienangehörigen gegenüber bewiesen. Mit rührender Liebe habe Engels stets das Andenken seiner Mutter, und mit der größten Hochachtung das seines Vaters hochgehalten, der doch mit seinen Bestrebungen so wenig einverstanden gewesen sei, und trotz Meinungsverschiedenheiten hätten die Familiengenossen bei einem Besuche in seinem Hause sich stets wie in dem eines lieben Freundes gefühlt. In dieser Hochachtung des Menschen und der Anerkennung seines edlen Strebens wisse sich der Sprecher und die mit ihm am Sarge erschienenen Verwandten des Verstorbenen mit all denen einig, die als Bestimmungsgenossen gekommen sind, ihm das letzte Geleit zu geben.

Hierauf nahm Wilhelm Dieblich als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie das Wort, und seine ausdrucksvolle Ansprache sei ausführlich wiedergegeben:

Als Engels' ältestem Freund in Deutschland ist es mir zugefallen, hier für die deutsche Sozialdemokratie zu reden, und unserem Schmerz Ausdruck zu geben über den Verlust, der uns betroffen. Seit Karl Marx uns genommen ward, ist kein solcher Schlag auf uns niedergefallen. In Friedrich Engels ist Marx zum zweiten Mal gestorben. Und er selbst hat seines gleichen nicht mehr unter den Lebenden. Klein ist die Zahl derer, die hier am Sarge stehen. Wären alle im Körper anwesend, die es im Geiste sind — Millionen und Millionen wären hier, und ganz London wäre nicht groß genug, sie alle aufzunehmen. Der schlichte Sinn des Todten verbot jede öffentliche Kundgebung, und so sind nur wenige hier, aber diese wenigen vertreten Millionen, vertreten eine Welt, die Friedrich Engels mit Karl Marx zusammen entdeckt und erobert hat, und die der Welt des Kapitalismus den Untergang bereiten wird. Friedrich Engels hat mit Karl Marx, von dem er nicht zu trennen ist, mit dem er — der Geisteserben — den Geisteserben — zu Einem zusammengewachsen ist, den wissenschaftlichen Sozialismus geschaffen — er hat den Sozialismus aus dem Wollenheim der Träume, der philanthropischen Utopie auf den harten Boden der Thatfachen gestellt, und daß Geheimniß der Entwicklungsgehege enthüllt, deren Kenntnis, jeden Irrweg ausschließend, den sicheren Weg zum Siege zeigt. Schon als Dreiundzwanzigjähriger, vor länger als einem halben Jahrhundert ward er dem Proletariat ein Wegweiser in seiner „Lage der arbeitenden Massen Englands“. Von der hohen internationalen Warte des die ökonomische Welt und den Weltmarkt beherrschenden England überfah er — gleich Karl Marx — den Gang und das Getriebe der wirtschaftlichen Entwicklung und, die Schranken der Rationalitäten überspringend, erfasste er die Internationalität der Arbeiterbewegung. Der Klassenkampf hat die Welt in zwei feindliche Lager getrennt — es giebt in Wahrheit nur zwei Völker: das Volk der Kapitalisten und das Volk der Proletarier.

zurück, und stieß ihn vor sich hin auf den Weg zu, den sie eben gekommen waren. Er sprach auch auf dem ganzen Wege kein Wort, sondern machte ein ernstes finsternes Gesicht. German Wintersfeld trug vorsichtig seinen Hund, der unausgeseht schrie und wimmerte, in seinen Armen mit sich, und als die vier Personen athemlos bei den Uebrigen angekommen waren, entpuppte sich das Kind bei näherem Zusehen als ein ungefähr fünf Jahre altes Mädchen, das an den Vorderarmen und der Brust ziemlich arg verbrannt war.

Wenn das Unglück gestorben ist... vielleicht könnte man es auch gleich jetzt tödten, sagte Mr. White kaltblütig, werden sie die Güte haben, mir seinen Schädel zu schenken. Es thut mir unendlich Leid, daß man mir nicht Zeit ließ, den des Großen mitzunehmen; er war wirklich sehr interessant. Herr Wintersfeld antwortete nicht. Er holte frisches Wasser herbei, reinigte und kühlte die Wunden des kleinen Geschöpfes und verband sie darauf mit etwas Beinewand und Del, so daß das Kind sich endlich beruhigte.

Ihr habt uns mit Eurem Schuß in eine unangenehme Lage gebracht, Patron... sagte der Gaucho zu dem Engländer.

Warum denn... meinte dieser erstaunt. Zum allerwenigsten können wir unsere Reise nicht weiter fortführen und müssen umkehren, ob wir wollen oder nicht...

Das wäre... Ihr wollt wohl mit aller Gewalt skapirt werden; das ist eine unangenehme Prozedur, könnt es glauben... die Indianer dürften wenig Federlesens machen, mit Euch wie mit uns allen...

Ich fehle niemals, wenn ich schiefe... Habt Ihr einmal Guschreden gesehen hier oder unten in Argentinien... wenn Ihr einen Schwarm Guschreden

Ein halbes Jahrhundert hat Friedrich Engels gearbeitet, und wie gearbeitet! Ein halbes Jahrhundert der Anstrengung und der Ernte. Dieses halbe Jahrhundert ist die Geschichte der internationalen Sozialdemokratie. Und als Friedrich Engels vor 2 Jahren Deutschland und Oesterreich besuchte, da konnte er Herrschau halten über einen Theil der gewaltigen Armeen, die er mit seinem Karl Marx angeregt. Von seinen Freunden hat Engels einst im Scherz den Beinamen General erhalten und ihn auch später behalten. Aber er war ein General, ein wirklicher Heerführer. Hätten die Dinge sich zu einem wirklichen großen Kampf auf dem Schlachtfelde zugelassen, er hätte als General an unserer Spitze gestanden. Er war ein Wegweiser und ein Begleiter, ein Vorkämpfer und ein Mitkämpfer, Theorie und Praxis waren in ihm vereinigt. Er stand als geistiger Leiter an unserer Spitze und in seinem Denken und Fühlen in der Aktion in unserer Mitte.

Er war eine wunderbar vielseitige und zugleich fest abgeschlossene Persönlichkeit, eine Persönlichkeit im Großen und im Kleinen — des Größten fähig, das Kleinste nicht vernachlässigend. Selbstlos, sich stets der Sache unterordnend, bis zu Marx's Tod, und noch nach Marx's Tod seine Person dem großen Freund anopfernd, hat er stets der Pflicht gelebt, stets an sich selbst die höchsten Anforderungen stellend. Von einem uns politisch fern stehenden Mitglied seiner Familie ward uns soden gesagt, wie er in der Familie seine Pflicht gethan. Das kennzeichnet ihn. Ueber der Menschheit hat er die Familie nicht vergessen — nichts Menschliches war ihm fremd, immo und überall hat er seine Schuldigkeit, und war liebevoll und heiter — heiter auch in den ernstesten Kämpfen. Lächelnd, scherzend verabschiedete er 1849 die Feder mit der Muskete, und lächelnd und scherzend stand er im Feuer. Bis zuletzt bewahrte er sich diese Heiterkeit. Der Tod, der Überwinder, konnte ihn wohl fällen, nicht überwinden.

Ich kann sein Leben nicht erzählen. Er und Marx gaben uns das „Kommunistische Manifest“; er und Karl Marx gründeten die Internationale Arbeiter-Assoziation, die, todt in der alten Form, heute weit, weit mehr ist, als die Gründer in ihrem kühnsten Hoffen erhofft — das organisierte Proletariat der Welt. Die Arbeiter aller Länder sind vereinigt und nichts kann ihren Siegeslauf mehr aufhalten.

Den Amerikanern in ihrem Kampf gegen die Sklaverei und die Sklavenbarone zog der Geist John Browns voran. Dem Proletariat der Welt zieht Dein Geist voran, Friedrich Engels! Dein Geist und der Geist Deines und unseres Karl Marx, zusammen wie ein flammendes Doppelgestirn, uns zum Siege führend!

Wir trauern um Dich, wie wir um Karl Marx getrauert — aber wir vergehen uns nicht in unthätiger Trauer! Wir setzen Dir und Euch beiden kein Denkmal von Erz und Stein. Ihr seid zu groß für ein solches Denkmal. Und Ihr seid nicht todt. Ihr lebt in uns, und die ungeschwundene Schuld der Dankbarkeit, die wir an Euch beide haben, können wir nur abtragen, indem wir Eure Lehre in die That umsetzen. Wir werden Eueren Willen vollstrecken! Das geloben wir hier an Deinem Sarg, Friedrich Engels!

Auf Liebknecht folgte Paul Lafargue, in tieffter Ergreifung wiederholt nur schwer die Thränen um den geliebten Freund und Lehrer niederkämpfend.

„Fahr wohl, theurer Freund,“ lautete seine Rede, „ich werde nie wieder einen so liebenswürdigen, einen so guten, so nachsichtigen Freund kennen lernen. Ich bin vom Nationalrath der französischen Arbeiterpartei beauftragt, im Namen derselben dem Mann ein letztes Lebenswohl zu sagen, der mit Karl Marx der größte Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus war. Nachdem Du mit Marx dem internationalen Proletariat das „Kommunistische Manifest“ gegeben, gabst Du, wieder im Verein mit Karl Marx, dem französischen Proletariat das Programm, das es zu einer Partei der Klasse gemacht hat, und ihn in seinen Kämpfen um die politische Macht als Helfen dient. Fahr wohl, Friedrich Engels, die Arbeiter Frankreichs werden nie das Lösungswort vergessen, das ihr ihnen am Vorabend von 1848 gegeben: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Der General, wie seine Freunde ihn genannt, ist gegangen. Aber die Schlacht, in der Marx und er als Führer der unermesslichen Armee des Proletariats uns geleitet, dauert fort, und besetzt durch ihren Geist und die uns von ihnen gegebene Parole, haben sich die Proletarier aller Länder vereinigt, werden sie am Vereinigungswort fortarbeiten und werden sie schließlich siegen.“

Für die Oesterreichische Sozialdemokratie sprach in Vertretung August Debel.

Er spreche, führte er aus, im Auftrag der Oesterreichischen Genossen, die verhindert seien, einen eignen Deputirten aus ihrer Mitte zu senden, um dem theuren Todten den verdienten Nachruf zu widmen. Unter den vielen großen Tugenden und glänzenden Eigenschaften des Verstorbenen sei eine, welche die

Oesterreichischen Genossen besonders zu schätzen gelernt hätten. Das sei die nie verlassende Bereitwilligkeit gewesen, jederzeit Rath und Aufschluß zu geben und verworrenes klar zu stellen, der fast fanatische Eifer im besten Sinne des Wortes, aufzuklären und zu belehren. In der Hauptstadt Englands wohnend, die mehr als jede andere Stadt der Welt, wie auch heute bereits hervorgehoben, eine Warte bildet, von der aus sich das ganze internationale Getriebe überschauen lasse, ausgestattet mit einem wahrhaft phänomenalen Wissen, wie es in unserer Zeit kaum noch bei einem zweiten Menschen vorhanden sei, versehen mit einem durchdringenden Verstande, einem klaren umfassenden Blick, endlich in einer materiell vollkommen unabhängigen Stellung sich befindend, sei Friedrich Engels der Mann gewesen, der wie kein anderer sich zum internationalen Vertrauensmann des klaffenbewußten Proletariats aller Länder geeignet habe, und dieser auch geworden sei. Es gebe keine proletarische Klassenbewegung in irgend einem Lande, deren Führer und Leiter nicht in dem einen oder anderen Falle sich um Rath Auskunft und Belehrung an ihn gewandt und diese stets bereitwillig und im auskömmlichsten Maße von ihm erhalten hätten.

Sei es aber ein schweres Stück, in den widerwärtigsten Zuständen Europas immer das richtige Urtheil zu finden, so sei dies in besonderem Maße bei einem so vielfachsprachigen Staatswesen der Fall, wie es Oesterreich sei, dessen verschiedene Nationalitäten und Nationen auf den verschiedensten Kulturstufen der Zivilisation, von der höchsten bis zur primitivsten, stehen, und unter einander von den widersprechendsten, uns oft kaum verständlich erscheinenden Interessenkämpfen geleitet werden. Sei es nur wenigen Inländern beschieden, sich in diesen Wirren von Kampf und Streit zurecht zu finden, so ist dies den Ausländern fast unmöglich. Aber von Friedrich Engels gilt dies nicht. Auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung sicheren Fußes stehend, die er mit Marx begründet habe, ein genauer Kenner der historischen Entwicklung und der ökonomischen Struktur, auf der die verschiedenen Völkerschaften Oesterreichs stehen, fand er sich mit Leichtigkeit in diesem Wirrwahl zurecht und war so stets in der Lage, unseren Oesterreichischen Genossen ein Mahner und Berather zu sein in den schweren Kämpfen, die sie im letzten Jahrzehnt zu bestehen hatten. Darum werde Fr. Engels nirgends größere Dankbarkeit finden, als bei unseren Oesterreichischen Genossen, nirgends würde sein Verlust tiefer betrauert werden. Aber es gelte jetzt nicht, weder für sie noch für uns, zu klagen und zu trauern über das, was unabweidbar sei. Man solle nur Freude und Genugthuung empfinden, daß man ihn so lange besessen, seine reichen Geistesgaben so lange genießen konnte. Unser aller Aufgabe sei jetzt vielmehr, nur um so kräftiger in seinem Sinne zu wirken und zu arbeiten, den Wahlspruch, den er und unser unvergesslicher Karl Marx bereits vor nahezu fünfzig Jahren dem Proletariat empfahlen: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“, der nirgends mehr als für Oesterreich gelte, immer mehr zur That und zur Wahrheit zu machen; in seiner Noth uns zu trennen und Gefahr, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Bastille des Kapitalismus zerstört, der Klassenhaß aufgehoben sei, ein Bund freier, Gleicher die Erde umspanne. Den Weg zu diesem großen Ziele habe Friedrich Engels uns gezeigt, und so werde sein Name noch glänzen, wenn die Namen aller seiner und unserer Gegner längst vergessen und verweht seien; noch die fernsten Geschlechter würden seinen Namen mit Ehren nennen und ihn als einen Wohlthäter der Menschheit preisen. „Müde in Frieden, Du Unvergesslicher“ — so schloß der Redner, „so lange wir noch athmen, werden wir Deiner in Liebe und Verehrung gedenken!“

Für die belgische Arbeiterpartei sprach Genosse E. d. Anseele von Gent. Wir sind leider noch nicht in der Lage, seine den tiefsten Eindruck hervorrufende Rede den Lesern des „Vorwärts“ wiedergeben, doch soll dies in Kürze geschehen. Nachdem noch Edward Aveling im Namen englischer Genossen und Van der Goes für die holländische Arbeiterpartei gesprochen, sowie Telegramme russischer und dänischer Genossen verlesen worden, ward der Sarg, wie schon telegraphisch gemeldet, per Eisenbahn der Stätte zugeführt, wo die sterblichen Reste Friedrich Engels den Flammen übergeben wurden. Sein Körper ist uns genommen, sein Geist wird unsterblich fortleben.

Wir lassen noch den Nachruf folgen, den die „Neue Zeit“ Friedrich Engels gewidmet hat:

Seit dem 14. März 1883 hat das kämpfende Proletariat keinen so schweren Verlust erlitten, wie am letzten 5. August. Wir haben nun auch den zweiten der beiden Begründer des modernen Sozialismus verloren, den zweiten der beiden Denker, die der Arbeiterklasse den sicheren Weg zum Sieg und zur Befreiung der gesammten Menschheit gewiesen.

Das Indianermädchen war ein häßlicher Balg, ein braunes ungeschlächtes Ding mit einem mit starren schwarzen Vorsten besetzten Kopf, aus dem nur ein Paar dunkle lebhaft große Augen herausschauten. Es schrie nicht selten in einer auch für den alten Gaucho unverständlichen Sprache und war also in allem nichts besser und nichts schlechter als alle kleinen Kinder in dem Alter sind, die fern von den Christenmenschen aufgewachsen sind. Nur die eben erwähnten Augen, die wie ein Paar Edelsteine in die Welt hinaussehen, verschönten den braunen Klumpen, und Don German, der das Kind bei dem Ritt in einer seiner geräumigen Satteltaschen untergebracht hatte, schaute wiederholt am Tage lächelnd mit seinen blauen Augen in diese schwarzen.

Man packte so unangefochten den Chaco, und Mr. White stieg verstimmt und gränlich in seinem Landhause in der Recoleta ab. Die ganze kostspielige Expedition war gescheitert, und German Winterfeld hatte ihm kurz und rund abgeschlagen, ihm das Kind abzutreten, was er ihm vor dem Aufeinandergehen noch einmal angeboten.

Herr Winterfeld trug vergnügt sein kleines Bündel in seine Wohnung in einer Vorstadt von Muncion und kümmerte sich auch nicht darum, daß die Alte, die ihm seinen Hausrath in acht zu nehmen pflegte, beim Aufblick der kleinen Indianerin die Hände über dem Kopf zusammenschlug und einmal über das andere anscrie:

„Jesus Christus und allerheiligste Jungfrau, welch ein häßliches Geschöpf!“

Das hinderte die gute Alte aber nicht, im nächsten Augenblick davonzulaufen und mit Windeiseile wieder zurückzukehren beladen mit einer Unmenge von allen möglichen und denkbaren Leckereien und Süßigkeiten, die sie sofort begann, dem umherkrabbelnden Mädchen einzufüllen. Don German stand lächelnd dabei und sah der Sache zu.

Dazwischen fragte die Alte besorgt, ob die Kleine getauft sei, und als der Adoptivvater meinte, es sei anzunehmen, daß ihre Eltern diesen Akt wohl nicht an ihr hätten vollziehen lassen, wollte sie auf der Stelle einen Cura holen, um die Seele des Kindes zu retten und sich Herr German Winterfeld das nicht zugab, überlegte sich die Frau nicht eher, bis sie wenigstens an einem Kalender festgestellt hatte, welchen Namen die Kleine zu führen hätte. Und da es just der 8. Januar war, empfing und behielt das braune Kind den Namen Genoveva, nicht ohne daß die Alte sich insgeheim mit dem Gedanken trug, irgendwann

Aber für denjenigen, der so glücklich war, in persönliche Verbindung mit Engels treten zu können, verblüht fast der Verlust, den unsere Sache erleidet, vor dem persönlichen Verluste, denn in Friedrich Engels ist nicht bloß einer der universalfesten Gelehrten, einer der tiefsten Denker, einer der kühnsten Kämpfer dahingegangen, sondern auch eine Persönlichkeit von überwältigendem Reize, ein geradezu herrlicher Mensch, ein im besten Sinne des Wortes ritterlicher Charakter. Ein Mensch voll überschäumender Kraft und doch von zartestem Empfinden, hingebend und opferfreudig ohne Sentimentalität, selbstbewußt und mannhaft ohne Prahlerei, enthusiastisch ohne Ueberchwänglichkeit und Pathos, fein feinsinniger Fanatiker, sondern heiter und gemüthlich, der lachen konnte, wie kein Zweiter, und der auch das Lachen anderer liebte, vor allem das helle Kinderlachen.

Welch unerföhlicher Verlust die Wissenschaft und die internationale Bewegung des Proletariats durch Engels' Tod erleiden, brauchen wir nicht den Lesern dieser Zeitschrift auseinanderzusetzen, deren Aufgabe es ist, der Wissenschaft, die er mit begründet, und der Bewegung, deren kräftigster Förderer er gewesen, zu dienen. Unentbehrlich ist freilich niemand, das hat uns Engels selbst gelehrt. Unsere Bewegung wurzelt in den Verhältnissen, nicht in einzelnen Personen. Aber es giebt Persönlichkeiten, die so hoch über ihre Umgebung hervorragen, daß sie bei ihrem Verschwinden eine klaffende Lücke hinterlassen, die niemand auch nur annähernd im Stande ist, auszufüllen. Und in diesem Sinne ist Engels für uns unerföhlich, wie keiner.

Ja, man kann sagen, daß wir seinen Gangan noch weit schwerlicher empfinden werden, als den von Karl Marx, denn erst mit Engels ist uns Marx völlig gestorben. So lange Engels noch lebte, dessen Geistesleben mit dem von Marx so innig verwachsen war, lebte auch noch dieser unter uns, standen wir unter dem lebendigen Einflusse Beider. Nun sind Beide dahin.

Aber wir würden nicht im Geiste von Friedrich Engels handeln, wollten wir an seinem Grabe nur trauern um das, was wir an ihm verloren, und uns nicht erheben durch den Gedanken an das, was wir durch ihn gewonnen, was wir ihm verdanken. Es ist ein unendlich reiches Erbe an Wissen und Können, das er uns hinterläßt, ein Erbe, das eine lebende Vereinerung der Menschheit bedeutet, ein Erbe, das sich nicht vergraben läßt, sondern das selbst dazu drängt, es zu vermehren und zu erweitern.

Engels ist todt, aber der vom wissenschaftlichen Sozialismus befruchtete Klassenkampf des Proletariats lebt, kraftvoller als je. Und einen besseren Scheidegugel wissen wir dem todtten Freunde und Lehrer ins Grab nachzusenden, als den Ruf: Auf zum Kampf!

Friedrich Engels, sein Leben, sein Wirken, seine Schriften. Dies ist der Titel einer schon ausgearbeiteten mit einem vorzüglich gelungenen Porträt des verstorbenen großen Vorkämpfers gezeichneten Gelegenheitschrift, die die Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ wenige Tage nach dem Eintreffen der Todesnachricht veröffentlicht hat. Wenn auch das Schriftchen zum Theil das enthält, was der „Vorwärts“ berichtet hat, so wird es doch auch für die Leser des „Vorwärts“ eine werthvolle dauernde Erinnerung an den uns so jählings entzogenen Geistesheroen sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. August.

Die jüngste Anwesenheit des deutschen Kaisers in England hat der englischen Presse Anlaß zu Betrachtungen gegeben, die deutschen Regierungsblättern nicht gefallen und sogar Anlaß zu einem offiziellen Tadel gegeben haben. Es ist wirklich staunenswerth, mit welchem Ungeschick sich die Reichsregierung in der Presse vertreten läßt. Sie scheint thätig zu glauben, daß die Presse des Auslandes sich um Lob oder Tadel deutscher Behörden kümmere. Die Auslassungen, gegen welche unsere Offiziere sich richten, spiegeln die Meinung der Kreise wieder, aus denen sie hervorgingen; und die englische Presse, die in langen Kämpfen die volle Freiheit erobert hat und die eigene Regierung auf das rücksichtsloseste kritisiert, wird sich wahrhaftig von einem deutschen Pressereptil keine Vorschriften machen lassen. Unsere Offiziere und die patriotischen Philister, die von ihnen die politische Weisheit beziehen, sollten doch bedenken, daß die deutsche Politik im Auslande, und namentlich in England, gar nicht imponirt. Die Wettkriegelei vor Rußland hat ebenso wenig Bewunderung einflößen können, wie die plumpen

einen patagonischen oder italienischen Cura zu bewegen, es auch ritz in Abwesenheit und ohne Wissen von Don German auf diesen Namen zu taufen.

Wenige Tage darauf spielte die Kleine schon ganz vergnügt mit den Kindern der Nachbarschaft, und es schien ihre Erinnerung an den Chaco vollständig ausgelöscht zu sein, da sie sich augenscheinlich wohlfühlte. Wenn sie Herrn German Winterfeld von ferne kommen sah, eilte sie ihm mit einem Freudentusch entgegen, hing sich an seine Hand und ließ ihn nicht los, bis er mit ihr in seinem Hause verschwand.

Zehn Jahre sind seit dem eben Erzählten verfloßen. Eine kurze Spanne Zeit oder eine lange, wie es jeder nehmen will. Zehn Jahre bedeuten wenig für den, der sie noch durchleben soll, und im allgemeinen pflegen sie im Stande zu sein, manche Dinge und viele Personen von Grund aus zu verändern.

Zehn Jahre sind also hingegangen, seit Genoveva als kleines Kind in dem Chaco aufgefunden wurde, und niemand, der den kleinen indianischen Frosch damals gesehen hatte, wäre heute im Stande gewesen, ihn wiederzuerkennen, wenn man ihn ihm gezeigt hätte. Sie zählte heute fünfzehn Jahre und wäre mit dem Alter, wenn sie im Chaco geblieben wäre, genau so häßlich und abschreckend gewesen, wie die indianischen Weiber in diesem Alter zu werden beginnen. Wer einmal Indianer gesehen hat, wird sich schwer vorstellen können, daß Genoveva anders aussehen konnte.

Zehn Jahre! In der Recoleta zu Muncion liegt ein kleines aber modernes Haus. Es ist neugebaut allem Anscheine nach, von grünen Schlingpflanzen mit rothen Blüten übersponnen, und hat vor sich einen kleinen aber sehr sauberen und wohlgepflegten Garten. An der Thür des Gartens ist ein kleines Porzellanbild angebracht mit der Aufschrift: German Winterfeld, öffentlicher Landmesser und Advokat. Wenn man den kleinen Garten durchschreitet und in das Haus eintritt, gelangt man in einen großen Raum, der durch das ganze Haus reicht. Seine Wände hängen voller Indianerjachen, voller Pfeile und Bogen, Steuazte, Keulen und Schmuckgegenstände aus Federn, einer Menge Hirschgeweihe und ähnlicher Dinge. In einer Ecke lehnen auf einem Gestell ein halbes Duzend Flinten und Büchsen. In der Mitte des Raumes steht ein großer vieredriger Tisch, der mit einem Haufen von Karten und Büchern bedeckt ist.

Schmeicheleien, durch welche England in den Rüstg des „Dreibundes“ gelockt werden sollte. Die Artikel des „Standard“, die hauptsächlich den Horn unserer Offiziers erregt haben, sprechen nur das allgemeine Urtheil des englischen Volkes aus.

Wenn unsere Offiziers jetzt sagen: es ist uns ganz „Wurst“, was die Engländer von uns denken, so machen sie sich bloß lächerlich, denn sie haben bei tausend Gelegenheiten um die Gunst der Engländer gebuhlt.

Der „Standard“ ist beiläufig zwar kein Regierungsorgan — die Best einer offiziellen Presse kennt England nicht — aber er ist das Organ der jetzt herrschenden Partei. Und diese Partei will die schwächliche Politik, welche das vorige Ministerium Russland gegenüber befolgt hat, nicht fortsetzen. Sie ist sehr unzufrieden damit, daß die deutsche Regierung vor einigen Monaten den Russen in Ostasien Liebesdienste erwiesen hat, und — sie wünscht nicht, daß derartige Liebesdienste wiederholt werden. Das steht in den Artikeln des „Standard“ zu lesen, und es wäre für Deutschland kein Schaden, wenn der Rath beherzigt würde.

Die russische Regierung tritt in Bulgarien den Rückzug an. Ein Telegramm aus Petersburg vom 14. August meldet:

Da die ausländische Presse fortfährt, sich mit einem vorgetriebenen Communiqué der russischen Regierung, betreffend die bulgarischen Angelegenheiten, zu beschäftigen, welches in der Form eines Telegramms in den Wiener Blättern erschienen wäre, sind wir in der Lage zu konstatieren: es giebt keinerlei Art von Communiqué der russischen Regierung in dieser Hinsicht.

Natürlich ist dieses Dementi nach dem Satz angefertigt: wenn du etwas gethan hast, was dir im Augenblick nicht paßt, so schwöre es ab! Befragtes vorgetriebenes Communiqué war der famose Fuztritt, welcher dem Koburger nach der Ermordung Stambuloff's verkehrt worden war. Als dieser Fuztritt gewagt wurde, standen wir noch inmitten der englischen Wahlen, und konnte die russische Regierung sich noch in dem Wahn wiegen, der alte Glabione, den man eine Rede über die „armenischen Greuel“ halten ließ, könne ähnlich, wie vor 15 Jahren eine Diversion zu Gunsten Russlands bewerkstelligen.

Inzwischen ist Lord Salisbury, der Freund Lord Beaconsfield's, mit einer riesigen Majorität fest in den Sattel gekommen. Glabione's Versuch ist erbärmlich ins Wasser gefallen und — die Trauben sind sauer.

Deutsches Reich.

— Zur Rösche'schen Mandatsniederlegung. Der „Ragob. Ztg.“ zufolge haben im Wahlkreis Dessau-Ferch auch die Führer der freisinnigen Partei den Abgeordneten Rösche ersucht, seine Absicht, das dortige Mandat zum Reichstage niederzulegen, anzukündigen.

Es ist bezeichnend sowohl für die nationalliberale wie für die freisinnige Partei, daß sie beide gleichermassen einen Mann anstehen, ihr Mandatssträger zu bleiben, der weder national-liberal noch freisinnig ist und sein will. Was doch die Angst vor der Sozialdemokratie alles zumege bringt. — Nun, Herr Rösche müßte in einen Stein im Wufen tragen, wenn er dies heiße Liebesstücken nicht erhören wollte. Und so werden die Nationalliberalen und Freisinnigen wohl die Freude genießen, den Wahlkreis Dessau-Ferch bis 1898 noch durch einen Nichtsozialdemokraten vertreten zu sehen.

— Das Reichstagsmandat niedergelegt hat in einem heute dem Bureau des Reichstages zugegangenen Schreiben Freiherr v. Göttingen (7. Württemberg, Nagold-Neuenburg, Deutsche Reichspartei) infolge seiner Ernennung zum Landgerichtsdirektor. Er war seit 1890 Mitglied des deutschen Reichstages und gehörte der Umsturzkommission an. Freiherr v. Göttingen wurde mit 8269 Stimmen gegen einen Volksparteiler gewählt, der 6574 Stimmen erhalten hatte. Außerdem wurden 198 Liberalen und 658 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Bei dem Umschlag der Stimmung in Württemberg ist nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Wahlkreis von der deutschen Volkspartei erobert wird.

— Die Gendarmerie wird für die Wahl des Abg. v. Kardorff in Wartenberg-Deils ausgebaut. Der „Weslauer

Links und rechts sieht man Thüren, die zu den eigentlichen Wohnzimmern führen. Unten ist ein Durchgang, durch den man direkt auf eine schöne Veranda tritt, die auf einen grünen Platz hinausführt. Auf der einen Seite derselben sitzt Herr German Wintersfeld, der ohne großes Interesse in einer Zeitung liest. Er ist unschwer wieder zu erkennen. Ihn haben die zehn Jahre nicht allzusehr verändert. Sein Bart ist noch eben so blond wie früher. Sein Gesicht vielleicht ein wenig markirter in seinen Zügen als zu der Zeit, als er mit Mr. White zusammen die Expedition machte; auch ein ganz wenig stärker in der Taille ist er geworden.

Ab und zu mustert sein Auge sein Gegenüber, das auf der anderen Seite der Veranda sitzt, ein junges Mädchen, die sich emsig mit einer Stickerie beschäftigt. Wer sollte meinen, daß dieses Mädchen das Kind gewesen, das Herr German Wintersfeld einst in seiner Satteltasche aus dem Chaco gebracht hat. Daß es eine Indianerin ist, sieht man natürlich auf der Stelle. Die Haut zeigt die Farbe dunkeln Mahagoniholzes; das überreiche Haar, das in einem geschmackvollen Wulst auf der Mitte des Kopfes zusammensteckt ist, zeigt für den Kenner schon aus der Ferne sein starkes Gefüge; das ist aber auch alles.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Theaterchronik. Die heutige Neu-Aufführung des „Don Carlos“ im Deutschen Theater folgt im wesentlichen der früheren Inszenierung; doch sind einige für den Zusammenhang wichtige Szenen, welche die bisherige Einrichtung fortlich, wie z. B. die im Rathsausschusse, wiederhergestellt worden. Die Direktion macht nochmals darauf aufmerksam, daß die erste Aufführung am Donnerstag ausnahmsweise um 7 Uhr beginnt. — „Cherchez la femme!“ Auf dieses alte Kriminalistenwort baut sich der dreiaktige Schwank von A. Hennequin und G. de Najac auf, der am nächsten Sonnabend als erste Lustspielnovität im Vestibültheater in der neuen Spielzeit zur Ausführung kommt. Die Hauptrollen werden von Franz Gutber, Franz Schönsfeld, Claudius Werlen, Oskar Bauer, Louise von Pöhlitz, Tilly Waldegg, Weta Jäger und Nanni Theuer dargestellt werden. — Im Schiller-Theater findet heute die erste Vorstellung nach den Ferien statt. Zur Aufführung kommt „Minna von Barnhelm“.

Bernhard v. Tauchnitz, der Herausgeber der (englischen) Tauchnitz-Expedition, ist am 14. August in Leipzig gestorben.

Der Professor an der Universität in Genua, Moraglio, machte in der letzten Sitzung des medizinischen Kongresses zu Bordeaux eine Mittheilung über eine neue Behandlung der Tuberkulose durch Serum.

„Zeitung“ geht die Mittheilung zu, daß der Landrath des Kreises Wartenberg an die Gendarmen seines Kreises, als dieselben am 1. August d. J. zu dem üblichen Monatsrapport in Wartenberg versammelt waren, eine Ansprache über die bevorstehende Reichstags-Erwahl gehalten, und sie beauftragt habe, innerhalb einer bestimmten Frist Vertrauensmänner in den einzelnen Ortsteilen ihres Bezirks anzuwerben, und zwar in den kleinsten Ortsteilen je zwei, in den größeren bis fünf, denen die Vertheilung von Flugblättern und Stimmgeldern zu übertragen wäre. — Es wird in der Mittheilung zwar nicht direkt gesagt, daß der Landrath die Gendarmen in den Dienst der konservativen Partei gestellt hat. Da aber nicht wohl anzunehmen ist, daß er mit Hilfe der Gendarmen Vertrauensmänner für Oppositionsparteien wird anwerben lassen wollen, so bleibt nur die Annahme übrig, daß die Gendarmen für die Wahl des Herrn v. Kardorff thätig sein sollen. Wenn diese Thätigkeit Erfolg hätte und Herr v. Kardorff gewählt werden sollte, so würde das Vorgehen des Herrn Landraths einzig und allein den Zweck haben, daß die Wahl für ungültig erklärt werden müßte.

— Ehre, wem Ehre gebührt. Dem einzigen deutschen Schriftsteller, der für die Umsturzvorlage eingetreten ist, dem Leiddichter des verrückten Königs Ludwig II. von Bayern, Herrn von Hopfen, wurde der rothe Adlerorden III. Klasse verliehen.

— Der Kanonendonig Krupp hat von allen Deutschen am meisten Anrecht, sich über den Krieg zu freuen, liebt er doch Freund und Feind seine profitablen Kanonen. Anlässlich der „nationalen“ Gedenktag hat er der Arbeiter-Pensionskasse der Gießfabrik eine Million Mark geschenkt.

— Die Künstler verfallen auf gar absonderliche Ideen, um den „selbständigen Handwerksmeistern“ auf die Beine zu helfen. Jetzt wird von einem künstlerischen Blatt ein Gedanke wieder aufgenommen, der bereits auf dem Handwerkerkongress in Halle angeregt worden war, nämlich der, ein „Handwerksministerium“ in den preussischen Verwaltungsapparat einzufügen. Allerdings vertritt das Blatt selbst die pessimistische Ansicht, daß die Verhältnisse heute für das Handwerk nicht besser liegen würden, auch wenn ein apparter „Handwerksminister“ vorhanden wäre. Und das stimmt auch, und nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.

— Sozialversicherungs-Gesetzgebung. Wie verlautet, nimmt die Bearbeitung einer Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz im Reichsamt des Innern seinen Fortgang. Dennoch ist es, nach dem „Hann. Cour.“, sehr zweifelhaft, ob der Reichstag schon in seiner nächsten Tagung mit diesem Entwurf beschäftigt werden wird. In den „maßgebenden Kreisen“ scheint man nach wie vor der Ansicht zu sein, daß zunächst die auf die Wänderung und Erweiterung des Unfallversicherungs-Gesetzes bezüglichen Einwände verabschiedet werden müßten, ehe eine Umgestaltung des Invaliditätsgesetzes vorgenommen wird. — Immer langsam voran. Dies um so mehr, wenn die Hauptkräfte der Regierung und die Zeit des Reichstages mit Anarbeitung und Beratung von Umsturz-, Steuer-, Militär- u. Gesetzen beschäftigt und ausgefüllt werden.

— Meinsidprozess. Unter großem Andrang des Publikums begannen am Mittwoch vor dem Schwurgericht in Essen die Verhandlungen gegen den Bergmann Schröder und Genossen wegen wissentlichen Meinsids.

Wir sind auf den Fall wiederholt eingegangen und werden über die Verhandlungen ausführlich berichten.

Oesterreich-Ungarn.

— Ein Erlass des Reichskriegsministeriums bestimmt, daß ein Theil der Rekruten diesmal statt am 1. am 7. Oktober einzurücken hat, während die Beurteilungen der alten Mannschaft früher und ausgedehnter als sonst erfolgen sollen. Danach scheint Europa im tiefsten Frieden zu stehen.

Italien.

— Die Bauernunruhen. Heute meldet das „Bureau Verold“ aus Mailand: Außer den Bauernunruhen auf Sizilien sind auch in anderen Provinzen Italiens derartige Revolten vorgekommen. In Ravenna und in Roana wollte die Bevölkerung das Gemeindehaus stürzen; in Scandia fanden viele Verhaftungen statt.

In einer offiziellen Depesche aus Rom werden die Meldungen auswärtiger Blätter von dem Ausbruch von Revolten in vier verschiedenen Provinzen in Italien für vollständig unbegründet erklärt. Man erinnert sich, daß selbst der große Kussak in Cuba von der spanischen Regierung Wochen hindurch besritten wurde. In wenigen Tagen wird sich die Wahrheit nicht mehr verbergen lassen.

Frankreich.

— Alexander Cohen, der im vorigen Jahre von hier ausgewiesene holländische Anarchist, der dann in der Strafsache der dreißig Anarchisten im Versammlungsverfahren zu zwanzigjährigem Zuchthaus verurtheilt wurde, ist, wie der „Eos. Ztg.“ gemeldet wird, freiwillig nach Paris zurückgekehrt und verlangt die Erneuerung des Verfahrens. Er wurde vorläufig verhaftet.

Belgien.

— Aufrühr in der Kriegsschule zu Brüssel. In der Brüsseler Kriegsschule ist es in den letzten Tagen zu einem eigenartigen Tumult gekommen. Da der von den Kriegsschülern erwartete übliche allgemeine Strafurlaub ausblieb und die Verkräften nicht ausgehen durften, so haben sich die letzteren empört, die Einrichtung zertrümmert, ja sogar den diensthabenden Offizieren Gerücheln an den Kopf geworfen. Infolge der eingeleiteten Untersuchung werden 25 Hauptbeteiligte strenge Bestrafung finden.

England.

— Antiparnelliten. Justin Mc Carthy wurde einstimmig zum Führer der Partei der Antiparnelliten wiedergewählt. Die Verhandlungen bei der Wahl verliefen in Ruhe und Eintracht.

— Zu den englischen Wahlen wird der „Frankf. Zeitung“ nachträglich geschrieben: Den gewaltigen Einfluss, welchen Bier und Schnaps bei den letzten Parlamentswahlen ausgeübt haben, werden auch diejenigen nicht läugnen, welche der Ansicht sind, daß Sir William Harcourt's Lokal-Veto-Bill den Sündenbock für alle Begehungen und Unterlassungssünden der liberalen Partei abgeben muß. Im Londoner „Echo“ schildert jemand, der den Apparat kennt, die Art, wie dieser Einfluss ausgeübt wird. Die Organisation der Wirths ist in erster Linie nicht politisch. Sie vertritt nur Berufsinteressen. In der Praxis macht sich die Sache allerdings so, daß der Verein meistens anti-liberal ist. Er würde sich jederzeit für den liberalen Kandidaten entscheiden, wenn dessen Antworten bezüglich der Vetofrage befriedigender ausfielen, als die des konservativen Kandidaten. Das kommt aber selten vor. Die meisten Wirths wie die meisten Landpächter sind Agenten der Tories. Zum Zwecke der Verteidigung seiner Interessen hat der Verein, der den hohen Namen „National Trade Defence Association“ führt, England in zehn Distrikte eingetheilt. Ein gewöhnlicher Schankwirth heißt nämlich in England seltenerweise „publian“. Schon der Name ist eigentlich anrühlich, da in der Bibel das Wort publian Zöllner bedeutet. Die Zeitung jedes der zehn Distrikte ist einem gewandten Rechtsanwält übertragen, dessen Dienste von den Mitgliedern umsonst in Anspruch genommen werden können. Bei den riesigen Mitteln des Vereins kommt die Honorarfrage kaum in Betracht. Dieser Agent hat von Anfang bis zu Ende des Jahres seinen Distrikt zu bereisen. Eine seiner

Hauptaufgaben ist, in jedem noch so unbedeutenden Orte Zerstörervereine zu gründen. Bei Parlamentswahlen, und seien es auch nur Ersatzwahlen, wird seine Thätigkeit fieberhaft. Haben die Parteien ihre Kandidaten aufgestellt, so besucht der Agent sie und legt ihnen die sehr gewichtige Frage vor, wie sie zu dem Punkte der Lokal-Veto-Bill stehen. Darauf tritt der Verein zusammen, d. h. fast alle Wirths des Wahlkreises, und berät darüber, für welchen Kandidaten bestimmt werden soll. Es wäre natürlich ein Wunder, wenn die Wahl nicht auf einen Tory fiel. Vor der Agitation der Mäßigkeitsleute haben die Wahlagenten absolut keine Furcht. Die letzteren könnten ebenso wohl zu Hause bleiben. Sie haben nur Einfluss auf diejenigen Wähler, die längst der Mäßigkeitsfrage gewonnen sind. Ein solcher Wasserapostel sollte sich nämlich nicht in einem Wirthshaus sehen lassen. Ist der Kandidat aufgestellt, so wird jeder Wirth zum Wahlagenten. Am meisten Einfluss haben die Wirths auf dem flachen Lande. Man glaubt nicht, in welchem Maß der Wirth dort dem Handwerker und Arbeiter Geld vorstreckt. Bei Wahlen macht sich die Sache dann sehr gemüthlich: „George, ich habe Dir ein paar Mal einen Gefallen gethan, jetzt laßst Du mir auch einen Gefallen thun. Wenn Du knapp an Geld bist, komm wieder, hoffentlich wirst Du für meinen Mann stimmen.“ Tausende werden auf diese Weise beeinflusst. Bei Wahlen bekommt mancher überdies von Wirths seine fünf oder zehn Schillinge mit einem verständnißvollen Handschütteln zugesteckt. Zurückzahlung hat gar keine Gile. Die Silberlinge kommen sehr häufig aus der Kasse eines reichen Politikers. Bestechung dieser Art ist schwer zu beweisen, aber überall in England im Schwunge. Man nehme an, daß jeder Wirth nur fünf Wähler auf die konservative Seite bringt, so kann man leicht einsehen, welchen Einfluss die hundretausend Wirths ausüben. Ein gut Theil der englischen Politik wird in den Hinterküchen der Kneipen und vor den Schenkstischen entschieden.

Dänemark.

— Zwischen den Radikalen und Sozialdemokraten, die zusammen die Majorität im Folkething bilden, kam es zu Differenzen, weil die Radikalen ihr während der Wahlbewegung gegebenes Versprechen, die großen sozialen Reformfragen in den Vordergrund zu stellen, nicht einhalten wollten. Innerhalb der radikalen Partei kam es deswegen zu Differenzen, die noch nicht beigelegt sind.

Türkei.

— Zum makedonischen Aufstand wird, wie gestern bereits unter Depeschen mitgeteilt, aus Konstantinopel gemeldet, in gut unterrichteten Kreisen werde die makedonische Bewegung trotz der neuerdings aufgetauchten Wunden als eingedämmt betrachtet. Es sei zwar ein weiteres Aufstehen kleinerer Wunden zu befürchten, da die Elemente, welche sich der Bewegung angeschlossen, nicht zu zügeln seien. Ein weiteres Ausbreiten des Räuberunwesens sei jedoch infolge der vermehrten türkischen Streitkräfte unmöglich. Gegenüber verschiedenen Zeitungsmeldungen, daß weitere Truppen nach Makedonien verlegt werden, wird konstatirt, daß das Heranziehen von 3000 Mann aus dem Vilajet Aidin (Klein Asien) deshalb erfolgt sei, weil der größte Theil des in der westlichen Balkan-Halbinsel liegenden 3. Armeekorps sich von dort ergänge.

— Zur armenischen Frage berichtet der Konstantinopeler Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, in der Angelegenheit der armenischen Reformvorschläge sei die früher bestandene volle Uebereinstimmung zwischen Russland, Frankreich und England nicht mehr vorhanden. England sei noch die einzige Macht, welche Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei in Aussicht gestellt habe und deshalb ein starkes Geschwader von Ägypten nach Norden vorschickte. England sei sehr gespannt, wie sich die Reformfrage weiter entwickele. Gegenwärtig liege das englische Geschwader eine Tagereise südlich von Smyrna unter Dampf.

Partei-Nachrichten.

An die Parteipresse des In- und Auslandes richten wir das Ersuchen, von allen Nummern, in denen Nachrufe oder sonstige selbständige Artikel über Friedrich Engels aus Anlaß von dessen Ableben gestanden haben, je 16 (sechzehn) Exemplare an die Adresse von

J. Auer in Berlin, Rahbachtstr. 9, einzusenden. Die Nummern sind für die Verwandten und die persönlichen Freunde des Verstorbenen in London bestimmt. Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 14. August 1895.

Der Parteivorstand.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Jüterbogk-Luckenwalde-Rauch-Weitzig tritt Sonntag, den 25. August, vormittags 11 Uhr, in Luckenwalde im Lokal des Herrn A. Kluge zusammen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes. 2. Bericht der Vertrauensleute der einzelnen Orte. 3. Stellung zum Agrarprogramm. 4. Wahl der Delegirten zur Provinzialkonferenz und zum Parteitag. 5. Organisation und Agitation. 6. Wahl des Kreis-Vertrauensmannes. Die Genossen des Kreises werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Konferenz so zahlreich wie möglich besucht wird, denn nur dann ist etwas Einheitsliches zu schaffen.

Agrarprogramm. Die am Sonntag in Gande abgehaltene Parteikonferenz für den 8. und 10. sächsische holsteinischen Wahlkreis (Altona-Stormarn und Dauenburg) beschloß auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Frohne, daß die Vertreter der Kreise auf dem Breslauer Parteitag dafür wirken sollen, daß das Agrarprogramm zur Diskussion gestellt werde und in dem einen oder anderen Sinne zur Erledigung komme.

Das Ergebnis der Fragebogenerhebung, die zur Sammlung von Auskunfts-material über die ländlichen Verhältnisse von dem sächsischen Unterausschuß der Agrarkommission veranstaltet worden ist, kann, wie uns Genosse David schreibt, schon jetzt als ein über Erwarten befriedigendes bezeichnet werden. Die eingelaufenen Bogen sind zum größten Theil mit Sorgfalt und Sachkenntnis ausgefüllt worden und bergen eine Fülle von interessantem, zur Agitation verwertbarem Material. Im ganzen sind bis jetzt gegen 240 Bogen eingegangen und zwar aus Ossen-Rassau 46, Hesse-Darmstadt 29, Rheinland (südlich der Mosel) und Elsas-Lothringen 7, Baden 42, Württemberg 48 und Bayern 71 (Oberbayern 12, Niederbayern 10, Oberpfalz 2, Rheinpfalz 14, Oberfranken 13, Mittelfranken 8, Unterfranken 0, Schwaben 12). Genosse David, der mit der Verarbeitung betraut worden ist, hofft bereits bis Anfang Oktober der Partei einen ersten Bericht vorlegen zu können.

Eine Gedächtnisfeier für Friedrich Engels veranstaltet am nächsten Sonnabend die Sozialdemokratie Altona-Burgs. Die Rede wird Genosse Kosenstein aus Leipzig halten.

In den Gemeinderath des hessischen Dorfes Oberthausen wurde der Parteigenosse J. F. Ott mit 105 Stimmen gewählt. Die beiden anderen Kandidaten unserer Partei blieben in der Minorität.

Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen beschloß die Sozialdemokratie Gießen in Hessen.

In der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Frankfurt a. M. hatten unsere Parteigenossen durchgesetzt, daß dem Vorstand für das Verwaltungsjahr 1894 die Decharge verweigert

und ein Prüfungsausschuss eingesetzt wurde, der die gesamten Kassenverhältnisse zu untersuchen hatte. Dieser Prüfungsausschuss hat jetzt in einer Versammlung von Generalversammlungs-Delegierten und sonstigen Mitgliedern der Kasse einen Bericht erstattet, woraus sich ergibt, daß in der Verwaltung der Kasse eine Mißwirtschaft herrschte, wie sie kaum je bei einer Orts-Krankenkasse dagewesen ist. Die erwähnte Versammlung der Kassenmitglieder forderte deshalb in einer einstimmig angenommenen Resolution den Vorstand auf, freiwillig zurückzutreten, anderenfalls die städtischen und staatlichen Aufsichtsbehörden ersucht würden, unverzüglich gegen ihn einzuschreiten.

Aus den Partei-Organisationen. Die Organisation der beiden Schleswig-holsteinischen Wahlkreise *Mitona-Stormarn* und *Pauenburg* hat im letzten Verwaltungsjahr 2423,75 M. eingenommen und 2222,26 M. ausgegeben. Die Defizite der beiden vorhergehenden Jahre sind gedeckt worden. An Schriften sind verbreitet worden 17 500 Kalender, 20 000 Parteiprogramme und 4000 Broschüren. Bei der Verbreitung des Kalenders, die am 4. November v. J. vor sich ging, waren 198 Personen thätig; die Kosten der Verbreitung betragen 782,34 M.

Todtenliste der Partei. In Hamburg ist der Parteigenosse *Heinrich Faßert* gestorben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In 1 Tag Gefängnis wurde der verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volkstimme“, *Hugo Baumüller*, vom Schöffengericht verurteilt, weil er durch Veröffentlichung einer Notiz über den Streik der Bauarbeiter in Annendorf andere durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, an einer Veränderung zur Erlangung günstiger Lohnbedingungen teilzunehmen. Es handelte sich um eine an die Magdeburger Maurer gerichtete Mahnung, sich für Annendorf nicht als Streikbrecher anwerben zu lassen. Die Strafe wurde deshalb so niedrig bemessen, weil — wie der Amtsanwalt ausführte — der Angeklagte noch nicht gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen habe, trotzdem ihm seine Thätigkeit als Redakteur der „Volkstimme“ oft Gelegenheit dazu biete.

— Der Parteigenosse *Fr. Hellfinger* in Lüdowalde wurde neulich von der Polizei mit fünf Strafmandaten, jedes zu 15 Mark, beglückt, weil er die Annonce zu dem vor zwei Monaten vom Bürgermeister Suchsland verbotenen Volksfest habe einrücken lassen, bevor die polizeiliche Erlaubnis zur Abhaltung des Festes eingeholt war. Der Buchdruckereibesitzer *Kobisch* erhielt ebenfalls ein Strafmandat über 15 M., also das gleiche, weil er die Annonce ins Blatt aufgenommen und nicht gefragt hat, ob das Volksfest schon genehmigt sei. *Kobisch* hat die 15 M. bezahlt, *Hellfinger* aber gerichtliche Entscheidung beantragt. Das interessanteste dabei ist, daß nicht *Hellfinger*, sondern andere Personen, nämlich das Festkomitee, mit der Sache zu thun hatten.

— Vom Reichenbacher Schöffengericht war Genosse *Feldmann*, der Redakteur des „Proletariats“, wegen angeblicher Verleumdung einer Hebamme und eines Fabrikdirektors durch die Presse zu insgesamt 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das Urteil Verungung eingelegt, weil ihr das Strafmaß nicht hoch genug war; der Angeklagte, weil seiner Ansicht nach die Beweiswürdigung im Urteil nicht genügend ist und er Freisprechung erhofft. Ueber die Verungungen sollte am 9. August die Schweißrichter Strafkammer entscheiden. Doch es kam nicht so weit, trotzdem die Verhandlungen bereits über eine Stunde gedauert hatten. Wie der Angeklagte sich als Verfasser des auf die Hebamme bezüglichen Artikels bekannte, äußerte der Vorsitzende der Strafkammer, Herr Landgerichtspräsident *Schmidthal*: „Traurig genug!“ Dies gab dem Angeklagten Grund, den genannten Herrn als Richter wegen Befangenheit abzulehnen, da er in der erwähnten Aeußerung eine Voreingenommenheit gegen sich erblickte. Der Gerichtshof beschloß, da ein anderer Ersatz-Richter nicht anwesend war, die Sache zu vertagen.

— In Köln wurde die am Sonnabend vom Landgericht vertagte Verhandlung gegen den Zeitungsvorkäufer *Wardenhauer* am Montag fortgesetzt, aber abermals und zwar auf den 30. August vertagt. Bekanntlich hat der Kölner Polizeipräsident entdeckt, daß die von *Wardenhauer* vor dem Hauptbahnhof verkauften Schriften „Der wahre Jakob“ und „Süddeutscher Postillon“ geeignet sind, in sittlicher und religiöser Beziehung Aergernis zu erregen. Das Landgericht ist jedoch der Ansicht, daß das vom Polizeipräsidenten angeordnete Verbot des Verkaufs dieser Schriften sich auf Bestimmungen stützt, die in diesem Fall nicht zutreffen. In der neuen Verhandlung soll nun in die Beweisführung eingetreten werden, ob der „Wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillon“ geeignet sind, in sittlicher und religiöser Beziehung Aergernis zu erregen.

— In Warzen wurde wegen der Anwesenheit von Frauen eine Volksversammlung aufgelöst, wo Reichstags-Abgeordneter *Molkenbühr* einen Vortrag hielt. So meldet der Telegraph. Es wird sich wohl wieder darum handeln, daß die Polizei „annimmt“, die Versammlung sei von einem Komitee veranstaltet, dieses Komitee sei ein Verein, der sich mit politischen Angelegenheiten beschäftige, folglich dürfen Frauen an dieser „Vertrins“-Versammlung nicht teilnehmen.

— Der Zigarrenmacher *Emil Lungwih* in Pieschen bei Dresden hatte als Vorsitzender des Turnvereins „Turnerschaft Pieschen“, weil er noch nicht dispositionsfähige Leute als Mitglieder aufgenommen hatte, einen Strafbefehl erhalten, gegen den er richterliche Entscheidung beantragte, über die am Montag vor dem Amtsrichter *Dr. Weder* verhandelt werden sollte. Der Beschuldigte erklärte aber, er sei notorischer Sozialdemokrat, der Turnverein verfolge nach Ansicht der Behörden sozialdemokratische Tendenzen, er müsse den Amtsrichter *Dr. Weder* mit Rücksicht auf die vorhergegangenen Sozialistenprozesse als *besangenen* ablehnen. Weiter erklärte *Lungwih*, er sei in dem von der Sozialdemokratie geführten Waldschloßchenboykott öffentlich hervorgetreten, Amtsrichter *Dr. Weder* aber sei Waldschloßchen-Aktionär und dürfte schon aus diesen Erwägungen die Ablehnung begründet sein. Die Verhandlung wurde bis auf weiteres vertagt, damit das Landgericht über den Antrag einen Entschluß fassen. Es ist das erste Mal, daß ein Sozialdemokrat den Amtsrichter *Dr. Weder* ablehnt.

— Ganz wie zu den schönsten Zeiten des Sozialistengesetzes verbietet in Sachsen die Polizei irgend einem Redner, der ihr nicht gefällt, in Versammlungen zu sprechen. Dies Schicksal ist jetzt dem Genossen *Mansfred Wittich* in Leipzig zu teil geworden. Er sollte dort in einer öffentlichen Versammlung der Schneider und Schneiderrinnen einen Vortrag halten, aber die Polizei verhinderte ihn daran.

Soziale Ueberblick.

Aus Köln meldet der Telegraph: Der Vorstand des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat beschlossen, den Arbeitern, welche 1870 am Kriege teilgenommen haben, den Sedantag unter Vergütung eines vollen Tagelohns ganz freizugeben, der übrigen Arbeiterschaft von 4 Uhr nachmittags an ebenfalls ohne Lohnabzug.

Es ist selbstverständliche Pflicht der Unternehmer, ihre Personale für die erzwungene Arbeitsruhe zu entschädigen, wenn sie im Alford stehen, und ihnen nichts abzuziehen, wenn sie im Wochenlohn arbeiten. Indem der Telegraph die Kölner Nachricht als etwas Besonderes verbreitet, wird zugegeben, daß die Mehrheit des „patriotischen“ Unternehmertums schädig genug ist, sich jener selbstverständlichen Pflicht zu entziehen.

Alters- und Invalidenversicherung. Aus den Kreisen der nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz ver-

sicherten Personen sind bei dem Reichs-Versicherungsamt vielfach Klagen darüber laut geworden, daß ihnen bei der beantragten Eintragung von Vermerkten über Zeiten anrechnungsfähiger Krankheit Schwierigkeiten bereitet, insbesondere von ihnen, wenn sie einer Krankenkasse u. s. w. nicht angehören und daher von einer solchen keine Bescheinigung nach § 18 des Gesetzes beibringen können, ärztliche Atteste als notwendig erfordert würden. Das Reichs-Versicherungsamt hat nun seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß wenn auf Vorlegung eines ärztlichen Attestes bestanden wird, dadurch unvertretbar große Unzutraglichkeiten entstehen, zumal da der mit der Beschaffung eines Attestes verbundene Zeitverlust und Lohnausfall sowie die Kosten des Attestes unter Umständen den Wert der Krankheitsbescheinigung weit überwiegen können. Es dürfte daher der Absicht des Gesetzes entsprechen, wenn es dem Versicherten gestattet wird, das Vorliegen und die Dauer einer Zeit anrechnungsfähiger Krankheit in anderer hinlänglich sicherer Weise zu belegen, etwa durch ein Zeugnis des Hauswirts oder sonstiger glaubwürdiger Personen, die in der Lage sind, aus eigener Wissenschaft über jenen Punkt Auskunft zu erteilen.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die ihm untergebenen Behörden angewiesen, in den Berichten an ihn alle überflüssigen Ausdrücke wegzulassen. Es soll z. B. der folgende Bericht:

„Betrifft Veränderungen in den Besitzverhältnissen der zur Teilnahme an den Herrenhauswahlen berechtigten Rittergüter. (Erlaß vom)“ E. Ex. beehre ich mich in Verfolg des nebenbezeichneten hohen Erlasses gehorsamst anzuzeigen, daß im vergangenen Jahre Veränderungen in den Besitzverhältnissen der zur Teilnahme an den Wahlen zum Herrenhause berechtigten Rittergüter nicht vorgekommen sind. Der Landrath“

„Veränderungen in den Besitzverhältnissen der zur Teilnahme an den Herrenhauswahlen berechtigten Rittergüter (Erlaß vom)“ sind im vergangenen Jahre nicht eingetreten. Der Landrath“

Durch Selbstmord schieden in Preußen im Jahre 1893 insgesamt 6409 Personen aus dieser „besten der möglichen Welten“, verhältnismäßig ebensoviel wie in den Jahren 1891 und 1892, nämlich 21 auf 100 000 Lebende. Unter den Selbstmördern waren 5195 Männer und 1274 Frauen. Ungefähr der vierte Teil der Selbstmorde soll un zweifelhaft durch Geisteskrankheit verursacht worden sein, und auch von den übrigen will man „eine noch größere Zahl“ auf psychologische Beweggründe zurückführen können. Auch für die Lobpreisler der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung kann das aber, wenn sie ihre fünf Sinne zusammennehmen, kein Trost sein. Denn worin haben die Geistes- und Gemüthskrankheiten ihre Ursache? Doch in ungesunden sozialen Zuständen und vornehmlich in der wilden Hoff um die Eitelkeit, der im Zeitalter der ordnungslosen bürgerlichen Herrschaft die Menschheit in viel höherem Maße angeheft ist, als je vorher.

Tödtlich verunglückt sind im Jahre 1893 in Preußen 11 673 Personen, 20 weniger als im Jahre vorher, und zwar 9886 männlich, 2467 weiblich. Unter den Arten der tödtlichen Verunglückungen steht das Ertrinken mit 2884 Fällen an erster Stelle, es folgt Sturz vom Baume, vom Gerüst u. s. w. mit 2121 Fällen, Ueberrfahren mit 1883, Verbrennen und Verbrühen mit 1106, Verschütten und Erschlagen mit 863, Schlag und Biß mit 589, Ersticken mit 486 Fällen.

Krach in der österreichischen „Sozialreform“. Die niederösterreichische Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesellschaft in Wien hat für das Jahr 1894 einen Fehlbetrag von fünfviertel Million Gulden. Die Direktion verlangt nunmehr, der „Köln. Ztg.“ zufolge, geschliche Reformen, insbesondere Aufstellung der kurzen Karenzzeit, Ausschluß der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Werkstattarbeiter im Vangewerbe, obligatorische Führung von Lohnlisten der Unternehmer, Schaffung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung u. s. w.

Lohnbeschlagnahme-Gesetz in Luxemburg. Das Memorial des Großherzogthums Luxemburg veröffentlicht ein Gesetz, wonach die Löhne der Arbeiter und Bediensteten, die 6 Franken den Tag nicht übersteigen, nur bis zu $\frac{1}{3}$ abgetreten und bis zu $\frac{1}{2}$ gepfändet werden dürfen. Uebersteigen sie jenen Betrag, so können höchstens $\frac{1}{3}$ abgetreten und $\frac{1}{2}$ gepfändet werden. Nach demselben Gesetz können die den Gehalt von 1500 Franken nicht übersteigenden Jahresgehälter der Staats- und Privatbeamten gleichfalls nur bis zu $\frac{1}{3}$ abgetreten und bis zu $\frac{1}{2}$ gepfändet werden. Ein zweites Gesetz verbietet den Unternehmern, den Arbeitern geistige Getränke unter Anrechnung auf die Löhne zu liefern, sowie die Auszahlung der Löhne in den Wirtschaften vorzunehmen. Ferner muß die Lohnzahlung wenigstens zweimal im Monat und in Zwischenräumen von höchstens 16 Tagen erfolgen.

Zweihundertundfünzig Seesente wurden von der Direktion der „Navigazione Generale Italiana“ in Palermo entlassen und weitere vierhundertundfünzig sollen demnächst ihnen folgen. Unter den plötzlich Entlassenen herrscht große Noth. In einer zahlreich besuchten Versammlung beauftragten sie den sozialdemokratischen Abgeordneten *Agnini*, die Regierung zu interpellieren, welche Schritte diese zur Linderung der Noth zu thun gedente. Ein Matrose und ein Maschinist, die in der Versammlung als Redner aufgetreten waren, wurden verhaftet, indessen bald wieder freigelassen. Die Direktion der Rheberei erklärt, sie habe sich zu den Entlassungen genöthigt gesehen, weil sie sparen müsse, um dem Bankrott vorzubeugen. Die schlechte Finanzlage der Gesellschaft ist eine Folge der lächerlichen Verwaltung und der Diebereien der Beamten — etwas im Lande *Crispi's* wenig auffallendes. Für die Sünden der Verwaltung müssen nun die Matrosen und Feuerleute büßen.

Arbeiter-Risiko. Aus *Zwickau* wird uns unterm 13. August geschrieben: In der Sonnabend-Nachtsicht verunglückte auf dem Brückenberg, Schacht IV, der Häuer *Ulich* durch hereinbrechende Kohle tödtlich. Gestern früh verbrannten infolge einer Explosion schlagender Wetter auf der Grube *C. G. Falk* der Steiger *Pilz* und drei Häuer schwer, sodas die Aeryte an ihrem Auskommen zweifeln. In der ersten Augustwoche gab es auf hiesigen Werken zwei Tode, einer erlag dem Sonnenstich, der andere giftigen Gasen. Die hinterlassenen Wittwen und Kinder können ein Lied vom „Bergmanns-Schuh“ singen!

In *Spreckel's Zucker-Raffinerie* in *Phila-delpia* kam ein Arbeiter auf folgende Weise ums Leben. Er arbeitete im neunten Stockwerke, in dem sich die großen Behälter für Zucker befinden, der raffiniert werden soll. Die Deckel dieser Behälter enthalten nicht die geringste Vorkehrung, um Arbeiter vor einem Sturze in dieselben zu beschützen. Der erwähnte Arbeiter öffnete einen der Behälter und fiel hinein. Erst nach längerer Zeit wurde er vermist; der Zucker wurde abgelassen, wobei die Leiche zum Vorschein kam.

Gewerkschaftliches.

Der internationale Handschuhmacher-Kongress wird im Monat September in Paris abgehalten. Da die deutschen und österreichischen Handschuhmacher infolge der Streikbewegung zu den einzelnen Fragen, die den Kongress beschäftigen werden, noch nicht Stellung genommen haben, so ist die für die Einberufung von Anträgen selbstgeleitet gewesen freit verlängert worden. Der Vertrauensmann *H. Scholz* in Stuttgart, Wöbingerstr. 15 III., bringt dies den Handschuhmachern

Deutschlands mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß alle Kongressangelegenheiten nur in öffentlichen Handschuhmacher-Versammlungen zu besprechen sind. Es sei nimmermehr höchste Zeit, an allen Orten Deutschlands diese öffentlichen Handschuhmacher-Versammlungen einzuberufen, um sich über die eventuellen Anträge, die Zahl der Delegirten, sowie über die Kandidaten schlüssig zu werden. Der Vertrauensmann *Scholz* bittet, dies zu beachten und schlüssig alles Material einzusenden.

Zug von Handschuhmachern ist noch fernzuhalten von *Stuttgart*, *Ludwigsburg*, *Eßlingen* und *Persfeld*. Der Vorstand des Handschuhmacher-Bandes veröffentlicht hierzu eine Bekanntmachung, aus der folgendes mitgetheilt sei: „Da es Thatsache ist, daß der längere Widerstand (der Fabrikanten) dadurch ermöglicht wird, daß einzelne Fabrikanten ihre notwendigste Arbeit an anderen Orten fertiggestellt erhalten, fordern wir die Kollegen wiederholt auf, ihr Augenmerk hierauf zu richten und uns von ihren Wahrnehmungen sofort in Kenntniß zu setzen.“

Die Lohnbewegungen der Handschuhmacher in *Raaden* und *Lichtenstadt* in *Böhmen* haben mit dem Siege der Arbeiter geendet.

Die *Bürsten- und Pinselmacher* werden ersucht, *Nürnberg* zu meiden, weil dort wegen fortgesetzter Lohnherabsetzungen Differenzen schweben.

Au die Tabakarbeiter! In *Oblau* (Schlesien) haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik von *Carl Markus Erben*, im ganzen 81 Personen, die Arbeit niedergelegt, weil zehn Arbeitern gekündigt worden war, um Lehrlingen Platz zu machen. Die Auskündigten bitten alle Arbeiter um thätkräftige Unterstützung. Etwas Geldsendungen sind zu richten an *Franz Organist*, Gasthof „Zum weißen Roß“, *Oblau* in *Schlesien*.

Aus *Sachsen* wird uns telegraphisch berichtet, daß das Ministerium definitiv aufgelöst hat. Damit ist unseren sächsischen Parteigenossen wieder ein vortreffliches Argument für die Nothwendigkeit der Wahl sozialdemokratischer Landtags-Abgeordneten geschaffen, das gerade bei den nächsten Landtagswahlen, wo es sich mit um Bergarbeiter-Distrikte handelt, seine Dienste thun wird.

Die *Leipziger Steinsehmeyer* haben, wie die *Leipziger Zeitung* mittheilt, am Montag folgenden Beschluß gefaßt: Den Gehilfen ist mitzutheilen: 1. daß die Meister gegenwärtig nicht in der Lage sind, die geforderte Lohnerhöhung auf 50 Pf. für die Stunde, 75 Pf. für Ueberstunden zu bezahlen, weil die diesjährigen Arbeiten bereits zu festen Preisen abgeschlossen sind; dagegen erklären sie, an dem bisher gezahlten Höchstlohn von 45 Pf. für die Stunde für bessere Arbeiter festzuhalten; 2. daß sie auf keinen Fall die neunstündige Arbeitszeit bewilligen, sondern an der zehnstündigen Arbeitszeit festhalten, da die Arbeitszeit sich je nach der Jahreszeit von selbst verringert; 3. daß statt der von den Gehilfen verlangten Ruhepausen von je 20 Minuten vormittags und nachmittags, vormittags um 10 Uhr eine Pause von 15 Minuten und nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr eine solche von 10 Minuten eingeführt werden soll. Schließlich erklären die Meister sich bereit, mit den Gehilfen wegen einer Lohnregelung für das nächste Jahr im Herbst dieses Jahres in Unterhandlung zu treten.

In *Köln* bei *Meißen* haben die beim *Kirchen-Neubau* beschäftigten Steinmosen die Arbeit eingestellt.

Die *Zimmerer Mannheims* haben den zehnstündigen Tag und eine Regelung des Lohns durchgesetzt. Nur in einem Betriebe sind die Forderungen nicht bewilligt worden.

Die *südbayerische Agitationskommission der Bäcker-Arbeiter* wandte sich beschwerdeführend gegen das Gendarmeriekommando und das Bürgermeisterei in *Starnberg* an das Bezirksamt München I, weil es abgelehnt wurde, für die gesetzliche Sonntagsruhe in *Starnberg* einzuschreiten. Die Anzeigen betrafen die *L. Hofbäckerei Schmidbauer* und die *Dreher'sche Bäckerei in Starnberg*.

Brückeneinsturz im Kieler Hafen.

Ein Privattelegramm unseres Kieler Korrespondenten meldet uns:

Kiel, 14. August, 1 Uhr 45 Min. nachmittags. Auf der *Germania* werft im hiesigen Hafen brach mittags 12 Uhr die 15 Meter lange Laufbrücke zusammen, welche die Verbindung zwischen dem neuerbauten Lloyd-Dampfer „*Sonn*“ und dem Lande herstellte. Es sind etwa 50 Arbeiter ins Wasser gestürzt; bis jetzt hat man 9 Tode aufgefunden, sämmtlich Familienväter. Zahlreiche Arbeiter haben Verletzungen davongetragen. Die Ursache des Unglücks wird dem zum Bau der Brücke verwendeten schlechten Material zugeschrieben.

Bolff's Telegraphen-Bureau giebt dem entsetzlichen Vorfall folgende Darstellung:

Kiel, 14. August, 3 Uhr 15 Minuten nachmittags. Als heute bei Beginn der Mittagspause die Arbeiter der *Germania* werft von einem Torpedojäger an Land gingen, brach die Laufbrücke und die gerade auf der Brücke befindlichen Arbeiter stürzten ins Wasser. Bis jetzt wurden 8 Tode gezählt.

Ein späteres Privattelegramm theilt uns über die Einzelheiten der Katastrophe noch folgendes mit:

Kiel, 14. August, 7 Uhr 45 Minuten. Vom Schiff führten zwei Brücken an Land. Die eine wurde aber von Kohlenträgern benutzt und war daher nicht passierbar. Die benutzbare Brücke führte über einen türkischen Torpedojäger an Land. Zwischen den beiden Schiffen brach die Brücke zusammen. Sie ruhte auf nur zwei Tragebalken, die alt und vielfach durchbohrt waren. Die Brückenstrümmen sind polizeilich beschlagnahmt. Bis jetzt sind 12 Leichen gefunden. Zwei Mann werden noch vermist, zwei sind schwer und viele leichter verletzt. Unter den Toten befindet sich unser Genosse *Rotheborff*, der in *Kiel* Gewerbegericht-Beisitzer war. Die Namen der übrigen Toten sind von der Werftdirektion noch nicht bekannt gegeben. Nach den fehlenden Leichen wird von *Lauchern* gesucht.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 14. August. (B. Z. B.) Die Direktion der Glaswerke von *Carmaux* wird am Sonntag allen Arbeitern die Arbeitsbücher ausständig und dann nur einen Teil derselben wieder anstellen. *Zaurès* und andere Sozialisten beabsichtigen, in ganz Frankreich Versammlungen und Vorträge zu veranstalten, um Unterstüßungsgelder für die Auskündigten zusammenzubringen.

Barcelona, 14. August. (B. Z. B.) Hier fand wegen zu frühzeitigen Einfahrens eines Zuges in die Station ein Zusammenstoß mit einem anderen Eisenbahnzuge statt, wobei 11 Personen verletzt wurden.

Sofia, 14. August. (B. Z. B.) Wie die *Agence balcanique* meldet, empfing Prinz *Ernest* heute Vormittag die Mitglieder der *Petersburger Kränz-Deputation* in anderthalbstündiger Privataudiens; auch der Kriegsminister und *Stolow* wurden empfangen, letzterer ist heute Abend zu einer neuerlichen Audienz beschieden.

Meineidsprozess Schröder und Genossen.

Essen, den 14. August 1895. Vor dem Schwurgerichtshof des Essener Landgerichts haben sich heute Ludwig Schröder, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Bergleute aus Dortmund, Johann Meyer, Kassirer des Verbandes deutscher Bergleute aus Bochum, der Bergmann Karl Gräf aus Herne, der Fuhrmann Robert Imberg aus Herne, der Bergmann Friedrich Thiel aus Herne, der Bergmann Friedrich Beckmann aus Baulau, Kreis Bochum, und der Bergmann Max Wilking aus Herne wegen Meineids zu verantworten. Die Meineide sollen geschworen worden sein im Beleidigungsprozess gegen den Redakteur der Zeitung deutscher Berg- und Hüttenarbeiter, Marggraf, in dem sämtlichen Angeklagten als Zeugen fungierten. Den Bekundungen der Angeklagten standen Aussagen mehrerer Polizeibeamter und sogenannter „christlicher Bergleute“ gegenüber und da der Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft den Bekundungen der Beamten und christlichen Bergleute mehr Glauben schenkte, so leitete er gegen die Angeklagten mit Erfolg das Verfahren wegen Meineids ein und die sieben Mann sitzen nun wegen des Verdachts eines Verbrechens auf der Anklagebank, das mit Zuchthaus nicht unter einem Jahre bestraft wird.

Die Angeklagten Schröder, Meyer, Gräf und Imberg werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt, während sich die Angeklagten Thiel, Beckmann und Wilking auf freiem Fuß befinden. Die Vorgänge, um die es sich hier handelt, seien noch einmal in Kürze rekapituliert.

Am 3. Februar d. J. abends gegen 6 Uhr fand zu Baulau, Kreis Herne, im Saale des Births Sichter mann eine Versammlung des Gewerkschafts christlicher Bergleute zwecks Bildung einer Zählstelle zu Baulau statt. In der Zeitung deutscher Berg- und Hüttenarbeiter erschien über diese Versammlung ein Bericht, in dem es hieß, „ein baumlanges Gendarm habe den Verbandsvorsitzenden L. Schröder zu Boden geworfen und nachdem er sich halb erhoben, abermals niedergestößt.“ Der baumlange Gendarm war der Gendarm Münter, der dieser Notiz wegen Strafantrag gegen Marggraf stellte. In dem ersten Termin, der am 11. Juni stattfand, traten Schröder, Meyer und Gräf als Entlastungszeugen auf, während der Gendarm Münter und ein Polizeikommissar Brokmeyer die Behauptung der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ bestritten. Münter gab zu, Schröder könne ein Mal durch eine Körperbewegung seinerseits zu Fall gekommen sein, ein zweites Mal jedoch nicht; auch im ersten Falle habe er aber nicht die Faust gebraucht. Der Gerichtshof hielt die Sache für nicht genügend aufgeklärt und vertagte die Verhandlung zwecks umfangreicherer Beweisaufnahme. Die zweite Verhandlung fand am 27. Juni statt. Schröder, Meyer und Gräf blieben bei ihren ersten Aussagen, ebenso die Beamten. Die Entlastungszeugen fanden Unterstufung bei den vier weiteren Angeklagten, die Beamten bei einer Anzahl von Angehörigen des Gewerkschafts christlicher Bergleute. Der unbefangene Zuhörer mußte sich sagen, daß sowohl die Aussagen der Entlastungszeugen, wie die der Belastungszeugen — ihre Beobachtungen litten an großer Ungenauigkeit — viel zu wünschen übrig ließen. Marggraf wurde schließlich zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt ließ, obwohl der Gerichtsvorsitzende ausgesprochen hatte, zu dem Verdachte wegen Meineids liege kein genügender Grund vor, den Schröder durch besagten Münter noch in der Verhandlung verhaften und erhob dann gegen die übrigen sechs Zeugen ebenfalls die Anklage. Die Anklage stellt den Sachverhalt folgendermaßen dar: Der Vorsitzende jener oben erwähnten Versammlung habe mit Rücksicht darauf, daß eine an demselben Tage nachmittags in Herne abgehaltene Versammlung durch Bergleute sozialdemokratischer Richtung gestört worden war, die Polizeiverwaltung in Herne um Entsendung von Sicherheitsbeamten zu der Versammlung in Baulau gebeten. Zur Beweissicherung der Versammlung waren deshalb außer dem Polizeikommissar Brokmeyer aus Herne die Gendarmen Münter und Müller III beauftragt. Als der Vorsitzende Brust die Versammlung eröffnen wollte, habe Schröder unter fortwährendem Lärmen und Toben seiner Gesinnungsgenossen Bureauwahl und freie Diskussion gefordert. Brust habe die Versammlung auf kurze Zeit vertagt und die anwesenden Anhänger der Sozialdemokratie zum Verlassen des Lokales aufgefordert. Als diese zögerten, der Aufforderung nachzukommen und namentlich Schröder allerlei Einwendungen gemacht, habe sich Brust an den Gendarm Münter mit der Bitte gewandt, ihm beizustehen. Münter habe nun Schröder zum Verlassen des Saales aufgefordert; Schröder habe sich auch erhoben und sei zu dem auf einem Podest neben der Eingangstür stehenden Raststisch gegangen, um sein Eintrittsgeld zurückzuverlangen. Hier sei er aber mit den beiden Kassirern Kerlhoff und Keuenhoff, die ihm kein Geld herauszahlen wollten, in Wortwechsel geraten. Inzwischen war Gendarm Münter dem Schröder gefolgt. Als dieser nun an Schröder herantrat und ihn in energischerem Tone — selbst Belastungszeugen Schröder's beklundeten, daß Münter den Schröder angeschrien und gebut habe — zum Verlassen des Lokals aufgefordert, sei Schröder dieser Aufforderung wohl nachgekommen, aber beim Verlassen des Lokals über den Podest, wahrscheinlich infolge seiner Eile zu Fall gekommen und habe strauchelnd den Saal durch die in unmittelbarer Nähe befindliche Thür verlassen.

Die Anklage stellt nun die in dem Beleidigungsprozess gegen Marggraf abgegebenen Zeugaussagen einander gegenüber und findet dabei, daß sie namentlich in bezug auf die Art und Weise, wie Schröder von Münter angefaßt sein sollte und in bezug auf der Ort, wo Schröder zu Fall gekommen war, sehr in Widerspruch ständen. Die Anklage behauptet weiter, daß die in der zweiten Verhandlung vernommenen Entlastungszeugen des Marggraf, also die vier letzten Angeklagten, zum großen Teil ihre zuerst gemachten Angaben auf Vorhalten des Vorsitzenden widerrufen haben und daß Marggraf selbst die Verneinung weiterer Zeugen nicht gewünscht habe, weil die Sache zu verwickelt wurde. Eine Besichtigung des Lokals habe ergeben, daß der Kommissar Brokmeyer an der Thür des Saales zwei Schritte von Schröder entfernt gestanden hat; sein Blick auf Schröder und Münter sei unbehindert gewesen und es sei nach seiner Angabe unwahr, daß Schröder von Münter gestoßen worden sei. Der Widerruf ihrer Aussagen könne die Angeklagten Imberg, Thiel, Beckmann und Wilking nicht entlasten, da dieser Widerruf kein freiwilliger gewesen sei.

Zu der Verhandlung, die 2 Tage in Anspruch nehmen dürfte, sind vorläufig 38 Zeugen geladen; meistens Bergleute, fast sämtliche sind Besucher jener Versammlung gewesen. Vorsitzender des Schwurgerichts ist Landgerichtsrath Lorbrock, die Anklage vertritt Staatsanwalt Mantel.

Die Verteidigung, die einen umfangreichen Entlastungsbeweis antreten will, ruht in den Händen der Rechtsanwälte Dr. jur. Victor Niemeyer und Ballach aus Essen.

Ueber den gestrigen Verlauf der Aktion gegen die unglücklichen Bergarbeiter meldet ein Privattelegramm unseres Berichterstatters:

Essen a. d. Ruhr, 14. August, 6 Uhr 12 Min. nachm.: Im Prozess Schröder und Genossen ist es in der heutigen Verhandlung nicht über die Verneinung der Angeklagten hinausgekommen. Rechtsanwalt Niemeyer wurde als Zeuge über den Verlauf der Strafammer-Verhandlung vorgefragt, und nun verurteilte die Frage, ob Niemeyer Verteidiger bleiben dürfe, eine stundenlange Diskussion. Der Gerichtshof schloß schließlich, dem Antrage des Staatsanwalts stattgebend, Niemeyer von der Verteidigung aus. Die Verhandlung wurde darauf bis Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vertagt. Niemeyer erklärte den Angeklagten, daß er Herrn Benzmann ersuchen wolle, die Verteidigung zu übernehmen.

Ein Wolff'sches Telegramm meldet: In dem Prozess gegen den Bergmann Schröder und Genossen wegen wissentlichen Meineids schlug Rechtsanwalt Dr. Bell den Rechtsanwalt Dr. Niemeyer als Zeugen vor. Daraufhin beantragte der erste Staatsanwalt, daß der Rechtsanwalt Dr. Niemeyer erst sein Mandat als Verteidiger niederlegen solle. Diesem Antrage widersprachen die Verteidiger. Der Gerichtshof beschloß jedoch nach dem Antrage des Staatsanwaltes und vertagte die weitere Verhandlung bis morgen, Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, damit sich der neue Verteidiger informieren könne.

Tokales.

Auf etwas mehr oder weniger Nützlichkeit kommt es den gewerkschaftlichen Nordspatrioten bei der zur Zeit landesüblichen Schilderung der „großen Zeit“ von 1870 natürlich nicht an. Es muß mit diesen Farben aufgetragen werden, anders findet ein patriotisch-literarisches Produkt bei den Verlegern der staatsbehaltenden und daher kriegserinnerungsstrebigen Tagespresse überhaupt keinen Absatz. Wer will es da dem literarischen Strauchritterthum verdenken, wenn es sich die Konjunktur zu nütze macht und bei Gelegenheit einen ganz besonders eifrigen Geschäftsmann derbe übers patriotische Ohr zu hauen sucht? Man lese, was die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Nummer vom Mittwoch Morgen schreibt:

In den Zeitungen spielen gegenwärtig die Erinnerungen an die Kriegsergebnisse von 1870 eine große und allerdings leicht gerechtfertigte Rolle. Es ist dabei jedoch unvermeidlich, wenn das gerechtfertigte Interesse der Leser dazu ausgenutzt wird, Erfindungen einzuschmuggeln, die nur bestimmt sind, unbegründetes Aufsehen zu erregen oder gar ein Zeitungshonorar zu erschwindeln. So beklagt ein Eißasser in der „Straßburger Post“ sich sehr ernst und mit vollem Recht über einen Artikel der „Berliner Morgenzeitung“, der „Die Hünen des Schlachtfeldes“ überschrieben ist und in dem ein „Kurt v. Möllenthien“ (?) Szenen schildert, die man sich nach der Ueberschrift schon selbst ausmalen kann, abgesehen davon, daß ein bekanntes Bild von Sell denselben Vorwurf hat. Die in den stärksten Ausdrücken sich bewegende Beschreibung beginnt mit den Worten: „Entsetzen erfaßt uns noch jetzt, wenn wir einer anderen Szene gedenken, welche uns bei Wörth vor Augen trat.“ Der oben erwähnte Eißasser wendet seinen gerechten Anwillen gegen den Unstand, daß seine Landsleute hier als die Raubthiere des Schlachtfeldes eingeführt werden; er stellt aber fest, daß die ganze ausführliche Schilderung schon im Jahrgang 1866 der „Gartenlaube“ gestanden hat und dort mit einer Illustration versehen ist. Ein Wort ist nur in der jetzigen Wiedergabe geändert: wo „Kurt v. Möllenthien“ Wörth schreibt, stand ursprünglich Sadowa! Zum Ueberflus trägt der Artikel noch den Vermerk „Nachdruck verboten“. Es ist keine Frage, daß der, welcher den Aufsatz gefälscht hat, entlarvt werden muß, und diese Aufgabe fällt natürlich an erster Stelle dem Blatte zu, das die Fälschung veröffentlicht hat.

Das war ein Reinsfall, dem hier und da noch mancher folgen mag, so lange die Kriegserinnerungen als erster Zugartikel in der bürgerlichen Presse gelten.

So besonders entrüstetes Wehklagen sollten übrigens die Herren, welche den Patriotismus in Erbpacht genommen haben, ob dieses kleinen Diebstahls gar nicht erheben. Der von ihnen beabsichtigte Erfolg, die Bekämpfung der Thiernatur im Menschen und die Hölterverehrung, wird ja auch durch den Artikel der „Berliner Morgenzeitung“ wenigstens bei denen erreicht, die überhaupt noch für das Niedrige und Gemeine zu haben sind. Das diese Menschen dank dem gefunden Empfinden der Arbeiterwelt und dem Wirken der Sozialdemokratie zum Segen für die Kultur immer weniger werden, das ist bekanntlich ebensowenig die Schuld der ritterlichen „Kreuz-Zeitung“ als des hereingefallenen Organs des Herrn Mosse.

Patriotismus und Unzucht sind bekanntlich an gar vielen Stellen der Reichshauptstadt und anderer Orte eng miteinander verschwistert. So leicht giebt es keine Kneipe mit Damenbedienung, in der nicht an den Wänden patriotische Bilder hängen, und der Tingeltangel dürfte erst nachhaft zu machen sein, in dem es nicht von Gesängen echt patriotischer Empfindung voll wiederhallt. Wünschenswert wäre es aber, daß bei dieser engen Verbindung von Vaterlandsliebe und freier Liebe auch die königlich preussische Gerechtigkeit, unter der bekanntlich auch Verkäufer des als „unfittlich“ anerkannten „Pflasterspiegels“ zu leiden haben, auf ihre Kosten käme. Dies scheint jedoch zuweilen nicht der Fall zu sein. In der Eißasserfrage 37 befindet sich das Lokal „Variété Boulevard“. Nach ortsbildlicher Sitte prangen auch dort an der Wand die Bilder des ersten und des zweiten Kaisers des neuerrichteten Reichs, und vom deutschen Vaterland, dem schneidigen Militär und der Sigelkönigin hallt es hier ganz wie an anderen staatsbehaltenden Sälen dieser Art aus heiseren Mädchenkehlen wieder. Außerdem kommen in dem Lokal aber noch „Gebrauchter“ mit einem fast naht zu Tage liegenden Inhalt von so gemeiner Unfähigkeit zur Vertheilung, daß selbst einem in diesen Dingen weniger präde veranlagten Menschen darob die Haare zu Berge stehen müssen. Wir sind gespannt, wann deutsche Richter, die in bezug auf den „Pflasterspiegel“, das „Liebeskonig“ und andere, aus stitlichen Beweggründen hervorgegangene Schriften so energisch ihres Amtes zu walten wissen, in die Lage kommen, dieses an den Schweinereien des Variété-Boulevard zu üben.

Das Sedankleber hat auch die bürgerlichen Kreise unseres Vorortes Steglitz mächtig gepackt. Vor einigen Tagen wurde, wie wir dem dortigen Gemeindeblatt entnehmen, unter Rücksicht der Bestimmungen des auch für diesen Ort gültigen preussischen Vereinsgesetzes, eine Zusammenkunft der Vorstände und Deputirten wohl fast aller in Steglitz domizilirenden Vereine politischen, wirtschaftlichen, kirchlichen, pädagogischen und gesellschaftlichen Charakters, um über die Begehung des großen Schlachtfestes zu berathen. Dieser laut preussischem Vereinsgesetz verpönte Versammlung, an der sich die Vereine des arbeitenden Volkes selbstverständlich nicht beteiligten, präsidirte der oberste Gefesshüter der Gemeinde Steglitz, der Bürgermeister Zimmermann. Der Herr Bürgermeister stellte zur Freude aller Wohlgeantanten für das Sedankleber mindestens 500 Mark aus Gemeindegeldern in Aussicht, eine Summe, die denn auch von den

ordnungsparteilichen „Stadtvätern“ auf jeden Fall bewilligt wird. Für derartige Dinge ist natürlich auch in Steglitz genügend Geld vorhanden, trotzdem gerade an diesem Orte die von der Arbeiterkraft beantragte Errichtung eines Gewerkegerichts u. a. auch mit der Begründung abgelehnt wurde, daß für eine solche Einrichtung keine Geldmittel vorhanden seien. Auch hatte man bei der Ablehnung den Muth, das Bedürfnis eines Gewerkegerichts für Steglitz zu bestreiten, und das, trotzdem gerade an diesem wie kaum an einem anderen Vorort ordnungsfreundliche Vauschwinder an Handwerkern und mittellosen Arbeitern die schamlosethigen Gaunereien verüben. Man sieht, daß das Bürgerthum von Steglitz des patriotischen Empfindens voll sein Sedankleber feiern kann.

Fensterreinigungs-Institute gab es vor Jahresfrist nur zwei in Berlin; die Inhaber waren infolge der geringen Konkurrenz in der Lage, von ihren Kunden recht annehmbare Preise zu verlangen. Infolge der geringen Löhne der Arbeiter, die in der letzten Fensterputzer-Versammlung zur Sprache kamen, sahen sich nicht weniger als 30 der Arbeiter veranlaßt, das Geschäft auf eigene Rechnung zu betreiben und wie es scheint mit Erfolg; denn besonders viele kleinere Kaufleute und Gastwirthe lassen den ihnen bekannten Putzern den Verdienst zukommen.

Von dem Krach einer „sozialdemokratischen“ Gründung ist in bürgerlichen Blättern wieder einmal die Rede. Gemeint ist die Konkurrenzoffnung über das Konfektionshaus Orantenstr. 173, dessen Geschäftsführer unser Parteigenosse Lätzerow ist. Selbstverständlich ist es den Inhabern der Firma nie eingefallen, ihr Geschäft ein sozialdemokratisches zu nennen, und auch die arbeiterfeindlichen Organe haben keine anderen Gründe, dem betreffenden Konfektionshause diese Bezeichnung anzuhängen, als etwa die, daß u. a. einige Sozialdemokraten darin beschäftigt waren und daß in seinen menschenwürdiger hergerichteten Betriebsstätten die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dem insamen Grad der Ausbeutung unterworfen waren, der im bürgerlichen Lager erst als respektabel gilt. Fällt letzterer Grund noch ordnungsparteilicher Anschauung auch erschwerend ins Gewicht, so war der „Krach“ immer noch ehrenhafter als z. B. die Ursachen des mit gleichem Recht „konservativ“ zu nennenden Krachs, von dem der Hammerstein-Pensionsfonds in der „Kreuz-Zeitung“ betroffen wurde, oder die Vorgeschichte des „fromm-kirchlichen“ Krachs, der dieser Tage in Augsburg für so viele arme Leute verhängnisvoll geworden ist.

Die Verrufserklärung ist bekanntlich von deutschen Staatsanwälten immer mit Eifer verfolgt und von deutschen Richtern mit hohen Gefängnisstrafen belegt worden, wenn sie von Arbeitern ausgegangen ist. Wegen Unternehmern wegen dieses Vergehens Anklage zu erheben, war bekanntlich noch nie und nirgendwo ein Staatsanwalt im Reiche der Gottesfürcht und frommen Unternehmerräte in der Lage. Auch in dem nachstehend verzeichneten Fall dürfte keine Verfolgung eintreten.

Das Börsenblatt für Deutschlands Buchhandel vom 12. August d. J. enthält folgende Annonce, die außerdem noch besonders als Kaufzettel durch die buchhändlerische Unternehmerwelt geht:

Der Buchhandlungsgehilfe S. . . . (H. Vorshender des Buchvereins „Krebs“, hier Berlin, Kursfürstendamm . . . wohnhaft, hat heute seine Stellung, ohne eine gesetzliche oder eine sonst verabredete Kündigungsfrist innezuhalten, und nachdem er am 31. Juli d. J. versuchte, einen Vorstoß auf das August-Salär zu erhalten, verlassen, angeblich um eine andere ihm besser konvenirende Stellung antreten zu können.

Berlin, den 4. August 1895. Arbeiter sind schon häufig wegen Verrufserklärung bestraft worden; die Natur deutscher Unternehmer ist derart veranlagt, daß sie, trotz schwarzer Listen und ähnlicher Mittel, gar nicht fähig sind, sich dieses schändlichen Vergehens schuldig zu machen.

Das Völkemaschinen-Attentat gegen den Polizei-Obersten Krause, das die Berliner Polizei seinerzeit so sehr in Erregung versetzt hat, erscheint den Reportern in dieser skoffarmen Zeit immer noch als brauchbares Ausbeutungsojekt. Jetzt lassen bürgerliche Blätter sich zum so und so vielen Male melden, daß dies berühmte Benzinattentat doch einen anarchischen Charakter trage; das Unglück sei nur, daß man trotz dieser Gewissheit nicht genügend Material zu einer Anklage habe. Nachdem derart geschwindelt worden, bringen die Blätter die weitere Meldung, daß, gewissermaßen zur Schlußhaltung, doch etwas bei den Recherchen herausgekommen sei. Die bei verschiedenen Anarchisten anlässlich des Attentats vorgenommenen Hausdurchsuchungen hätten hier und da verbotene Schriften zu Tage gefördert, und gegen die Eigentümer dieser Schriften solle nunmehr wegen des Besitzes derselben Anklage erhoben werden.

Das Gerücht eines Mordes verbreitete sich am Dienstag im Süden der Stadt im Anschluß an einen Leichenfund in der Mathieustraße. Am Montag Abend um 9 1/2 Uhr lehrte der Kaufmann Paul Hoch in seine Wohnung in der Mathieustr. 1 von einer kurzen Reise zurück. Er fand seine 61jährige Mutter entleert in einer Blutlache todt am Boden liegen. Neben der Leiche lag ein Rasirmesser, mit dem der Frau der Hals durchgeschnitten worden war. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte fest, daß der Tod schon in der Nacht vorher eingetreten sein mußte. Die Ermittlungen der Polizei haben nichts ergeben, was auf ein Verbrechen schließen ließ. Es soll außer Zweifel stehen, daß die alte Frau selbst Hand an sich gelegt hat. Infolge eines früheren Falles habe sie von Zeit zu Zeit Spuren geistiger Schwäche gezeigt. In einem solchen Anfälle von Geistesflöhrung hat sie ihrem Leben ein Ende gemacht.

Den Tod im Wasser haben in der Nähe der Eisernen Brücke innerhalb weniger Monate drei weibliche Personen gesucht und gefunden. Wenn sie gerade diese Stelle deshalb gewählt haben, weil hier keine der gebräuchlichen Rettungs-vorrichtungen — Kahn, Ring oder Ball — vorhanden ist, so sollte der Magistrat schon daraus Veranlassung nehmen, diesem Mangel schnelligst abzuhelfen. Was erst dann, wenn durch einen Unglücksfall hier jemand um's Leben kommt? Uebrigens ist an der Kaiser Wilhelm-Brücke ebenfalls nicht die geringste Rettungsvorrichtung zu sehen.

Drei Unfälle hat am Montag das 3. Feld-Artillerie-Regiment bei seinem Durchmarsch durch Berlin erlitten. Alle drei stießen der 2. Batterie zu. Diese kam von Charlottenburg her und wollte sich nach Weiskensee begeben. In der Invalidenstr. 1, die vom Platz am Neuen Thor bis zur Chausseestraße asphaltirt ist, war das Pflaster gerade geprengt und sehr schlüpfrig. Kurz vor der Chausseestraße stürzten mit ihren Pferden der Lieutenant Schloffer und die Kanoniere Wilhelms und Solbke. Der Offizier verletzte sich am linken Fuße, die Kanoniere erlitten Ober- und Unterarmverletzungen. Alle drei wurden durch einen Ober-Lazarethgehilfen nach dem Garnisonlazareth I in der Schornhorststraße gebracht.

Verschwinden ist seit dem 9. d. M. der 15jährige Lehrling Oskar Sturm, der bei dem Kaufmann R. in der Alten Schönhauserstraße in Stellung war. Am Freitag voriger Woche erhielt er von seinem Lehrherrn den Auftrag, Waaren aus dem Geschäfte nach einem Hause der Königsgräberstraße zu bringen. Diesen Auftrag hat der Lehrling auch ausgeführt und die

wenigsten ein Dutzend Personen durch ihn umgebracht worden sind. Darunter befinden sich zwei Schwestern namens Minnie und Annie Williams, eine Mutter namens Pearl Conner und ihre Tochter Gertrude Conner, sein früherer Helfer Benjamin Pigeon nebst dessen Kindern Alice, Nellie und Howard. Ebenso wird Holmes für das geheimnisvolle Verschwinden eines Dr. Müller und einer Emily Sigrande verantwortlich gehalten, da diese Personen nachgerade in der Nähe von ihrem Verschwinden mit Holmes verkehrten. Als das von dem Mörder in der Vorstadt Englewood bewohnte Haus näher untersucht wurde, machte man eine Reihe von unheimlichen Entdeckungen, die Licht darüber verbreiten, wie der Mörder seine Opfer umbrachte und beseitigte. Man fand geheime Gänge und Gemächer, Gemölde mit stählernen Doppelthüren, zwischen welche nach Ansicht der Polizei die Opfer gelockt wurden, um dann durch Holmes mittels eines chemischen Präparates, das er zwischen die Thüren gab und das die in dem beengten Räume eingeschlossene Luft in wenigen Sekunden vergiftete, erstikt zu werden. Im Keller stieß man auf einen Behälter von Cedernholz, der 3 Meter breit und 5 Meter hoch und theilweise mit einer eigenthümlichen Flüssigkeit gefüllt war. Von den

Seiten des Behälters liefen eigenthümliche Röhren aus, deren Enden sorgfältig mit Leinwand umwickelt waren. Dem Gefäß entströmten so starke Gase, daß die mit der Untersuchung des Kellers beauftragten Männer betäubt wurden und einer infolge der Einathmung in einen Zustand förmlicher Raserei versiel. Als ein Arbeiter ein Streichholz anzündete, erfolgte eine heftige Explosion, wobei vier Mann schwere Brandwunden davontrugen. In einem großen Ofen wurden stark verbrannte Menschenknochen, eine geschmolzene Tamenuhr und andere Dinge gefunden; an einer anderen Stelle entdeckte man eine Kiste mit blutbefleckten Messern und Schwämmen, sowie einen blutbefleckten Tisch, im Keller endlich zwei Steingewölbe, die 1 Meter breit und 2 Meter lang und mit ungelöschtem Kalk und Menschengebeinen gefüllt waren. Durch Anwendung chemischer Mittel beraubte der Mörder mehre Leichen ihrer Fleischtheile und ließ die Stelette durch einen verkommenen Maschinisten namens Chappel zusammenstellen, um sie dann an Institute zu verkaufen. Nicht ausgeschlossen ist, daß Holmes bei Ausführung seiner Schandthaten in seinem Pförtner Quinlan einen Theilnehmer hatte, ebenso scheint ein gegenwärtig wegen Pferdediebstahls im

Gefängniß zu Little Rock in Arkansas sitzender Mann namens Allen, oder Hatch, oder Caldwell, oder Bond, sein Spießgefelle gewesen zu sein, der ihm bei den Lebensversicherungsschwindelen und den Mordthaten behilflich war. Nach neuesten Mittheilungen der Polizei zu Chicago sind der Riste der Gemorden wahrscheinlich noch vier andere Namen zuzufügen, und zwar Emily Mantaff, die vor mehreren Jahren als Kassirerin in einem Restaurant angestellt war, mit Holmes bekannt wurde und am 1. Juni 1892 verschwand; ferner Frau Kate Gorky, ihre kleine Tochter sowie die jüngere Schwester der Frau Gorky, ein deutsches Mädchen, in welches Quinlan verliebt war. Frau Gorky, eine Wittwe, führte in dem Erdgeschoß des Holmes'schen Hauses eine Wirthschaft, in der Holmes und Quinlan ihre Mahlzeiten zu sich nahmen. Die Frauen bewohnten in demselben Hause mehrere Räume und verschwanden eines Tages spurlos. Ein weiteres Opfer scheint ein Mann namens Harry Walker aus Greysburg in Indiana zu sein, der sich, wie seine Freunde behaupten, durch Holmes bestimmen ließ, sein Leben für 10 000 Dollars zu gunsten von Holmes zu versichern. Seit 1893, wo er nach Chicago kam, um für Holmes zu arbeiten, fehlt jede Spur von ihm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 15. August.
Opernhaus. (Kroll's Theater)
Mignon.
Schauspielhaus. Faust.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Festung-Theater. Niobe. Unter vier Augen.
Hens Theater. Tata-Toto.
Schiller-Theater. Minna v. Barnhelm.
Friedr. Wilhelmstädtischer Park. Berlin amüsiert sich.
Alexandervplatz-Theater. Im Irrenhause.
National-Theater. Berliner im Feuer und Wasser.
Theater Unter den Linden. Hund um Wien. Die Schwägerin von Saragozza.
Apollo-Theater. Ein Abenteuer im Harem.
Flora-Charlottenburg. Der Bootse.
Adolph Ernst-Theater. Freitag, den 16. August. Wiedereröffnung. Madame Suzette.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Donnerstag, den 15. August.
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.

Adolph Ernst-Theater.
Freitag, den 16. August:
Wiedereröffnung.
Madame Suzette.
Baudouille-Posse in 3 Akte v. Ordonneau.
Musik von Edmond Audran.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Billet-Verkauf findet von heute ab an der Theater-Kasse von 10 bis 2 Uhr statt.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Berliner im Feuer und Wasser.
Vollständ. in 5 Akten und 7 Bildern von Fritz Schäfer.
Musik vom Kapellmeister A. Wiedede.
Regie: Fritz Schäfer.
Dirigent: Kapellmeister A. Wiedede.
Wirkliches Feuer.
Wirkliches Wasser. Wirklicher Regen.
Hauptbilder:
3. Bild: La Puce (Henry Schmid sucht den Floh).
5. Bild: 30 wunderschöne badende Mädchen im Wasserbassin mit wirklichem Wasser.
7. Bild: Groß-Feuer (Rettung von drei Menschen aus Feuersgefahr durch unsere brave Feuerwehr.)
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noack's Sommer-Theater,
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale: Grosser Ball.
Die schöne Galathée.
Operette von Dennis.
Musik von Franz von Suppé.
Jullius Ernast, Piefersänger.
Anna Carlo, Kostüm-Soubrette.
Ernst Feld, Gesangs-Humorist.

Louis Keller's Riesen-Festsäle,
Koppenstr. 29.
Größtes u. schönstes Stabliement der Residenz. 29851.
Im prächtigen Sommergarten!
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Norddeutsche Sänger.
Entree gänzlich frei.
Bei ungünstiger Witterung findet die Soiree im Saale statt.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park
25/26 Chaussee-Strasse 25/26.
1/2 Million Menschen haben Thränen gelacht über Berlin amüsiert sich.
Der größte Lacherfolg der je erzielt wurde.
Auserdem das großartige **Ulk-Programm.**
Avis! Sonnabend, 24. August: Benefiz für den dicken Blum.

Passage - Panopticum.
Tunesische Truppe:
Schlangenschwörer, Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.

Eröffnung der Saison 1895/96.
Kaufmann's Variété
Königsstrasse, Kolonnaden.
Art. Leitung: Arthur Fraenkel.
Eröffnungs-Vorstellung am Freitag, den 16. August.
2 Kapazitäten,
wie solche noch nie in einem Spezialitäten-Theater gezeigt worden sind.
Das Weltwunder des 19. Jahrhunderts
Rannin.
Die japanischen Krieges- und Ringkämpfe.
Die Amerikaner
Brothers Manrou u. Kay.
In Castan's Panoptikum.
Komische Pantomime,
18 neue Nummern.

C. Fröhlich's Gesellschafts- und Garten
Schönhäuser Allee 151.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend: Concert, Specialität-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr, Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kassette täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellsch. v. 200 Pers.
Spezialitäten-Vorstellung frei. [29828]

Reichshallen.
Im prächtigen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger
Anfang 8 Uhr, Entree 30 Pf.
Reservirt Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.
Berliner Monumente.
Der Prozess um einen Kuss.
Von der Kanalleier.

Ausstellung Italien in Berlin.
Dente, Donnerstag, den 15. August 1895:
XII. Elite-Tag.
Novitäten-Abend des Gialdini-Orchesters.
Promenaden-Konzert der Bergagliere unter Leitung des Maestro Galli, sowie Monstre-Konzert der 22. ital. Original-Kapellen.
Achtzehnter Tag
des 30 tägigen Hunger-Experimentes des Signor **Giovanni Succi.**
Der Eintritt in das Beobachtungszimmer des großen Pavillons, in welchem sich Signor Succi unter strengster ärztlicher Ueberwachung aufhält, ist jedem Besucher der Ausstellung Italien gestattet.
NB. Am heutigen Abend 9 Uhr wird Signor Succi in der schweren Lohengrin-Eisenrüstung durch die Ausstellung reiten.
Entree 1 Mark.

Circus Busch.
In gegebener Veranlassung bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß nur mein Geschäftsführer, Herr **Cäsar Schwarzkopf**, berechtigt ist, in meinem Namen zu verhandeln und mit meiner Zustimmung Verbindlichkeiten einzugehen. Von anderen Persönlichkeiten übernommene Verpflichtungen erkenne ich nicht an.
85,85
P. Busch, Direktor.

Im unbedingt vorzuziehenden Male!
Bureau Bammelmeyer
Großartigster Lacherfolg der altberühmten **Stettiner Sänger**
Täglich (außer Sonnabends):
Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse No. 111-112. (Nahe Potsdamer Brücke).
Widerauftreten von **Fritz Steidl**.
Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
Familienbillets (für 3 Personen gültig) à 1 Mark. (Siehe Plakate.)
Es finden bestimmt nur noch 2 Aufführungen von „Bureau Bammelmeyer“ statt!
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**

„Tonisenstädtisches Konzerthaus“
Alte Jakobstraße Nr. 37 29931.
empfehlen den renovirten Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten und zu Versammlungen.
E. Lango.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs.
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors W. Carlson's.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird.
Volkbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Bier, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Täglich: Am Friedrichshain.
Konzert und Vorstellung.
Nette Matrosen. — Die Allerweltswittwe. — Ein moderner Rasirsalon. — Lebende Bilder u. Spezialitäten.
Volkbelustigungen und Ball.
Von 5-7 Uhr: **Freier Damenanzug.**

Boltz' Sommergarten
Alte Jakobstr. 75.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung i. Part.-Saal. Für Saison 1895/96 Sale zu Festlichkeiten u. Versammlungen.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Reich- u. Bairisch Bier** und **gr. Speisegeschäft**. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kavier für 20-30 Personen.
H. Stramm, Restaurat., Ritterstr. 123.

Unserem Freund und Genossen **Karl Müller** zu seinem heutigen Wiedergewinn ein donnerndes Hoch! 26856
Karl — Frau Laban lebt noch?
Seine Freunde.

Dem Genossen und Sangesbruder, **Otto Frenz**
in Weihensee zu seinem heutigen Geburtstag gratulirt 28906
Der Gesangsverein Silaritas.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 13. d. M. verstarb nach längerem Leiden unser Kamerad, der Zimmerer **Gustav Helwig.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., nachm. 3/4 Uhr, von der Friedrichsbergerstr. 24 aus nach dem St. Markuskirchhof in Wilhelmsberg statt.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Montag Nachmittag 1/4 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Minna Tschlaff.**
Die Beerdigung findet heute, am Donnerstag Nachmittag von 5-6 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Der trauernde Gatte **Franz Tschlaff** nebst 3 Kindern.

Meinen Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am 9. August meine innig geliebte Frau **Caroline**, geb. **Dose**, nach langen, schweren Leiden an Herzlähmung infolge eines Lungen- und Nierenleidens gestorben ist.
Befehlendorf-Berlin.
Emil Link.

Dankagung.
Wir sagen allen Bekannten und Kollegen für die rege Theilnahme, sowie für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters **Karl Köhlsdorf** herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Former Achtung! u. Giessereiarbeiter!
Infolge der Arbeits-Einstellung sämtlicher Kollegen sind nachstehende Werkstätten gesperrt: 110/10
Münberg, Brinzenstr. 25.
Hube, Elisabethstr. 30.
Werk, Admiralstr. 18 e.
Chiesler, Basserthorstr. 62.
Fraas, Gitschinerstr. 51.
Fellner, Dresdenerstr. 84.
Schober, Grünau, Waldstr. 4.
Der Vorstand des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Volksgarten
(ehem. Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen, Badstr. 56/57.
Direktion: Max Samst.
Dente, sowie täglich:
Grosses
Konzert u. Theater-Vorstellung.
Spezialitäten I. Ranges.
Auftreten des beliebten Tanzkomikers **Eugen Milardo**.
Chansonetten, Soubretten, Piefersänger, Lustgymnastiker etc.
Täglich: **Familien-Ball.**
Passé-partouts haben Gültigkeit.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Entree 20 Pf. Ref. Pl. 40 Pf.
Geden den prächtigen Weimann'schen Volksgarten an Vereinen wochentags unentgeltlich ab.
Sonnabend: **Gr. Sommerachtsfest.**

Castan's Panoptikum. Das Bärenweib.
Ein Flug durch die Luft!
Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Gauverein Berliner Bildhauer.

Freitag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, Annenstr. 16:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Geschäftliches, Modellentwurf, Verschiedenes. Zur Diskussion steht die Frage: „Wie stellen sich die Modelleure und Gipsbildhauer zur Einführung des Achtfundentages?“ Ferner der Antrag eines Mitgliedes, den Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Stuckateure!

Die Vereins-Versammlung am Montag, 19. d. Mis., fällt aus, wegen des am Sonnabend, den 17. d. Mis., im „Deutschen Klubhaus“, Badstr. 58, stattfindenden 19. Stiftungsfestes des Fachvereins.
Der Vorstand. J. A.: Jäncke, Eychenerstr. 9.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend.

Freitag, den 16. August, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Bernick, Charlottenburg, Wilmerdorferstr. 39:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Antrag der Häuser-Kommission betreffend Ausschluss des Mitgliedes Bittler aus dem Verein. 2. Umänderung des Statuts und des Rechtschreib-Reglements. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.

Achtung! Mechaniker Achtung!

und verwandte Berufsgenossen.
Freitag, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Benthstraße Nr. 22:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Wagner über: „Welche Bedingungen sind erforderlich, Streiks zu Gunsten der Arbeiter durchzuführen?“ 2. Diskussion. 3. Der verlassene Streit bei der Lagometer-Gesellschaft und die Maßregelung der Kollegen von der Firma Bergemann u. Co., Jennstr. 21. 4. Verschiedenes.
Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen der Kollegen ersucht
Der Vertrauensmann.

Die Warenbestände der Fabian & Simon'schen Konkursmasse
Berlin SO., 54 Wrangelstrasse 54,
bestehend aus: Erikotagen, Woll- und Weißwaren, Gardinen, Teppichen und Läuferstoffen, Blusen, Hauskleidern, Kinderkleidern, Haus- u. Wirtschaftsgeschäften, Galanterie- u. Spielwaren und anderen Waaren, sollen werktäglich von 8-12 Uhr vormittags und 2 1/2-8 Uhr nachmittags zu festen Barpreisen ausverkauft werden. 3005L*

Rum,

anerkannt gut, Literfl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Gibwein-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M. 3088L*
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
Cognac fine Champagne * à Fl. 3,50, ** à Fl. 4,50, *** à Fl. 5,50 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner
Teppiche!!
Gardinen!!
Leinenwaaren!!
Portièren!!
Steppdecken!!
Fertigen Wäsche!!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Am Stadt- Hackescher Ecke Neue
bahnhf. Börse. J. Brünn, Markt 4. Promenade.

Preusslitzer Echter Malz-Kaffee

1894 in Dresden prämiert
erwarb sich einen Weltruf durch seine Reinheit, seinen ausserordentlichen Wohlgeschmack und seine Ausgiebigkeit. Eine sparsame Hausfrau wird nicht versäumen, ihn zu versuchen.

1/2 Pfd.-Original-Packet nur 20 Pfg.

Zu haben in allen Colonialwaaren-, Mehl- und Vorkost-Handlungen.

Haupt-Depot bei Carl Goebel, Berlin W., Gleditsch-Strasse 5, I.

General-Debitoure: Pfaff & Schulze, Bernburg.

Victoria-Gasglühlicht.

Das anerkannt beste Gasglühlicht der Jetztzeit offerirt den complete Apparat incl. Montage pr. Stück à Mk. 6,00.

Zu den vielen tausend Apparaten, welche allein in Berlin von mir installiert worden sind, gebe abgebrannte Glühkörper zu Mk. 1,60 pr. Stück ab, ebenso werden Glühkörper zum selben Preise auf alle bestehende Systeme verabfolgt. Für einzelne auswärtige Rayons Vertreter gesucht. 26915

Fernsprecher Amt VII, No. 1314.

Hochachtungsvoll **Emil Billeit,**
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz No. 2.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelpelz, Neue Königstr. 59, vorn I., sollen sofort ca. 100 Wohnungs-Einrichtungen, vertieft gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 100, 200 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirtschaften für 1000 bis 2000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Geanten ohne Anzahlung, ohne große Preis-erhöhung. Kleiderschrank 12, Kommode 9, Küchens- schrank 12, Stühle 2 M., neues Kuch.-Kleiders- schrank 20, Aufschubspind 35 M., Bettstellen mit Matratzen, Kellertische 12, Sophas 15 M., Säulen- Kleiderschrank, hochlegant 26, Truhen mit Säulen 20 M., Gollenderbureau, Herren- Schreibische, Damen-Schreibische, Schreib- schreibe 20, Plüschgarnituren 20, neue 100 M. Vaneelsophas, Chaiselongue, Salongarnituren, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entliehenes größtes Möbelloge zur besichtigung. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei an meinen Aufbeobachtung- Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Nach beendeter Inventur Gardinen auch Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Güther, Grüner Weg 80, part., Eing. v. Hür.



So was soll Jedermann erfahren.
Revolvier von 5 M. an.
Falken-Zerschn von 250 M. an.
Garten-Zerschn von 7 M. an.
Jagd-Revolver von 15 M. an.
Schreibbüchsen von 15 M. an.
Gentlefeuer-Doppelpistolen von 22 M. an.
Einaklige Gal. 16 von 20 M. an.
Engl. Volkriftpüppel v. 150 M. an.
Aust.-Pistolen von 3 M. an.
Kast-Gewehre von 8 M. an.
Zählringe von 50 M. an.
Rindweg-Messer von 1 M. an.
Schlensiemer von 2 M. an.
verkauft gegen Vorkaufnahme. Um- tausch gestattet.
Greiftischen mit 300 Bildern gratis
Hippolit Mehles,
Berlin W., Friedrichstrasse 159.

!! Teppiche!!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbentfernern in Germania, Brüssel und Plüsch zu spottbilligen Preisen.
Größe 138x200 cm = 3,-, 5,-, 8,50 M.
170x250 " = 5,75, 11,50, 18,50 M.
200x300 " = 8,50, 13,-, 17,- M.
in reiner Wolle, das Stück 2,00 M.

Portièren in allen Farben, reine Wolle, 160 x 200 cm, das Stück 5,50 M. [118M*
Steppdecken

Otto Büchler, Berlin C., Königstr. 26, Ecke Klosterstr. Versand-Abtheilung D.

Möbel-Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel- speicher, 17218*
Rosenthaler-Strasse 13, I.
Dahelbst sehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und vertieft gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchens- schrank 12, Kommode 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 M., Buchbaum-Kleiderschränke, Vertikons 30, Stühle 3, Aufschubspind 40, Tru- hen 65, Vaneelsophas 75, Plüsch- garnituren 60 M., Herren-Schreib- ische, Schreibschreibe, Buffets, Rou- lissentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Ge- spanne transportiert und aufgestellt.

Nur für Damen.

Nach beendeter Saison werden (einzelne) verkauft: Seidene u. Gloria- Reifemäntel sonst 30-40, jetzt 15-20, Jackets, Kragen, Capes, Sammet, Seide, sonst 20-30, jetzt 8-15, Eleg. Regenmäntel u. Costüme 5-20 M. im Engros-Geschäft Landsbergerstr. 59, eine Creppe. 51/3

Karl Scholz, Brangelfstr. 32. Empfehle den Freunden Glaserrei, Spiegel- und Bilderrahmung, Lager fertig gerahmter Bilder, Lassalle, Marx, Engels u. f. w. Sozial. Sinsprüche. Photographien in Rab. und Bisties. Lager von Stahl- und Kupferstichen, Delgemälden u. f. w. Nach auswärts brieflich. 2996L*

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theils- wochenl. 1 M., wird abgeholt. Zahn- ziehen, Zahnreinigen, Nervtödtten un- sonst Gudel, Raufiger Platz 2. Eisfasser- strasse 12.

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwarz buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinnflocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.
Steppdecken- Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstr. 158.

Ein angenehmer Aufenthalt

ist der Garten des Restaurants **Kintz & Comp., Alte Jakobstrasse 83.** Jeden Abend musikalische Unterhaltung. Versammlungssaal, Vereinszimmer und Kegelbahn zu vergeben. 2992L*

Möbel, gebraucht, lauft Möbel- Handlung Rosenthaler- Straße 13.

! Taschenuhren!

Schweizerfabrik, an- erkannt beste Qualität, genau regulirt. Nickel- Remtr. 8, 9, 10, dito doppelt vergoldetes Ge- häuse, Patentwerk 12 M.
Silber-Remtr. 12, 13, 14, hochfeine 15 M. Anker-Remtr. 15 Rubin 16, hochfeine 20 M. System Glas- hülte 24, 26, 28 M. Anker-Remtr. mit 33 Silber 20, 22, dito 1/2 Chrono- meter, prima 24 M. Grosse Aus- wahl goldener Damen- u. Herren- uhren. Alle Sendungen portofrei. Verlangt Katalog.
Gottl. Hoffmann, St. Gallen.

Butter und Käse

kauft man bestens u. billigst 3056L*
Gerichtstr. 31 und Weberstr. 16.

Altes Schützenhaus,

Linienstrasse 5.
Sonntags, der 31. August ist frei geworden.

Stolpe bei Wannsee

Restaurant Lindenhof.
Besitzer **M. Mattausch,** empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, unweit des Wannsee's und Stolpe- see's gelegene Lokalitäten. [2997L*

Brochnow's Ballsäle

Sebastianstraße 39 an der Jakobstraße.
Jeden Sonntag:
Gr. Volksball.
Säle zu Versammlungen, auch große Vereinszimmer zu vergeben. [2835L*
Vereinszimmer, ca. 80 Personen fassend, ist für Donnerstag, Freitag und Sonnabend zu vergeben. Klubhaus Annenstr. 16. 3046L*

Zahn-Klinik.

Preise event. Theilzahl.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Buchführung, Schreibunterricht, Rechnen, Korrespondenz, Richtige schreiben, Richtigsprechen. [2940L*
Direktor **Stiz,** Chausseestr. 1.

M. Krüger's Speise-Leinöl!

Unter diesem einzig guten Fabrikate versucht man vielfach minderwerthiges sogen. Speise-Leinöl in den Handel zu bringen, welches meist ein trübes Aussehen hat und bitter schmeckt. Man achte daher überall und jedesmal bei Einkauf von Speise-Leinöl auf die mit **M. Krüger's** Plakaten belegten Kolonial- waaren-Geschäfte und auf **M. Krüger's** gesetzl. geschützte Leinöl-Flaschen mit eingebraunter Firma. Händler (Hauswirthe), welche **M. Krüger's** Speise- Leinöl zum Verkauf ausbieten, müssen sich durch Bescheinigung (in blauem Druck) ausweisen können, von welchem Tage das Oel frisch geschlagen ist. Wenn oben gefagtes beachtet wird, hat man die Gewissheit, stets frisches, garantirt reines u. schmackhaftes Krüger'sches Speise-Leinöl gekauft zu haben. Das Fabriklager befindet sich Berlin SO. Skallitzerstr. 105. [3018L*

Empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Total.

August Reyer, Invalidenstr. 62. 2976L*

Mühlen-Strasse 8

sind billige freundliche Wohnungen, bestehend aus 2 Stuben und Küche, 1 Stube und Küche und einzelnen Stuben mit Zubehör zum 1. Oktober zu vermieten.
Der Verwalter.
Stargarderstrasse 71, Pappel- Allee 106, nur Vorderwohnungen.
2fenstr. Stube u. Küche v. 16 M. an.
zwei 2fenstr. Stube und Küche von 300 M. an. 2020b

Arbeitsmarkt.

Achtung! Parquethodenleger!

Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn- differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist strengstens fernzuhalten. 76/17*
Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Achtung, Sperre! Klavierarbeiter.

Die Kollegen der Pianofabrik von **Julius Pfaffe** haben wegen Lohn- differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist strengstens fern zu halten.
Die Werkstatt- Kontroll-Kommission.

Eisflirgerf. auf Duff. Bettstellen und bessere Raft.-Arb. verl. 2632b
Karl Müller, Schön. Allee 161 u.

Zwanzig Kartearbeiterinnen verlangt **Blankenburg,** Rylestr. 4. 2685b
Zwei Verfliberer werden verlangt **Liegnitzerstr. 15.** 2680b

Tüchtige Zimmergesellen verlangt **W. Grahlows,** Zimmermeister, Eychen (Adermarkt). 2683b

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Das Agrarprogramm vor den Berliner Parteigenossen.

Mit der Stellung zum Agrarprogramm beschäftigten sich am Dienstag sieben gutbesuchte Parteiversammlungen. Die Referenten verbielten sich ohne Ausnahme prinzipiell ablehnend zu den von der Agrarkommission aufgestellten Forderungen des sogenannten Bauernschutzes, und traten auch in der Diskussion Meinungsverschiedenheiten nirgends zu Tage. In anbetrachter der für die Partei so wichtigen Angelegenheit geben wir unseren Lesern einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Versammlungen.

Die Genossen des 1. Reichstags-Wahlkreises hatten sich zahlreich im Lokal von König, Neue Friedrichstr. 44, eingefunden. Entgegen dem klaren Wortlaut des Vereinsgesetzes waren drei Polizeibeamte anwesend, weshalb der Vorsitzende, vor Eintritt in die Tagesordnung Veranlassung nahm, einen aus dem Saal zu weisen. Der Referent, Johannes Timm, stellte sich dem Agrarprogramm gegenüber auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt. Er verlas zunächst die Resolution, wie sie auf dem Frankfurter Parteitag gegen etwa 30 Stimmen zur Annahme gelangte; dieselbe besage, ein besonderer Agrarausschuss hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge zu unterbreiten; wie aber habe dieser Ausschuss seine Aufgabe ausgeführt und gelöst? Am 11. Februar sei er das erste Mal zusammengekommen, habe unter sich drei Kommissionen gebildet und schon nach zwei Sitzungen ein Programm vorgelegt, das nach jeder Richtung hin den Stempel der Eile an der Stirn trage. Es seien darin Sachen zusammengestellt, die mit einander nicht das geringste zu thun haben. Eine derartige Eile sei nicht nötig gewesen, denn aus der Frankfurter Resolution gehe nicht hervor, daß schon im nächsten Jahre der fertige Entwurf vorgelegt werden muß. Der Redner warf die Fragen auf: ist für unsere Partei überhaupt ein Agrarprogramm notwendig? und, wenn ja: ist das vorgeschlagene geeignet, die Landbevölkerung für uns zu gewinnen? Er beantwortete selbst diese Fragen sofort dahin, daß unser Programm auch für letzteren Zweck vollkommen genüge. Der sogenannte Bauer sinke immer mehr in die Klasse der Lohnarbeiter, die Statistik beweise zur Genüge, wie rapide der Besitz der kleinen Bauern vom Großgrundbesitz aufgefressen wird. Da stelle sich allerdings die Frage, ob wir diese Entwicklung der Dinge hemmen können. Das Agrarprogramm ist nach der Meinung des Referenten kein Programm, geeignet, die Landarbeiter für uns zu gewinnen, denn alle Forderungen laufen darauf hinaus, dem Bauer in jeder Weise zu helfen und vor dem Ruin zu schützen, eine Aufgabe, die gar nicht von uns gelöst werden kann, sondern geeignet ist, in den Kreisen der kleinen Besitzer Enttäuschung hervorzurufen.

Der Redner kam nunmehr zur speziellen Kritik der einzelnen Paragraphen des mit dem zweiten Teil unseres Frankfurter Programms verquickten Entwurfs der Agrarkommission. Der erste Passus sei ebenso unklar wie er lang ist und darum zu streichen beziehungsweise zu belassen wie im Frankfurter Programm. Bei Punkt 7 des Programms, Errichtung landwirtschaftlicher Schulen und Versuchsanstalten, sei das Anhängsel ein ungefährliches Ding und es wäre kein prinzipieller Fehler, wenn es drin stände. Doch auch ohne dasselbe sei der Passus im jetzigen Programm klar genug und was er verlangt, durchaus ausreichend, denn sonst könnten Forderungen nach Bibliotheken, freien Bühnen u. s. w. in ihm enthalten sein. Die vorgeschlagene Einschubung bei Punkt 10, 11 und 12 sei durchweg antisozialistisch; sie enthalte sogar Privilegien für den Großgrundbesitz. Passus 13 und 14 enthalte die Staatshilfe für Genossenschaften, ein Standpunkt, der von der Partei längst nicht mehr vertreten wird. Unsere Musteranstalten: Die königlichen Bergwerke, Militärversuchsanstalten u. s. w. seien doch jedenfalls Beweis genug für die Fürsorge des jetzigen Staates für seine Arbeiter. Die Ausbeutung der ländlichen Arbeiter bliebe auch nach Verwirklichung dieser Forderungen dieselbe und ob Hinz oder Kung Ausbeuter ist, könne dem Landarbeiter egal sein. Bei Gewährung von Staatskredit an Genossenschaften ist außerdem zu bedenken, daß auch die Programme anderer Parteien (Antisemiten, Bodenbesitzerreformer) diese Forderung enthalten; für uns läge keine Veranlassung vor, dasselbe mitzumachen. Gegen die Verstaatlichung der Hypothekenschulden wendet sich Redner sehr entschieden, und hält auch staatliche Organisation des Versicherungswesens für bedeutungslos und für überflüssig im Programm. Der Passus 17 habe nach Ansicht des Referenten einen Stich ins Komische. Was nütze dem Kleinbauer, Koffähnen u. s. w. mit seinen paar Morgen Land das Jagdrecht. Das bischen Wild, was sich darauf befindet, würde kaum den Kauf einer Finte lohnen, sonst müßte dann auch die Forderung ins Programm aufgenommen werden: „ein jeder darf auf eigenem Grund und Boden schießen.“ Das seien Forderungen, um die sich unsere Vertreter in den Gemeindeparlamenten je nach Ermessen streiten könnten, sie gehörten aber nicht ins Programm einer großen politischen Partei. Da unsere Abgeordneten im Reichstage die Interessen aller Arbeiter, also auch die der ländlichen Arbeiter vertreten erwidrigen sich die Einschübel, die im letzten Abschnitt des Programms enthalten sind. Im übrigen enthalte das jetzige Programm bereits die für die ländlichen Arbeiter erforderlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes. Der Referent referierte sich zum Schluß dahin: Der Entwurf sei unannehmbar. Einzelne Paragraphen stehen dem 1. Teil unseres Programms direkt entgegen, und anderer enthalten nur Wiederholungen dessen, was bereits gesagt ist. Es sei nicht einzusehen, daß, wenn dem Bauer dieses Programm geboten, warum dann nicht auch ein solches für den kleinen Handwerkermeister geschaffen werden müßte. Damit läme aber unsere Partei auf dasselbe Gebiet, wie die bürgerlichen Parteien, welche ebenfalls dem Bauer und Kleinmeister einzureden suchen, ihm wäre auf dem Boden der heutigen Gesellschaft noch zu helfen. Der Ausschuss würde sich nützlich gemacht haben, wenn er einige brauchbare sozialistische Arbeiten über die verschiedenen ländlichen Betriebsarten geliefert und praktische Anleitung für die Landagitation gegeben hätte. Die vorliegende Arbeit sei für die Partei von wenig Wert und werde hoffentlich, wenn nicht vom Ausschuss zurückgezogen, dann jedenfalls vom Frankfurter Parteitag abgelehnt werden. (Allseitige Zustimmung.) In der Diskussion verpflichteten sämtliche Redner dem Referenten bei. Redner meinte, bei dem Entwurf treffe das Sprichwort zu: „Viele Köche verderben den Brei.“ Wohl die wenigsten der Arbeiter des Programms hätten praktische Agitation auf dem Lande getrieben, sondern jedenfalls die Frage vom grünen Tisch aus behandelt, sonst hätte geschickteres herauskommen müssen. Wie das Agrarprogramm jetzt vorliegt, würde es die Partei eher schädigen als ihr nützen. Es muß abgelehnt werden. (Sehr richtig.) John wies darauf hin, daß unsere Partei auch ohne dieses Agrarprogramm bei den Wahlen auch in ländlichen Bezirken sehr gute Erfolge erzielt hat. Ähnlich wie die Vorredner äußerten sich noch Polig, Fleeming und Lausdöhn.

Timm brachte in seinem Schlusswort den Antrag der Parteigenossen der Brandenburger Provinzialkonferenz zur Verlesung, welcher als Nr. 108 auf dem Frankfurter Parteitag bei Gelegenheit der Agrarfrage mit zur Debatte stand und knüpfte hieran die Bemerkung: Hätte die Kommission nach dieser Richtung hin gearbeitet, wie

es dieser Antrag verlangte, es wäre besseres dabei herausgekommen. Er sei nicht für die Auflösung der Agrarkommission. Diese könne vielmehr, in der angeordneten Weise thätig, für die Partei nützliche Arbeiten liefern. — Als Delegierte für die Brandenburger Parteikonferenz wurden sodann Polig und Petermann gewählt und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Für den zweiten Wahlkreis fand die Versammlung zum Zweck der Besprechung des Agrarprogramms in der Buchdruckerei statt. Genosse Auer legte in zweifelhäufiger Rede seine Ansichten über den Entwurf der Agrarkommission ungefähr folgendermaßen dar:

Die Landarbeiterfrage beschäftigt die sozialdemokratische Partei bereits seit ihrem Bestehen. Schon in den sechziger Jahren wurde auf dem Kongress der internationalen Arbeiter-Assoziation diese Frage erörtert. Während hier Karl Marx und die deutschen Genossen die Ansicht vertraten, daß auch der Grund und Boden, als wesentlicher Teil des Eigentums, vergesellschaftet werden müsse, waren es die Delegierten der romanischen Länder, die mit ihrem Kommunismus Halt machen wollten. In der sozialdemokratischen Partei aber ist es stets Grundfah gewesen, daß auch der Grund und Boden in Gemeinbesitz übergeführt werden müsse.

Wenn auch die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger unter den Industrieproletariern fand, so ist doch stets das Bestreben lebendig geblieben, auch mit der Landbevölkerung Fühlung zu suchen. Man dachte dabei aber nur an die Landarbeiter und hoffte, diese zur Sozialdemokratie heranzuziehen, niemals aber hielt es innerlich unserer Partei jemand für möglich, die ländlichen Grundbesitzer, ob große oder kleine, für uns zu gewinnen, denn man war sich darüber klar, daß dieselben Entwicklungsgehalte, welche für den industriellen Kleinbetrieb gelten, auch bestimmend sind für den ländlichen Kleinbetrieb. So wenig wir daran denken konnten, die Kleinhandwerker, welche bestrebt sind, ihre kleinen selbständigen Betriebe gegenüber den Großbetrieben lebensfähig zu erhalten, als Klasse für unsere Partei zu gewinnen, ebenso wenig können wir darauf rechnen, die kleinen ländlichen Besitzer, so lange dieselben in der Erhaltung ihres Eigentums ihr Heil suchen, in unseren Reihen zu sehen. Deshalb haben wir uns mit unserer Agitation in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft immer nur an die Arbeiter gewandt. Das hat sich aber geändert seit dem Fall des Sozialistengesetzes.

Nachdem die Fesseln, welche zwölf Jahre lang unsere Agitation lahm legten, gefallen waren, machte sich eine solche Kampfeslust und ein so großer Tatendrang bemerkbar, daß es den Genossen nicht mehr genügte, unter den Industrie-Arbeitern zu agitieren; man wollte hinausziehen aufs Land, um auch die ländliche Bevölkerung mit unseren Ideen vertraut zu machen und Anhänger unter ihnen zu gewinnen. Dieses an sich durchaus löbliche Bestreben hat sich aber vielfach in falscher Richtung bemerkbar gemacht, indem man um jeden Preis auch Leute für uns zu gewinnen suchte, die nun mal nicht zu uns gehören können.

Das Bestreben unserer Partei, durch ihre parlamentarische Thätigkeit die Lage der Arbeiterklasse in der heutigen Gesellschaft schon nach Möglichkeit zu bessern, einen wirksamen Arbeiterschutz durchzuführen, hat sich erweitert und namentlich in Süddeutschland das Verlangen nach Bauernschutz gezeigt.

Der Vertreter dieser Richtung ist Genosse Vollmar, der sich zweifellos als Agitator unter der Landbevölkerung große Verdienste erworben hat, dem man aber in bezug auf seine weitgehende Forderung des Bauernschutzes nicht beipflichten kann. Daß Vollmar zu seinem bekannten Standpunkt in der Agrarfrage gekommen ist, erklärt sich aus den besonderen Verhältnissen des ländlichen Kreises, in dem er hauptsächlich wirkt.

Redner giebt nun eine eingehende Darstellung der ländlichen Verhältnisse in Bayern, die in den verschiedenen Teilen dieses Landes sehr ungleich sind, so daß dort, wo vorwiegend Körnerbau getrieben wird, die ländlichen Grundbesitzer Anhänger des Bauernbundes und des Antrages Kanig sind, wohingegen die Bauern des Vollmar'schen Agitationsbezirks am Fuße der Alpen, welche Viehzucht und Wäldwirtschaft betreiben, zu den Gegnern des Antrages Kanig gehören. Die Erfolge des Genossen Vollmar unter der Landbevölkerung erklären sich dadurch, daß die Bauern seiner Gegend vielfach mit Holznachtern, also wirklichen Arbeitern durchsetzt sind, und der lebhafteste Fremdenverkehr den ländlichen Charakter der Gegend zum Theil verwischt hat. Unter den eigentlichen Bauern, d. h. den spannfähigen Grundbesitzern, wird es auch dem Genossen Vollmar nicht gelingen Anhänger für uns zu gewinnen.

Redner geht auf die Entstehungsgeschichte der Agrarkommission ein und führt aus, daß als auf dem Parteitag zu Köln der Antrag Schoenlant angenommen wurde, auf dem nächsten Parteitag über Landarbeiter, Kleinbauer und Sozialdemokratie zu reden, immer noch die Landarbeiterfrage im Vordergrund stand, welche aber bis zum Frankfurter Parteitag zu einer Agrarfrage wurde, indem dort über das Thema: Agrarfrage und Sozialdemokratie verhandelt wurde.

Zu bedenken ist, daß in Frankfurt außer dem Genossen Vollmar, der Genosse Schoenlant, der, gleichfalls in süddeutschen Verhältnissen aufgewachsen, natürlich dieselbe Richtung vertrat, wie Vollmar, zum Referenten in der Agrarfrage bestellt wurde. Besser wäre es gewesen, man hätte statt dessen einen Referenten bestellt, der mit den ostelbischen Verhältnissen vertraut war, denn in diesem Gebiet spielt die Landarbeiterfrage zweifellos die größte Rolle. Infolge dessen litten die Referate in Frankfurt an einer gewissen Einseitigkeit, die auch nicht gehoben werden konnte, weil es an Zeit zu einer eingehenden Debatte fehlte, in der die andere Richtung hätte zur Geltung kommen können.

Was das jetzt vorliegende Agrarprogramm fordert, ist zum Theil schon vom Genossen Vollmar in seinem Aktionsprogramm aufgestellt, welches er in der bekannten Colorado-Versammlung zu München entwickelte, zum Theil von ihm im bayerischen Landtage vertreten, wie die allmähliche Verstaatlichung der Hypotheken und das Vorkaufsrecht der Gemeinden. Ueber diese Vorgänge aber hat die Parteipresse die Leser nicht genügend unterrichtet, und daher die allgemeine Verwunderung über den Entwurf des Agrarprogramms, daß doch unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht anders werden konnte, als es ist. Die Kommission hatte den Auftrag, ein Agrarprogramm auszuarbeiten, in dem der Bauer als Steuerzahler und Schuldner geschützt werde. Diesen Auftrag hat die Kommission ausgeführt, und es kann ihr daher kein Vorwurf gemacht werden. Sie stand eben vor einer Aufgabe, die nicht zu lösen war. Was hätte wohl der Parteitag gesagt, wenn man ihm zugemutet hätte, eine Kommission zu wählen, die ein Programm zum Schutz des Handwerkerstandes aufstellen sollte? Er hätte ein solches Verlangen sicher zurückgewiesen, und doch ist unsere Stellung zum Bauernstande dieselbe, wie gegenüber dem Handwerkerstande. Wenn wir den Bauer in seinem Eigentum schützen, wenn wir seinen Besitz konservieren wollen, so ist das ein reaktionäres Bestreben, und wir müßten, um dieses Streben durchzuführen, die grundsätzlichen Forderungen im ersten Teil unseres Programms ändern.

Es ist ein eigenartiges Mißgeschick und psychologisch interessant, daß Genosse Bebel, der sich im vorigen Jahre im zweiten Wahlkreise so energisch gegen die Beschlüsse des Frank-

furter Parteitages bezüglich der Agrarfrage aussprach, und der die Thätigkeit der Agrarkommission auf die Landarbeiter und Bauern beschränkt wissen wollte, der erste war, welcher die Feder eintauchte, um diesen Entwurf zu verteidigen.

Im Frankfurter Programm heißt es, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt, und ferner, daß wir die Umwandlung des Privatbesitzes in Allgemeinbesitz wollen. Damit steht und fällt die Sozialdemokratie. Wenn wir also den Bauer als Schuldner und Steuerzahler, also in seinem Eigentum schützen wollen, so verstoßen wir damit gegen die grundsätzlichen Forderungen unseres Programms.

In der Kommission wurde behauptet, daß das Gesetz der Auffassung der Kleinbetriebe durch die großen wohl für die Industrie zutrefte, nicht aber für die Landwirtschaft. Hier sei der Kleinbetrieb eine Form, die sehr wohl überleben können werden könne in die sozialistische Gesellschaft. Wenn das richtig ist, dann hätten wir uns also in der Aufstellung unserer Grundprinzipien geirrt, hätten jahrzehntlang auf falscher Fährte getappt, und dann hätte Genosse Kautsky recht, wenn er in der „Neuen Zeit“ ausführt, daß wir unter diesen Umständen den ersten Teil unseres Programms ändern müßten. Aber Genosse David befindet sich mit seiner Ansicht von der Lebensfähigkeit des Kleinbauernstandes im Irrthum. Wenn auch der ökonomische Entwicklungsprozeß in der Landwirtschaft langsamer von statten geht, als in der Industrie, so ist damit noch nicht bewiesen, daß er überhaupt nicht vor sich geht.

Es wäre ja möglich, daß das Kapital, welches jetzt noch in der Industrie rentabel angelegt werden kann, sich später, wenn das Feld der industriellen Produktion abgegraben ist, auf die Landwirtschaft wirt, und daß dann die ökonomische Entwicklung ebenso schnell vor sich geht, wie in der Industrie. Eine Bestätigung dieser Annahme sind die ländlichen Großbetriebe in England und Amerika. Der Schutz der Landarbeiter ist nur möglich in großen Betrieben, und es wäre daher wünschenswert gewesen, daß in der Agrarkommission auch praktische Leute gesessen hätten, die mit den Verhältnissen auf den großen Gütern Ostriens bekannt sind und geeignete Vorschläge zum Besten dieser Landproletarier hätten machen können.

Redner geht nun auf die einzelnen Forderungen des Agrarprogramms ein und betont, daß viele derselben schon deshalb zu verwerfen seien, weil sie die Macht des bürokratisch-absolutistischen Staates über seine Angehörigen bedeutend ausdehnen würden. Was in einem demokratischen Gemeinwesen ohne Bedenken durchgeführt werden könne, würde bei uns die bedenklichsten Folgen haben. Genosse Auer wendet sich gegen die Aufhebung der Grundsteuer, da dieselbe nur dem derzeitigen Besitzer des Grundstückes zu gute kommen würde, und ebenso legt er ausführlich an bayerischen Verhältnissen dar, daß auch die Aufhebung der aus der Erbunterthänigkeit resultierenden Lasten (Wobenzins) nur auf Kosten der gesammten Steuerzahler möglich wäre.

Die Verstaatlichung der Hypotheken wäre zweifellos ein gutes Agitationsmittel unter den Bauern, aber im Interesse der Allgemeinheit zu verwerfen, da es doch möglich wäre, daß, da der Staat das Geld zum niedrigsten Zinssfuß hergeben solle, mit diesem Gelde rentablere Geschäfte seitens der Hypothekenschuldner gemacht werden könnten. Reaktionär sei sowohl die Forderung der Waldnutzung und Weiderecht durch die Gemeinde-Angehörigen, als auch namentlich die Forderung des Jagdrechts auf eigenem Grund und Boden. Hierdurch würde das Privateigentum geradezu sakrosankt erklärt. Diejenigen Forderungen, welche sich mit dem Arbeiterschutz befassen, haben noch die meiste Aussicht, in Breslau angenommen zu werden.

Ich bin der Agrarkommission dankbar für ihre Arbeit, so schließt Genosse Auer, sie hat uns gezeigt, daß wir an einen Abgrund gekommen sind, indem wir das Privateigentum der Bauern zu konservieren trachten, und es ist hohe Zeit, daß wir von diesem Abgrund wieder zurückgehen, und die klar ausgesprochenen grundsätzlichen Forderungen unseres Programms vertreten. Wir wollen nicht die Aktionisten unserer Genossen dümmen, sondern dieselbe nur in die rechten Wege leiten. Es giebt noch weite Industriegebiete mit tausenden von Arbeitern in Deutschland, die im Reichstage durch unsere Gegner vertreten sind. Mehr wie die Bauern an der russischen Grenze müssen uns die Industriearbeiter in Rheinland, Westfalen, der Saale und Schlesien am Herzen liegen. Große Industriestädte wie Dortmund, Bochum, Aachen, Köln, das Königreich Stumm und andere, sind noch in den Händen unserer Gegner; diese zu erobern, müssen wir unsere Kraft und unsere Thätigkeit einsetzen. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung beschloß, der vorgerückten Zeit wegen die Diskussion bis zu einer demnächst abzuhaltenden Versammlung zu vertagen. Als Delegierte für die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg wurden gewählt die Genossen Hinz, Koblenzer und Hanse.

Die Parteigenossen des 3. Wahlkreises hielten ihre gutbesuchte Versammlung in der Berliner Ressource ab. Nachdem die Anwesenden das Andenken Friedrich Engels in der üblichen Weise geehrt hatten, wurden die Genossen Zahn, Hinz und Schröder zu Delegierten für die Brandenburger Parteikonferenz gewählt, worauf Genosse Vogt Herr die Diskussion über das Agrarprogramm durch einen Vortrag einleitete. Der Programmentwurf, wie ihn die Agrarkommission vorgelegt, beweise, daß die verhältnismäßig kurze Zeit von 3/4 Jahren nicht genüge, die so äußerst verschiedenartigen ländlichen Verhältnisse eingehend zu studieren und aus dem Resultat ein Programm für die Verbreitung des Sozialismus auf dem Lande zu schaffen, das mit den tatsächlichen Verhältnissen und dem sozialdemokratischen Prinzip im Einklang sei. Natürlich werde niemand trotz der strengsten Kritik daran zweifeln, daß in der Kommission ausnahmslos das Bestreben vorhanden war, von unseren prinzipiellen Grundsätzen nichts zu opfern. Inwiefern das im Entwurf gelungen, sei allerdings eine andere Frage. Was er, Redner, als Richtschnur für die Besprechung des Entwurfs nehmen möchte, das habe Bebel treffend ausgedrückt, indem er sagte: Für die Beratung desselben ist als maßgebend im Auge zu behalten: 1. daß, die Verwirklichung der Forderungen vorausgesetzt, die natürliche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft dadurch nicht gehemmt oder in falsche Bahnen gelenkt wird. Denn von dem Sichauflösen der bürgerlichen Gesellschaft hängt der mehr oder minder rasche Sieg des Sozialismus ab; 2. daß keine der gestellten Forderungen, wenn verwirklicht, ein Schaden für die Allgemeinheit, speziell für die Arbeiterklasse nach sich zieht. . . . Diejenigen von den Forderungen, welche die angeführten Gesichtspunkte erfüllen, sind akzeptabel, die sie nicht erfüllen, müssen fallen. — Redner meint, gerade der hinsichtlich des Sichaufnehmens der bürgerlichen Gesellschaft ausgesprochenen Grundsatz sei in den Beschlüssen der Agrarkommission nicht vertreten. Im Gegenteil würde sie in ihrer Entwicklung bei Durchführung der hauptsächlichsten Beschlüsse gehemmt werden; die Produktionsfähigkeit mancher Schichten der Bevölkerung werde zu erleichtern gesucht, anstatt sie der Ruhe zu überlassen, die sie mit Naturnotwendigkeit zwingen würde, den Verfall der bürgerlichen Gesellschaft mit herbeizuführen. Redner wandte sich darauf zu den Eingangsp-

fähen des Entwurfs. Wenn es darin heiße, daß die Sozialdemokratie, ausgehend von ihren allgemeinen Grundsätzen, zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klasse und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst fordere: — so könne er schlechterdings nicht einsehen, wie eine etwaige Annahme der Forderungen der Agrarkommission zur Demokratisierung öffentlicher Einrichtungen beitragen solle. Ein Hervorheben der Demokratisierung heiße hervorheben, was uns mit bürgerlichen Kreisen verbindet; das dürfe aber nicht den Volksfächern gegenüber gesehen, die man gewinnen wolle. Vielmehr müsse hervorgehoben werden, was uns von bürgerlichen Kreisen trenne. Die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr könne weder zur Demokratisierung noch zur Erhöhung unserer agitatorischen Fähigkeiten führen, namentlich seien aber die einzelnen Forderungen nicht dazu geeignet. Wenn man dann beim Betrachten der weiteren neuen Forderungen den Eindruck gewinne, als handele es sich bei dem Witten der Partei ganz plötzlich überhaupt nicht mehr um Industriearbeiter, sondern als wäre die Sozialdemokratie bestimmt, hauptsächlich die Vertreter bäuerlicher Interessen zu werden. — An der in Nummer 10 aufgeführten Forderung der Grundsteuer könne die Partei um so weniger Interesse haben, als die Ablösung dieses Outbonds des Staates am Grundbesitz dem Kleinbäuerlichen Besitzer absolut keinen Vorteil bringen würde, infolge seiner Verschuldung, des Umstandes, daß der Kleinbauer meistens nur Verwalter des Eigentums seines Hypothekengläubigers ist. Vorteile hätte nur der Grundbesitz. Die Forderungen in Nummer 11 seien solche, die gar keiner besonderen Erwähnung im Programm bedürften, und im alten, in Erwartung zu Grunde getragenen Programm viel prägnanter ausgedrückt waren. Mit der Einführung eines Vorkaufsrechts der Gemeinde bezüglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter könnte man im Rahmen der heutigen Gesellschaft schlechte Erfahrungen machen, dann nämlich, wenn die Gemeindeverwaltung in ihrer Mehrheit von einseitigem Geiste besetzt ist, wie das in der bürgerlichen Gesellschaft wohl der Fall bleiben würde. Auf die Verwirklichung der Staats- und Gemeindeforderungen auf eigene Rechnung treffe dasselbe zu. Sie würde niemals einen Schritt zur Demokratisierung bedeuten können, im Gegenteil aber die bürgerliche Gesellschaft stärken helfen. Es würden ihr damit neue Mittel zur Erhaltung ihrer selbst geboten, die ihre „berufenen“ Vertreter wohl auszunutzen verstehen dürften. Die Forderung nach Uebernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel, sowie für Deiche und Dämme auf den Staat oder das Reich gehört nach Meinung des Referenten überhaupt in kein politisches Programm. Die Verstaatlichung der Hypotheken würde einerseits den Erfolg haben, den Grundbesitz im Werte zu steigern, andererseits den, die Machtmittel des Staates ins fast unermessliche zu steigern, und doch habe sich die Sozialdemokratie noch nie über einen Mangel an solchen beschwerten können. Die mit der Verstaatlichung der Hypotheken geforderte Verabschaffung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten würde den Großgrundbesitzern vornehmlich auf Kosten des großen Volkes nützen. Die Verstaatlichung der Versicherung sei seines Erachtens, von der Ausführung abgesehen, diskutabel. Nachdem Redner kurz die Forderungen unter Nr. 17 berührt hatte, kam er zu folgendem Schluß: Die Partei habe immer ihren Stolz darin gesetzt, als Partei zu gelten, welche anstrebt eine Verbesserung der Lage der unterdrückten Klasse und diese am gründlichsten erfüllt sieht in einer Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft, die den heutigen Armen zu gleichen Rechten verhilft. Auf dem bevorstehenden Parteitag ein Agrarprogramm als Teil des vorhandenen Programms in der vorgeschlagenen oder ähnlichen Art zu stance zu bringen, hält Redner nicht mit dem Interesse der Partei für vereinbar, er will aber nicht bestreiten, daß es möglich sei, über kurz oder lang in das bisherige Programm die Landwirtschaft angehende Forderungen in knapper und bestimmter Fassung aufzunehmen. In seine Ausführungen, die lebhaften Beifall fanden, schloß sich eine animierte Debatte, die sich fast ausschließlich, mehr oder minder im Gehörange des Vortragenden bewegte. Es sprachen unter anderem Feilich, Kahlem, Böner, Frank, Moos, Mausolf, Schumann, Fröh, P. Jahn und Koch. Nur Kahlem widersprach der einstimmigen Abweisung des Agrarprogramms, indem er meinte, man würde später wohl doch zu einigen Punkten desselben zurückkommen; für seine jetzige Fassung begeisterte er sich jedoch auch nicht. — Gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung beschließt: In Erwägung, daß das gegenwärtige Parteiprogramm zwar in knapper, doch in prägnanter Form alle Forderungen des Sozialismus zur Agitation für die industrielle und ländliche Bevölkerung enthält, die von der Agrarkommission gemachten Vorschläge dagegen eher geeignet sind, diese Forderungen im Sinne des bürgerlichen Staatssozialismus abzuschwächen — die Delegierten zur Provinzialkonferenz zu beauftragen, gegen den neuen Entwurf zu stimmen und dessen Ablehnung auf dem Breslauer Parteitag zu beantragen.

Die in Kester's Festsaal, Koppenstr. 20, für den Ort den 4. Wahlkreises stattfindende Versammlung war trotz der tropischen Hitze von circa 1200 Genossen und Genossinnen besetzt, die nach der üblichen Ehrenbegehung für unsere Genossen Engels mit regem, durch mannigfache Beifallsbekundungen dokumentierten Interesse den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten H. Fischer zum 1. Punkt der Tagesordnung folgten. — Der Referent hob in der Einleitung hervor, daß es bei der Vielseitigkeit der Vorschläge der Agrarkommission nicht möglich sei, alle einzelnen Änderungen an einem Abend eingehend zu erörtern, daß es aber wohl genügen dürfte, über die Hauptpunkte des sogenannten Agrarprogramms zu verhandeln, um sich der Konsequenzen derselben bewußt und darüber Klar zu werden, ob die vorgeschlagene Fassung des zweiten Teils unseres Programms mit der bisherigen Teilteil, ja überhaupt mit den grundlegenden Anschauungen der Partei vereinbar sei oder nicht. Demgemäß würde sich auch die Stellungnahme der von den Genossen zum Parteitag zu entsendenden Delegierten ergeben. — Ein gewisses unbehagliches Gefühl überkam schon jeden bei der Länge des aufgestellten Programm-entwurfs und es sei Pflicht jedes Genossen, sich ganz offen und rückhaltlos über denselben zu äußern, da man ein Parteiprogramm nicht allzu oft und nicht ohne die zwingendsten Gründe ändern dürfe. Eine Anzahl Punkte wären in den Vorschlägen vorhanden, welche nach einer oder der anderen Richtung hin diskutabel seien, aber auch bei eifrigem Nachdenken könne er nicht finden, daß dieselben in ein Parteiprogramm hineingehören, er sei vielmehr der Ansicht, daß sie gegenüber den im ersten Teil des Programms niedergelegten Prinzipien des Sozialismus entweder bedeutungslos seien, oder denselben zum Teil geradezu widersprächen. Ein Programm sei eben kein Speisezettel frommer Wünsche für die Ansichten und Liebhabereien einzelner, sondern müsse nur grundlegenden und einen jeden Genossen verpflichtenden Forderungen enthalten. — Redner betonte, daß nicht ein einziges Parteiorgan ganz für die Vorschläge der Agrarkommission und nur sehr wenige teilweise dafür eingetreten seien, daß hingegen die meisten Stimmen der Partei rundweg alle Forderungen verworfen, und wies ferner darauf hin, daß gerade der Mangel einer genügenden vorherigen Diskussion der ganzen Frage, sowohl auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M., als auch jetzt in der Presse, mit der Schärfe des lautgewordenen Widerspruches veranlasse. — Redner schloß dann die historische Entwicklung der ganzen Agrarfrage vom Frankfurter Parteitag an, skizzierte kurz die Ansichten Vollmar's, Schoenlan's, die bekannte Rede Rebe's im 2. Berliner Wahlkreis, die briefliche

Konferenz von Engels über die Agrarfrage und die neueren Pressstimmen bis zu der vom Genossen Dr. David in der „Neuen Zeit“ behaupteten Konkurrenzfähigkeit des Kleinbäuerlichen Betriebes und stellte dann den von der Partei gegenüber dem kleinen Handwerk und der Hausindustrie stets eingenommenen Standpunkt den neuen Forderungen der Agrarkommission gegenüber. Er tabelte dann ferner das Unterlassen der Besichtigung der Motive seitens der Kommission, widersprach der Absicht der Agrarkommission, dem Parteitag nach der jetzigen Diskussion vielleicht ein ganz neues Programm vorzulegen, über welches die Partei eventuell gar nicht diskutiert habe, und verlangte nun wenigstens eine gründliche Erörterung auf demselben, damit endlich Klarheit geschaffen und mit einer Richtung innerhalb der Partei ein für alle Mal gebrochen werde, die dem proletarischen Charakter unserer Partei und dem bisherigen Programm widerspreche. (Lebhafter Beifall!) — Wir haben innerhalb unserer Partei nicht Raum für zwei ganz verschiedene Anschauungen, wir können nur Ausbeuter und Ausgebeutete und dürfen unseren Klassenstandpunkt nie vergessen. — Nach einer sehr ausführlichen Kritik der Hauptpunkte des Agrarprogramms, beginnend mit dem einleitenden Satz und sich besonders verweilend über die Punkte 7, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 des Entwurfs, kam Genosse Fischer zu dem Ergebnis, daß wir in Breslau nur eine Forderung zu stellen hätten: Verwerfung der gesamten Vorschläge der Agrarkommission, weil sie den Klassenkampf verleugnen und uns auf die Abwege reaktionärer Utopisterei führen müßten. Und wenn bei der Gelegenheit die Agrarkommission auch eines natürlichen Todes sterbe, so sei dies Unglück für die Partei nicht allzu groß. (Großer Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich die Genossen Tempel, Engels, Schneider, Baumgart, Seiler, sowie der Referent beteiligten, und nachdem noch Genosse Baumgart mitgeteilt hatte, daß Genosse Singer nicht habe sprechen können, aber ihm gegenüber erklärt habe, daß er Gegner der Anträge der Agrarkommission sei, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Osten) erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Richard Fischer einverstanden; sie erklärt ferner, daß durch die Annahme des Agrarprogramms eine Verflüchtigung unserer Partei im weitesten Sinne des Wortes vor sich gehen würde und erwartet von dem Parteitag in Breslau, daß derselbe sich endgültig dagegen aussprechen wird.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Schneider einige Aufklärungen über die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, worauf die Genossen Gail und Bräuner zu Delegierten für den Provinzial-Parteitag gewählt wurden. — Um 11 1/2 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Das Lokal „Sandsouci“ hatte sich anlässlich der Versammlung, in welcher Genosse Schippel den Parteigenossen vom Südosten den Programmentwurf erläuterte, eines starken Besuches zu erfreuen. Vom Vorstehenden Böhm wurde in zu den Herzen dringenden Worten das Andenken an Friedrich Engels geseiert. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Vorstehenden von ihren Plätzen. — Als recht bemerkenswert bezeichnete der Referent über das Agrarprogramm die Thatsache, daß die Parteimitglieder in ihrer großen Mehrheit das Produkt der Kommissionsarbeiten ablehnend kritisierten. Auch die Genossen, welche vordem so lebhaft nach dem Programm verlangten, hielten sich jetzt in Stillschweigen. Sind sie überzeugt worden, daß ihre Ansicht, dem Mittel- und Kleinbesitzer müsse unter allen Umständen beigegeben werden, eine falsche war, oder hielten sie es für vorwählig, vorläufig noch eine abwartende Stellung einzunehmen? — Wie kam man dazu, die Bewegung für ein Agrarprogramm einzuleiten? Zwei große Klassenbewegungen, sagte der Redner, haben wir heute in Deutschland vor uns: die proletarische, die Arbeiterbewegung und die Agrarbewegung. Schneller wie in jedem andern Lande der Welt — Amerika nicht ausgenommen — hat sich in Deutschland die Entwicklung der Großindustrie vollzogen. Damit zugleich vollendete sich rascher als sonst die Umwandlung der früheren Kleinbauern, Landarbeiter und der Handwerker, die in die Städte und Fabriken strömten, in den Klassenbewußten Proletariat. Seit etwa 15 Jahren hat Deutschland eine starke Bewegung, welche weite Volkskreise in Mitleidenschaft zieht: die agrarische. Der Vortragende führt die Ursache des schärfsten Wachstums dieser Strömung auf die ganz veränderten Produktions- und Absatzbedingungen seit der Erschließung des amerikanischen Westens für die Getreidelieferer zurück. Nachdem von dort seit den 70er Jahren das billige Getreide eingeführt wurde, ist die landwirtschaftliche Krise bei uns eingetreten, die später durch die Zufuhr aus Indien, Australien und Argentinien in jüngster Zeit noch verschärft wird. Die Bauernschaft war vordem freihändlerisch gesinnt, weil sie immerhin noch Produkte ausführen konnte, jetzt ist sie von der Angst gepackt und schreit nach Schutz. Man darf die agrarische Bewegung nicht unterschätzen, bemerkt der Redner; Deutschland ist eben in seiner Hälfte nicht industriell, sondern auf den Ackerbau angewiesen. Die agrarische Frage beherrscht gegenwärtig unsere ganze Politik; Grund genug für die Sozialdemokraten, sich eingehend damit zu befassen.

Sei es auch dankbar anzuerkennen, daß die bauerischen Genossen die Aufmerksamkeit stärker wie sonst auf diesen Punkt gelenkt hätten, so wäre die Frage eine ganz andere, ob die Partei aus dieser agrarischen Strömung Vorteil ziehen kann oder nicht. Die Arbeit der Programmkommission giebt darauf selbst die beste Antwort. Der Vorschlag des alten Programms bestehe darin, daß es seinen Klassencharakter nie verleugnet; jeder Teil sei für die Arbeiter und als Kampfmittel berechnet. Jede einzelne Forderung sei gestellt im Interesse der Arbeiter. Der neue Entwurf habe diesen Charakter vollständig abgestreift; das sei nicht mehr ein Klassenprogramm, sondern ein solches, was jeder philanthropisch veranlagte Mensch unterschreiben könne. Der Redner geht die einzelnen Forderungen durch und weist nach, daß die dort angeführten Punkte den Wünschen, die eine Arbeiterpartei stellen darf, nicht entsprechen. Scharf kritisierte der Vortragende die einzelnen Absätze, besonders die „Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums“. Die Großen würden dadurch unweifelhaft in Vortheil gesetzt, abgesehen davon, daß man es nicht begreiflich finden wird, weshalb das, was hier zu Gunsten der Bauern gefordert werde, nicht auch auf die Städter übertragen werden sollte. Wie könne man das Bestreben rechtfertigen, den und feindlich gesinnten, an ihrem Besten lebenden Bauern derartige Sonderprivilegien zu gewähren! Im weiteren weist der Referent darauf hin, daß die Verstaatlichung der Grundschulden in ihrer Wirkung einen theilweisen Erlös derselben gleichkomme. Weshalb solle durch alle diese Verstaatlichungs-Experimente der schädliche Einfluß des heutigen Konservatismus im Staates noch vergrößert werden? Alle Vorschläge der Agrarkommission würden bei denen, auf die sie berechnet sind, doch nicht verlangen. Die Antifemiten, die Bauernbändler, die Konservativen können ihnen auf Kosten der Arbeiter noch viel mehr versprechen. Eine Arbeiterpartei, schließt der Redner, kann zum Beispiel nicht damit einverstanden sein, daß der Preis für die Bodenprodukte künstlich gesteigert wird, diese Forderung findet bei den Bauern natürlich den meisten Anklang. Die Bauern als Bestehende kommen nie zu uns. Wir haben uns lediglich mit den Arbeitern, auch den Handarbeitern, zu befassen. Wenn wir die Bestehenden jetzt freizulassen, so werden sie uns später dafür ins Gesicht schlagen. Nicht Arm in Arm mit einem Liebermann von Sonnenberg, sondern in gleichem Schritt und Tritt mit den Arbeitsbrüdern auf dem Lande haben wir unsere Ziele zu verfolgen.

Die Rede des Genossen Schippel wurde durch lebhaften, an-

haltenden Beifall ausgezeichnet. Als erster Redner in der Diskussion gab Herr Wienthal einige Bemerkungen zum besten, die mit der Sache nicht zu thun hatten, und von der Versammlung deshalb mit verdienter Feilheit aufgenommen wurden. Ein inzwischen eingelaufener Antrag Hoffmann, die Debatte wegen der erschöpfenden Kritik des Referenten zu schließen, wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß in dieser Frage gerade einer freien Aussprache der Parteigenossen der weiteste Spielraum gelassen werden müsse. Karl Scholz betonte seine Gegnerschaft zu dem neuen Programm; er fürchtete, daß bei dessen Annahme Verwirrung über die Ziele der Partei eintreten könne. Neumann fragt an, ob der Referent in der Agrarkommission dieselbe Kritik geübt hat, wie in seiner heutigen Rede. Er hält es kaum für glaubhaft, daß Sozialdemokraten einen solchen Entwurf in die Welt setzen könnten. Der Klassenkampf sei das Grundprinzip unserer Bewegung, nicht die Sicherung der Existenz einzelner Schichten, die wir dauernd doch nicht erhalten können. Die Monopolisierungsgehalte sind von der Partei bisher unter Hinweis auf den Charakter des heutigen Staates scharf bekämpft. Die gleiche Gewalt wolle das neue Programm demselben Staat jetzt freiwillingig in die Hand geben. Der Redner will von einem besonderen Agrarprogramm überhaupt nichts wissen. Börsch schilderte seine Erfahrungen als Landagitor in Ost- und Westpreußen und kam zu dem Schluß, daß das neue Programm überflüssig und schädlich ist. Blum wunderte sich, daß die „Gebärdler“ des Entwurfs ihr Kind so schnell verleugnen. Alle Redner waren in der Beurteilung der Kommissionsarbeit einig. Nach dem Schlußwort Schippel's nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an:

„In Erwägung, daß das von der Agrarkommission entworfene Programm den proletarisch-revolutionären Charakter unserer Partei verleugnet und verwischt, in weiterer Erwägung, daß die den Schutz der Landarbeiter betreffenden Punkte im Entwurf Programm bereits enthalten sind, ersucht die am 13. August tagende Versammlung des 4. Berliner Wahlkreises (Südost) den Parteitag zu Breslau: jede Aenderung des a l t e n Programms abzulehnen.“

Als Delegierter zur Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg wurde Genosse Läder gewählt.

Für den 5. Wahlkreis fand die Versammlung im Saale der Brauerei Friedrichshain am KönigsThor statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken Friedrich Engels in der üblichen Weise. Das Referat hatte Genosse H. Schmidt übernommen, der sich über das zur Besprechung stehende Thema ungefähr folgendenmaßen äußerte: Seit Jahren haben unsere Parteigenossen den lebhaften Wunsch geäußert, unserem Programm eine Erweiterung zu geben, in dem unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse bestimmte Forderungen für die in der Landwirtschaft thätige Bevölkerung enthalten sind. Dem regen Drängen trug der Frankfurter Parteitag Rechnung und versagte die Einsetzung einer Kommission von 16 Mitgliedern, die sich mit der Agrarfrage eingehend beschäftigen sollten. Sonderbar mag es für manche Parteigenossen erscheinen, daß, nachdem das Ergebnis der Kommissionsarbeit veröffentlicht ist, sich gegen die Vorschläge in der Partei eine entschiedene Opposition geltend macht. Hier ist aber weniger der Kommission als wie den Parteigenossen, die auf dem Frankfurter Parteitag die Direktive für die Kommissionsarbeiten gegeben haben, ein Vorwurf zu machen. Die Kommission ist entschieden nicht allzu weit von dem Grundriß abgewichen, den der Parteitag in seiner Resolution für den Aufbau des Programms gegeben hat. Da heißt es in der angenommenen Resolution zur Agrarfrage unter anderem: „Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren und ihnen den rationellen und genossenschaftlichen Betrieb durch Staatsbeihilfe erleichtern.“ Ein Antrag des Genossen Krons, diesen Passus zu streichen, stimmten nur ungefähr 30 Vertreter auf dem Parteitag zu. Die Resolution enthält aber unbedingt schon den Gegenatz, der erst jetzt bei der Diskussion über das Agrarprogramm hervortritt. Die Frage ist für uns die: sollen wir dem Bauernschutz unsere Kräfte widmen oder wenden wir uns mit unseren Forderungen nur an die große Zahl der Arbeiter und Tagelöhner? Die Kommission hat beides berücksichtigt, aber mit ihren Forderungen zum Schutze des kleinen Bauern kein großes Entgegenkommen in der Partei gefunden. Damit ist nun keineswegs gesagt, daß die Gegner dieser Forderungen theilnahmlos dem kleinen Bauernstand gegenübersehen, nicht ihre mißliche Lage erkennen, aber sie geben sich nicht der Täuschung hin, daß es möglich ist, dem kleinen Grundbesitzer eine Stärkung oder gar Erhaltung seiner Position in Aussicht zu stellen. Wohl hat die Entwicklung zum Großgrundbesitz, die Anwendung maschineller Düngemittel, die Ueberlegenheit des Großbetriebes über den Kleintrieb, die Folge haben, keinen so schnellen Fortschritt gemacht, wie in der Industrie, aber es ist unverkennbar, daß auch in der Landwirtschaft immer mehr die Ueberlegenheit des Großbetriebes triumphierend dem kleinen Besitzer die Alternative jählicher Vernichtung oder einer ganz kleinen kummervollen Existenz stellt. Wir haben gewiß keine Veranlassung, diesen Gang der Entwicklung zu fördern, es wäre sogar tathlich unklug, die Schicht der Bevölkerung, die ihrer sozialen Stellung nach für unsere Ideen am besten empfänglich ist, sie ist groß genug, um uns ein weites Gebiet für unsere Thätigkeit zu verschaffen.

Sehr irrig erscheint dem Redner die Auffassung, als sei die ländliche Bevölkerung zum größten Theile im Besitz von einem Eigentum an Grund und Boden und wäre es auch nur eine winzige Parzelle. Die Verfassungskommission vom Jahre 1882 giebt darüber folgende Auskunft: Es gab selbständige Erwerbshätige in der Landwirtschaft 2 228 033; ferner waren beschäftigt als Verwalter, Beamte u. s. w. 66 644 Personen, Arbeiter und Tagelöhner wurden gezählt 5 881 819. Within haben wir in der Landwirtschaft 71,4 pCt. Arbeiter und Tagelöhner. Zieht man von dieser Kategorie noch diejenigen ab, die im Besitze eines kleinen Eigentums sind, aber ihrer eigentlichen Erwerbshätigkeit nach nur als Tagelöhner gelten können, da sie ihr kleines Besitzthum nach Feierabend oder an den Sonntagen bewirtschaften, so haben wir immer noch 70,4 pCt. landwirtschaftliche Arbeiter ohne jedes Besitzthum. Wie weit sich diese Verhältnisse noch zu Ungunsten der Nichtbestehenden verschlechtern werden, wird erst die Bearbeitung der in diesem Jahre angenommenen Verfassungsentwürfe ergeben. Das Verhältnis ist sogar ein weit ungünstigeres wie in der Industrie; hier beläuft sich der Prozentsatz der Arbeiter auf 64 pCt. und im Handels- und Verkehrsgewerbe auf 46,3 pCt. Kann es bei diesem statistischen Ergebnis einem Zweifel unterliegen, in welcher Richtung sich unsere Forderungen zu bewegen haben! Vor allen Dingen haben wir die Interessen der beschlossenen Lohnarbeiter zu vertreten, die aber im Gegensatz stehen zu den Interessen der großen und mittleren Grundbesitzer und nicht selten auch bei kleinen Besitzern zu Differenzen führen können. Deutschland gehört in seinem südwestlichen Theil vorwiegend zu dem Klein- und mittleren Besitz; Östler aber 100 Hektar haben nur 7 pCt. der Besitzer inne, während der Nordosten 42 pCt. solcher Besitzer aufweist. Engels sagt deshalb in einem Artikel in der „Neuen Zeit“, den er nach dem Frankfurter Parteitag schrieb: „Die Gewinnung der ostelbischen Landproletarier ist von weit größerer Wichtigkeit, als die der westlichen Kleinbauern oder sogar der sächsischen Mittelbauern. Hier, im ostelbischen Preußen, liegt unser entscheidendes Schlachtfeld, und deshalb wird Agrierung und Junkerschaft alles anboten, um hier den Zugang zu verschließen.“ Die sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft sind der Ueberbreitung unserer Ideen gewiß nur fördernd, wohl aber wird und die Agitation auf dem Lande ungeheuer erschwert. Die können nicht zu den Leuten eilen, da uns nur selten im Saale zur Verfügung steht; unsere Juglativkräfte werden oft durch

die ungeheuerlichsten Mittel an der Ausführung ihres Vorhabens gehindert. Der Landarbeiter befindet sich in einer weit größeren abhängigen Stellung als der schlechtgestellte Industriearbeiter, ihm fehlt das Koalitionsrecht, eine Waffe, die ihn widerstandsfähiger machen würde und ihm den Rückhalt giebt zur Stärkung politischer Bestrebungen. Schlechte Schulbildung und der Mangel an geeigneten Kräften für die Agitation auf unserer Seite sind Hindernisse für unsere Propaganda, die weit mehr zu beachten sind, als die Aufstellung bestimmter Forderungen im Programm. — Hierauf wendet sich Redner zu den einzelnen von der Agrarkommission vorgeschlagenen Punkten, die er, abgesehen von einigen unwesentlichen, als unannehmbar bezeichnet. Besonders eingehend behandelt er die Aufhebung der Reallasten, die Verstaatlichung der Hypotheken und die Unterstützung der Genossenschaften. Mit dem Wunsche, daß der Parteitag in Breslau dem Agrarprogramm eine andere Richtung geben möge, die dem prinzipiellen Charakter unseres bisherigen Programms entspricht, schließt Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Auch in der Diskussion machte sich keine Befürwortung des Entwurfes in seiner vorliegenden Fassung geltend. Genosse Drescher fügte kurz hinzu, daß seiner Ansicht nach der Entwurf in der Presse sowie mündlich genügend kritisiert sei, um dessen Schicksal als befehligt zu betrachten. Megge will als Kernpunkt der Agrarfrage betrachtet wissen, wie wir am besten das Landproletariat gewinnen können; er ist der Meinung, daß wir hier mit unserem Parteiprogramm vollkommen auskommen. Adler erklärt, wenn wir dieses Agrarprogramm annehmen würden, wäre die logische Konsequenz davon, daß wir auch ein Landarbeiterprogramm fordern müßten. Redner ist der Meinung, daß der vorliegende Entwurf auf dem Parteitag abgeändert werden könnte und schlägt schließlich vor, heute eine kurze, bündige Erklärung gegen das Agrarprogramm abzugeben. Weiss geht auf die einzelnen Punkte der Agrarvorlage ein und legt eingehend dar, wie die hier aufgestellten Forderungen den bisherigen Grundfähen der Partei geradezu widersprechen. Hohlstedt will das Agrarprogramm nicht gänzlich beiseite geworfen wissen, verlangt aber, daß es mehr die Organisationsfrage der Landarbeiter behandeln solle.

Bei der hierauf vorgenommenen Delegiertenwahl zur Provinzial-Konferenz der Provinz Brandenburg wurden die Genossen Adler und Sassenbach gewählt.

Die Versammlung für den 6. Wahlkreis tagte im dichtgefüllten Saale des „Kölnner Hofes“. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Genosse Kiesel dem vorbereiteten Friedrich Engels einen warm empfundenen Nachruf und ehrten die versammelten Genossinnen und Genossen das Andenken an denselben durch Erheben von den Plätzen. Den die Debatte über das Agrarprogramm einleitenden Vortrag hielt Genosse Ledebour. Redner meint, er hätte erwartet, daß die Agrarkommission keine bürokratische Institution sein solle, welche ihre Beratungen hinter verschlossenen Türen pflegen und die Partei sodann mit einer fertigen Arbeit überraschen würde. Er hätte vielmehr angenommen, daß dieselbe einen laufenden Bericht über ihre Beratungen geben und somit neben diesem eine Diskussion innerhalb der Partei ermöglichen würde. Leider sei dies nicht der Fall gewesen. Wie verfehlt der eingeschlagene Weg sei, zeige das Resultat der Beratungen der Kommission. Lange seien die Parteigenossen nicht so sehr enttäuscht worden wie durch den Entwurf der Kommission. Auch vermisse der Referent eine Begründung oder Erläuterung der einzelnen Programmpunkte, welche höchst mangelhaft in das Programm hineingearbeitet seien und vielfach die verschiedenste Deutung zulassen. Wenn man ein Programm ausarbeite, so müsse dasselbe durchaus unzuweifelhaft sein.

Redner ging nun zur Besprechung der einzelnen Programmpunkte der Kommission über. Als sehr vieldeutig bezeichnete er den Passus in der Einleitung: „für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr fordert die Partei zunächst“. Unter „Zuständen“ könne alles verstanden werden. Dieser Satz müsse entschieden gestrichen werden, da die Sozialdemokratie die Anschauung vertritt, daß eine Verbesserung jener Zustände im heutigen Klassenstaat überhaupt nicht möglich sei. Im Absatz 10 wird nach der Meinung des Referenten ein prinzipieller Verstoß gegen die sozialistischen Forderungen überhaupt begangen. Wir fordern den Gemeinbesitz des Grund und Bodens. Die arbeitslos erworbene Grundrente verringere sich aber um den Betrag der Grundsteuer und erhöhe sich im umgekehrten Falle durch den Erlaß der Grundsteuer um deren Betrag. Was den Grundbesitzern geschenkt werde, müsse von den Armen der Bevölkerung wieder aufgebracht werden. Sehr schwierige Verhältnisse berührt noch Darlegung des Referenten auch der Absatz 12. Die vielen Besitz- und Nutzungrechte von Gemeinden liegen nicht immer im Interesse der Allgemeinheit. Mindestens unwichtig sei es, derartige allgemeine Sätze in das Programm aufzunehmen. Unbestritten solle indessen bleiben, daß die Erhaltung mancher Gemeinerechte von uns gefordert und erstrebt werden kann. Nebenbei verhalte es sich mit dem Vorkaufsrecht der Gemeinden etc., das unter Umständen der Allgemeinheit nützlich sein könne, jedoch nicht immer. Als das Meisterstück der Kommission erachtete Referent den Absatz 13, welchem seiner Meinung nach als Schlüsselpassus fehle: „oder sonst etwas“. (Heiterkeit.) Die Bildung von Genossenschaften sei auf dem Lande ebenso schwierig wie in den Städten und gehören dies unbedingt nicht ins Programm. Die in Absatz 14 enthaltenen Forderungen (Meliorationen etc.) hätten vor allen Dingen Interesse für die Besitzenden und gehörten gleichfalls nicht ins Programm. Mit welcher Oberflächlichkeit die Kommission gearbeitet habe, zeige die Fassung der im Absatz 14 und 15 geforderten Verstaatlichungen. Diese würden nach Meinung des Referenten zum Staatssozialismus führen und den Machtmitteln des heutigen Staates noch neue hinzufügen. Auch solle man nicht glauben, daß durch derartige Mittel dem Bauernstande auf die Dauer geholfen werden könne. Wenn die Verstaatlichung der Hypotheken auch im Interesse einzelner gegenwärtiger Besitzer liege, so sei dies doch keineswegs bei den künftigen Besitzern der Fall. Freies Jagdrecht, Waldnutzung und Weiderecht in Absatz 17 berühre wiederum schwierige Verhältnisse, die nicht in so allgemeiner Fassung abgehandelt werden können. Hinter diesen Maßregeln verbergen sich einzelne praktische Forderungen, die wir wohl unterstützen können, die aber auf keinen Fall in das prinzipielle Parteiprogramm hineingehören. Bezüglich der geforderten Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterklasse sei nach Ansicht des Referenten der Kommission so wenig hinzuzufügen übrig geblieben, daß sie sich mit einigen ganz unbedeutenden Zusätzen versehen habe, die selbstverständlich seien, theils nicht in das Programm hineingehören. Der Referent kam zu dem Schlusse, daß das wenige Brauchbare von den Ergänzungsvorschlägen eine Erneuerung des Programms nicht rechtfertige. Er erachtete den Programmtext in seiner Gesamtheit für unannehmbar und empfahl eine Resolution zur Annahme, die sich mit seinen Ausführungen deckt. Eingelassen waren noch weitere Resolutionen, die sich gegen den Programmtext aussprachen. Bemerkte sei noch, daß der Referent auf dem Standpunkte stand, daß durch sogenannte Bauernforderungen die Bauern nicht zu gewinnen seien, vielmehr die Hauptaufgabe auf die Gewinnung des Landproletariats zu richten sei und zwar durch zweckentsprechende Agitation und durch Wirken in den parlamentarischen Körperschaften. Der Referent hielt es auch für zweckmäßiger, statt allgemeine Agrarforderungen in das Programm hineinzuarbeiten, welche auch Handwerker etc. berechtigten, zu fordern, daß auch für sie im Programm ein Platz eingeräumt werde, bei Neuwahlen oder sonstigen passenden Gelegenheiten praktische, lokale Interessen berücksichtigende Forderungen aufzustellen, sogenannte

„Aktionsprogramme“. Die von ihm in Vorschlag gebrachte Resolution lautet:

„Die sozialdemokratische Parteiversammlung des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt die von der Agrarkommission vorgeschlagenen Programmpunkte für verfehlt der Form und dem Inhalte nach und empfiehlt deren Ablehnung, da die Ueberbleibsel dieses Entwurfes, die sich mit den sozialdemokratischen Gesamtbestrebungen in Einklang bringen lassen, zu unbedeutend sind, um eine Änderung des Programms zu rechtfertigen.“

Neben dieser war noch folgende Resolution beantragt:

„Die Parteiversammlung erklärt den Ergänzungsentwurf zum Parteiprogramm (Agrarprogramm) für unannehmbar, da derselbe sich prinzipiell widerspricht, auch agitatorisch nicht die geringste Bedeutung hat, vielmehr geeignet ist, die größte Verwirrung unter den Parteigenossen hervorzurufen. Ferner beantragt die Parteiversammlung: Der in Breslau statt habende Parteitag möge diesen Entwurf an die Agrarkommission zurückverweisen und diese beauftragte, die Agrarverhältnisse eingehend zu prüfen und das gesammelte Material in einer Broschüre niederzulegen beziehungsweise dasselbe zu einer Agitationschrift zu verwerthen. Die Delegierten zur Parteikonferenz der Provinz Brandenburg haben auf dieser für den obigen Antrag einzutreten.“

Als dritte war von Poillon die Stadthagen'sche Resolution beantragt. Eine Abstimmung über die Resolutionen erfolgte nicht, da die Diskussion bis zur nächsten Parteiversammlung, in welcher die Wahl der Delegierten zum Parteitag vollzogen werden wird, vertagt wurde. Die Versammlung vollzog sodann die Wahlen der Delegierten zur Parteikonferenz der Provinz Brandenburg. Als solche wurden gewählt die Genossen Millarg, Kiesel und Anders.

Zum Agrarprogramm

Die Preßstimmen-Sammlung über das Agrarprogramm schließen wir mit dem letzten Artikel Karl Kautsky's über unser neuestes Programm, der in der eben erschienenen Nr. 46 der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wird. Er lautet folgendermaßen:

Verstaatlichung der Hypotheken.

Die fünfte Forderung an den bestehenden Staat lautet: „Verstaatlichung der Hypotheken- und Grundschulden unter Herabsetzung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.“

Es handelt sich hier offenbar um sämtliche Hypothekenschulden, nicht bloß die des Kleinen, sondern auch des großen, nicht bloß die des ländlichen, sondern auch die des städtischen Grundbesitzes; und jedenfalls handelt es sich hier nach dem Wortlaut der Forderung nicht etwa um Gründung eines staatlichen Kreditinstitutes, das neben anderen, privaten Kreditgebern dem Grundbesitz Kredit gewährt und durch ihre Konkurrenz den Hypothekenzinssatz herabdrückt. Solche Institute bestehen bereits. Nein, es handelt sich hier um ein Hypothekemonopol des Staates. Er hat die gesammelten Hypothekenschulden zu übernehmen, und niemand hat ferner das Recht, neben ihm Darlehen auf den Grund und Boden zu gewähren.

Das ist, bei Nichtbetrachtung, nichts anderes, als eine Verstaatlichung der kapitalistischen Anrechte an den Grund und Boden, die Verstaatlichung eines erheblichen Antheils am Grundeigentum. Daß wir diesen Prozeß schon innerhalb der „bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ anstreben, dagegen sprechen dieselben Gründe, die wir bereits gegen die Verstaatlichung des Grundeigentums geltend gemacht. Wir haben gar keinen Grund, den Bauer heute zum Staatsschuldner zu machen, seine Abhängigkeit vom kapitalistischen Polizeistaat zu vermehren. Und ebenso wenig haben wir einen Grund, die Abhängigkeit des Staates von der Kapitalistenklasse zu vermehren, was die notwendige Folge der Verstaatlichung der Hypotheken wäre, denn diese ist heute nur in der Form möglich, daß der Staat seine Staatsschulden um den Betrag der Hypothekenschulden erhöht, die er verstaatlicht. Ein famoseres Geschäft für die hohe Finanz. Ob auch für den Staat?

Worin liegt dabei der Vortheil für den Bauer? Sicher ist, daß die ganze Prozedur ihm nur vorübergehende Erleichterung verschaffen würde, da ja die Quellen, denen seine Verschuldung entspringt, nicht verstopft werden. Diese Erleichterung besteht darin, daß der Zinsfuß seiner Hypotheken auf den Betrag der „Selbstkosten“ des Staates herabgedrückt wird. Was heißt „Selbstkosten“? Offenbar der Zinsfuß, den der Staat selbst zu bezahlen hat, vermehrt um die Verwaltungskosten des Hypothekendienstes. Das kann bei bürokratischer Wirtschaft ein ganz netter Posten werden, der die Vortheile der Verstaatlichung der Hypotheken für den Bauer sehr reduziert, namentlich wenn dieser gar keinen Einfluß auf die Verwaltung hat. Doch sehen wir hier davon ab.

Warum steht aber der Zinsfuß für den Staat niedriger als für den Bauer? Sicher nicht wegen des Patriotismus der Herren Kapitalisten, die sich ein Vergnügen daraus machen, dem Vaterlande Gut und Blut weihen zu dürfen, sondern zum theil deswegen, weil der Staat ein weit sicherer Zahlungsfähiger ist als der Bauer. Dieser wird leichter zahlungsunfähig als jener — wenigstens in Westeuropa. Ein Bankrott des Bauern bringt aber nicht nur zahlreiche Schrecken für den Gläubiger, sondern unter Umständen auch die Gefahr mit sich, daß der Erlaß des Gutes nicht seine Forderungen deckt, daß er einen Theil seines Kapitals verliert. Darum schlägt er auf den gewöhnlichen Zinsfuß noch eine Versicherungsprämie drauf.

Diese Prämie schenkt der Staat den Bauern bei Herabsetzung des Zinsfußes auf die Selbstkosten, und darin besteht einer der größten Vortheile des letzteren bei der Verstaatlichung im Sinne der Kommission. Aber der Staat kann nichts schenken, was er nicht anderen abgenommen. Er sichert den Kapitalisten die regelmäßige Bezahlung der ihnen gebührenden Schuldzinsen und nimmt ihnen das Risiko ab, daß sie bisher liefen, wenn sie ihr Geld auf Hypotheken anlegten. Die Verluste aus dem Hypothekendienst, die bisher die Kapitalisten getragen, muß nun er tragen, ohne die Versicherungsprämie dafür zu beziehen; das heißt, wenn Bauern bankrott werden und ihre Güter einen zu geringen Erlös erzielen, der zur Dedung der Staatsschulden nicht ausreicht, müssen die Stenerzahler, darunter die Arbeiter und Kleinbürger, den Ausfall decken. Daß sich die Bauern das gefallen lassen, unterliegt keinem Zweifel, aber ebenso wenig dürfte es zweifelhaft sein, ob wir den Grundbesitzern auf Kosten der Lohnarbeiterschaft Geschenke zu machen haben.

Unter günstigen Umständen werden freilich die Verluste beim Hypothekendienst kaum in Betracht kommen. Aber wir leben nicht unter günstigen Umständen, und es ist nicht zu erwarten, daß es zu einer Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft etc. im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung kommt. Im Gegentheil, die landwirtschaftliche Krise wird sich verschärfen, die Grundrenten sinken, und das Ende ist mit großer Wahrscheinlichkeit ein enormer Krach in der Landwirtschaft. Ihre Produkte werden unverkäuflich zu einem Preis, der die Produktionskosten deckt, die Grundbesitzer können ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ihre Güter werden subhastriert, aber niemand will sie kaufen. Der Staat bekommt keine Hypothekenzinsen von den Grundbesitzern mehr, aber seine Schuldzinsen an die Staatsgläubiger soll er fortbezahlen: das führt entweder zu einer ungeheuren Vermehrung der Steuerlasten der städtischen, industriellen Bevölkerung oder zum Staatsbankrott, zum allgemeinen Bankrott.

Nun haben wir diesen nicht zu fürchten, wenn er aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft hervorgeht, wenn er eine Folge der Herrschaft jener Klassen ist, die wir bekämpfen, und wenn er aus Maßregeln hervorgeht, die wir verwerfen. Dann

wird der allgemeine Bankrott gleichbedeutend mit dem Bankrott unserer Gegner.

Ganz anders dagegen, wenn die Sozialdemokratie sich zur Mitschuldigen an diesem Bankrott macht; wenn er verschärft wird durch Maßregeln, die sie zur „Verbesserung der Zustände“ selbst gefordert hat. Dann trifft der Verlust des öffentlichen Vertrauens auch die einzige Partei, die sonst unerschütterte Stande, und sie wird in die Niederlage des bestehenden Systems mitverwickelt, die sonst ihr Triumph geworden wäre.

Wir können innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht vorsichtig, ja mißtrauisch genug sein gegenüber „positiven“ Vorschlägen, die nicht direkt auf Hebung der Selbständigkeit und Kraft des Proletariats abzielen. Alle anderen Vorschläge, wie gut sie auch erdacht sein mögen, leiden daran, daß sie von unseren Gegnern angeführt werden müssen, und zwar innerhalb einer Produktionsweise, die beständig droht, alles gute, das die Vorschläge enthalten, in ihr Gegenteil zu verkehren.

Etwas anderes ist es, wenn wir die Verstaatlichung der Hypothekenschulden nicht als eine unserer nächsten Forderungen „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ stellen, sondern als eine revolutionäre Uebergangsforderung. Ist die Diktatur der Proletariats“ gekommen, dann wird es sicher, wenn es die Hypothekenschulden nicht einfach aufhebt, zu einer ähnlichen Maßregel schreiten müssen, wie sie die Kommission vorschlägt. Ebenso wie die Verstaatlichung des Bodens und die Bildung der Genossenschaften wird dann aber auch die Verstaatlichung der Hypothekenschulden einen ganz anderen Charakter annehmen, als in der heutigen Gesellschaft.

Da der große und der städtische Grundbesitz sofort expropriert werden, vereinfacht sich die Maßregel dadurch, daß sie nur noch den kleinbäuerlichen Grundbesitz trifft, dessen Expropriation weder rätlich, noch thöricht ist. Indem sie an Stelle seines Schuldverhältnisses zum Kapitalisten sein Schuldverhältnis zum Staat setzt, macht sie ihn von diesem abhängig. Aber es ist nicht mehr der Staat der Junker und Börsenjobber, der ihn beherrscht, sondern der Staat der Arbeiter, der im Begriff ist, sich in eine ungeheure Produktionsgenossenschaft umzuwandeln. Die Verstaatlichung der Hypotheken bringt ihn zu dieser Genossenschaft in nähere Beziehung und bereitet sein Aufgehen in dieselbe vor. Davon, daß der Staat durch diese Maßregel von der Kapitalistenklasse abhängig würde, ist natürlich keine Rede mehr. Das kapitalistische Eigentum wird ja aufgehoben, die Kapitalistenklasse hört auf, zu existieren. Was der proletarische Staat ihren bisherigen Mitgliedern zukommen läßt, ist eine Gnadengabe, keine Schuldzahlung.

Die Verstaatlichung der Hypotheken bedeutet jetzt keine Belastung des Staates, dieser kann die Hypothekenzinsen auch auf ein Minimum reduzieren und so eine wirkliche Erleichterung für die Bauernschaft herbeiführen.

Aber gleichzeitig werden auch die Quellen der Verschuldung der Bauernschaft verstopft. Die Produktion für den Markt hört auf; sofern die Bauern nicht für sich selbst produzieren, produzieren sie für den Staat. Ihre Abgaben an diesen entrichten sie in Naturalien, dafür versorgt er sie mit allem zu ihrer Existenz Nöthigen, das sie sonst vom Markt bezogen. Zum ersten mal seit der Aufhebung der Feudallasten wird die Bauernschaft dann wieder frei aufatmen können, befreit vom Joche des Bucherers und Zwischenhändlers, gesichert vor Bankrott und Proletarisierung.

Trotz dieser erleichterten und gesicherten Existenz wird die vom Kapitalismus emanzipierte Bauernwirtschaft nur eine Uebergangsform sein können. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wird das Irrationale des Einzelbetriebes bald auch dem verbodertesten Bauern einleuchten lassen. Ueberdies wird der Bauer als besondere Klasse selbst verschwinden, denn die Ausgleichung des Gegensatzes von Stadt und Land, die Vereinigung industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit wird auch den letzten Klassenunterschied aufheben, den zwischen dem Bauern und dem Industriearbeiter. Damit schwindet jeder Boden für die kleinbäuerliche Wirtschaft, diese hört auf, aber nicht wie in der heutigen Produktionsweise, durch Proletarisierung des Bauern, nachdem dieser immer tiefer und tiefer verkommen und verfunken war, sondern durch freiwilligen Uebergang zu einer höheren, rationelleren, ergiebigeren Produktionsform, nicht unter dem Druck der Noth, sondern unter der Anziehungskraft des vollkommeneren Betriebs.

Das hat die Sozialdemokratie den Bauern zu bieten — aber nicht im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Der Rest.

Der Rest des Agrarprogramms ist unbedeutend und kann rasch erledigt werden.

§ 16 fordert in seinem ersten Absatz (der zweite wurde schon erwähnt) Verstaatlichung der Mobilien- und Immobilienversicherung (Feuer-, Hagel-, Wasser-, Diebstahl-, Viehversicherung u. s. w.) und möglichst Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige.

Bisher hat sich unsere Partei aus wohlberichtigtem Mißtrauen gegen den kapitalistischen Polizeistaat der staatlichen Versicherung des Eigentums gegenüber sehr kühl verhalten, und wir sehen keinen Grund, warum sie von ihrer bisherigen Haltung abweichen soll. Ueberdies ist diese, in einzelnen Punkten schon mehrfach durchgeführte Forderung viel zu kleinlich für das Programm einer Kampfpartei. Wenn man solche Forderungen aufstellen will, dann sehen wir nicht ein, warum man nicht auch etwa die Ausdehnung des Bereichs von unpfändbarer Habe oder den Schutz der Bauern und Bauhandwerker vor Uebervertheilung durch die Bauunternehmer und dergleichen mehr ins Programm aufnimmt.

Derartige Paragraphen passen sehr gut in ein Wahlprogramm bei Landtags- oder Gemeindevahlen, sie können die Grundlage zu sehr nützlichen Gesekentwürfen abgeben, aber sie gehören nicht in das Parteiprogramm, das nur die wichtigsten, notwendigsten und kennzeichnendsten aller Forderungen zu enthalten hat.

Zu kleinlich ist auch der zweite Theil des § 17 (den ersten Theil haben wir schon besprochen), der fordert: „Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, Geben eines vollen Entschädigung für Wild- und Jagdfälle.“

Was da verlangt wird, besteht bereits in Frankreich. Diese Privilegierung des Grundbesitzes scheint aber ihre Mängel zu haben, denn das französische Agrarprogramm verlangt die Aufhebung desselben Zustandes, nach dem das deutsche ruff, und fordert „Freiheit der Jagd und des Fischfangs“ für jedermann, nicht bloß für die Grundeigentümer.

Um was handelt es sich hierbei? Offenbar nicht darum, jedermann das Jagdvergnügen zugänglich zu machen, sondern vielmehr darum, den Bauer vor Wildschaden zu schützen und ihn in Stand zu setzen, dem übermäßigen Anwachsen des Wildstandes wirksam entgegenzutreten zu können.

Es gäbe aber noch andere Modalitäten, als die vorgeschlagenen, um dies zu erreichen. Heute besitzt in Deutschland jeder das Jagdrecht auf seinem Grund und Boden, soweit er eingezäunt ist, und auf dem uneingezäunten dann, wenn sein zusammenhängender Grundbesitz ein gewisses Minimum erreicht (in Preußen 75 Hektar). Dies Privilegium des größeren Grundbesitzes ist die Hauptursache des Wildschadens, den der benachtheiligte kleine Grundbesitz erleidet. Um diesen davor zu schützen, giebt es noch andere Wege, als die Ausdehnung des Privilegiums auf alle Grundbesitzer, wie das deutsche Agrarprogramm, oder die völlige Freigabe der Jagd an jeden Besitzer eines Gewehres, wie es das französische fordert. Ueber das Jagdrecht auf dem kleineren Grundbesitz verfügen heute nicht die einzelnen Besitzer, sondern die Gemeinden oder die Genossenschaften der beteiligten Grundbesitzer. Die Verpachtung des Jagdrechts ist für manche Gemeinde eine wichtige Einnahme, eine wesentliche Unterstützung für das Schulwesen, Wege- und Brückenbauten etc.

geworden. Statt die Verfügung über das Jagdrecht der Gemeinde zu nehmen und es jedem einzelnen Grundbesitzer zu geben, wie die Agrarkommission will, wäre es vielleicht besser, das Verfügungsrecht der Gemeinden auszu dehnen und auch den großen Grundbesitz ihm zu unterwerfen. Dann würde auch dafür gesorgt, daß der Wildstand auf den großen Gütern nicht zu sehr anwächst.

Doch dies nur nebenbei, um zu zeigen, daß es noch andere Wege gibt, den Kleinbauern vor übermäßigem Wildschaden zu schützen, als den von der Kommission angezeigten. In das Programm selbst gehört die Sache keineswegs.

Somit über den Grundbesitzerbeschut. Nun noch einige Worte über den Arbeiterschutz. Auch in die speziellen Forderungen zum Schutze der Arbeiterklasse hat die Agrarkommission einige Einfügungen gemacht.

Mit der Forderung im § 4 kann man sich wohl einverstanden erklären: „Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthöfen und Heimarbeiter, sowie für Handlungsgehilfen“, obwohl sie uns etwas zu kleinlich für das Programm erscheint. Wir würden es vorziehen, wenn der Parteitag sich begnügt, in einer Resolution Stellung zu dieser Frage zu nehmen, die zu jenen speziellen Fragen gehört, welche zu beantworten werden müssen, aber so zahlreich an uns herantreten, daß es unmöglich ist, sich mit ihnen im Programm zu beschäftigen. Wohin lämen wir damit, wenn wir heute eine Forderung bezüglich der Gewerbegerichte in dasselbe aufnehmen, morgen etwa eine bezüglich des unentgeltlichen Arbeitsnachweises, dann wieder eine bezüglich der Kündigungskrisen u. s. w. u. s. w.

Gegen die Einfügung in § 6, welche Vereinbeilichung der gesamten Arbeiterversicherung und deren Ausdehnung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen verlangt, haben wir nichts einzuwenden.

Dagegen können wir uns für die anderen Vorschläge der Kommission zum Arbeiterschutz nicht begeistern, so schön sie auf den ersten Blick aussehen.

Da haben wir zunächst die Forderung: „Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Landwirtschaft“. Dem Wortlaut nach handelt es sich hier um eine Ausdehnung, tatsächlich um eine Einschränkung.

Unser Programm stellt keine bestimmten Forderungen „zum Schutze der Arbeiterklasse“, also der gesamten Klasse der Lohnarbeiter, nicht bloß der Arbeiter der Industrie, sondern auch der Landarbeiter. Die Agrarkommission fordert außerdem noch die sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Landwirtschaft. Sie verlangt also für die Landarbeiter dasselbe zwei Mal; zuerst unbedingt, dann mit der Einschränkung: „sachgemäß“, welches Kautschukwort eine bedenkliche Ähnlichkeit mit anderen Kautschukworten, etwa der „Schonung berechtigter Interessen“ hat. Aber der Sach von der „sachgemäßen“ Ausdehnung ist nicht bloß vag und überflüssig, er ist auch irreführend, weil er den Anschein erweckt, als hätte sich bisher die Sozialdemokratie um die Landarbeiter nicht gekümmert, und erst der Agrarkommission sei es eingefallen, Arbeiterschutz-Gesetze für sie zu verlangen.

In dem überflüssigen Satz findet sich aber noch ein besonders überflüssiges Wort: sachgemäß. Die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auf die Landwirtschaft soll nur „sachgemäß“ erfolgen. Ja, könnte es jemand im Traume einsinken, eine andere Art der Ausdehnung des Schutzes zu fordern? Sicher kann man die Landwirtschaft nicht nach der Schablone der Großindustrie behandeln, aber auch andere Berufsarten haben ihre Besonderheiten. Auch auf das Seewesen lassen sich die Arbeiterschutz-Gesetze der Großindustrie nicht ohne weiteres anwenden. Warum fordert die Kommission, wenn sie etwa besorgt ist, wir könnten schablonenhaft vorgehen wollen, nicht die „sachgemäße Ausdehnung“ auf das Seewesen?

Die Forderungen, die unser Programm in bezug auf den Arbeiterschutz aufstellt, sind das nächste Ziel, das wir in dieser Hinsicht erreichen wollen für die gesamte Arbeiterklasse. Ueber die Art und Weise, wie es in jedem einzelnen Berufsgebiete erreicht werden soll, sagt unser Programm bisher gar nichts und braucht nichts zu sagen, das ist Sache der Gesetzgebung, die überall, nicht nur in der Landwirtschaft, „sachgemäß“ vorgehen muß, mag sie die Schutzgesetze, die für die Fabrikarbeiter gelten, auch auf den Bergbau ausdehnen, auf die Hausindustrie, auf das Handelsgewerbe, auf die Schifffahrt, auf Gaswirtschaften oder Schaustellungen u. s. w.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite.

Unsere Aufgabe ist es nicht, eine Sonderbewegung der Landarbeiter zu schaffen, sondern diese in den Klassenkampf des gesamten Proletariats hineinzuziehen. Nicht was sie von den anderen Arbeitern fordern, haben wir hervorzuheben, sondern was sie mit ihnen einigt. Wir haben ihnen zu zeigen, daß sie unter demselben Drucke leiden, wie die anderen Proletarier, daß sie dieselben Feinde haben und dieselben Ziele, daß sie nur Hand in Hand mit ihren Brüdern in den anderen Erwerbszweigen sich betreiben können.

Darauf haben unsere Agitatoren auf dem Lande zu achten. Das Programm weist sie aber in eine falsche Richtung, wenn es selbst für die Landarbeiter eine Ausnahmestellung statuiert.

Das Bedenken spricht auch gegen den Zusatz, den die Kommission zum folgenden § 2 beantragt. Dieser lautet bisher: „Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern!“ Das genügt der Kommission nicht. Sie fordert dazu noch: „Ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks-Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftskammern.“

Das Programm fordert bisher schon Arbeitsämter und Arbeitskammern für Stadt und Land. Die Agrarkommission hat nichts dagegen einzuwenden, sie fordert aber daneben noch besondere Arbeitsämter und Arbeitskammern mit genau denselben Funktionen für das Land. Das erscheint uns denn doch des guten etwas zu viel. Aber sehen wir ab von der unglücklichen Stilförmigkeit, was soll hier wieder die Sonderstellung der Landwirtschaft? Warum sollen die Landarbeiter künstlich von der Masse der Proletarier abgefordert werden? Etwa weil die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft andere sind, als in der Großindustrie? Aber das gilt auch für andere Berufsgebiete, und wenn wir die Konsequenzen des Vorschlags der Kommission verfolgen, erhalten wir auch Seemannsämter und -Kammern, ferner solche für Vergleute, Kaufleute, Gastwirthe u. s. w. Kurz, aus der Institution der Arbeitsämter und -Kammern entspringt dann das reaktionäre Ideal der Christlich-Sozialen, die berufsgenossenschaftliche Organisation.

Das unsere Ziele anders sind, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen.

Wir begreifen das Bedürfnis der Agrarkommission, das Wort „Landwirtschaft“ im Parteiprogramm so oft als möglich zu sehen, aber sie scheint uns im Eifer über das Ziel geschossen zu haben.

Ende gut, alles gut. Wir haben nur noch den Schluß des § 2 zu betrachten, und der scheint unanfechtbar: „Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.“ In der That, wer könnte dieser wohlmeinenden Forderung seine Zustimmung versagen? Auch unser wüthendster Gegner muß ihr zustimmen. Und doch hat auch diese Forderung einen Haken, obwohl sie anscheinend nichts ist als der harmloseste aller Gemeinplätze.

Der Satz verlangt Fürsorge für die Gesundheit bloß der Arbeiter. Aber ist es gerechtfertigt, nur für deren Gesundheit zu sorgen, und ist es auch nur möglich? Kann man etwa Maßregeln gegen Nahrungsmittelverfälschung nur für Arbeiter treffen? Oder städtische Wasserleitungen bloß für Arbeiter bauen? Fieberchwangere Moräste bloß für Arbeiter trocken legen?

Eine durchgreifende Fürsorge für die Gesundheit der Arbeiter allein kann sich nur auf die Fürsorge für sie während des Arbeitsprozesses beziehen; diese Fürsorge heißt — Arbeiter-schutz-Gesetzgebung und ist bereits im § 1 gefordert.

Die durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter ist also entweder die schlecht stilisierte Wiederholung einer bereits klar und deutlich gestellten Forderung oder sie hat überhaupt keinen Sinn.

Auf jeden Fall ist sie mehr als überflüssig.

Bauernagitation.

Die Vorschläge der Agrarkommission zum Schutze der Arbeiterklasse enthalten keine einzige bestimmte Forderung zum Schutze der Landarbeiter allein. Sie wußte nichts anderes zu thun, als für diese nur mit „sachgemäßer Anwendung“ dasselbe zu verlangen, was das Programm für die gesamte Arbeiterklasse bereits verlangt. Das hat nicht gerade den formell besten Ausdruck gefunden, aber es ist im wesentlichen vollkommen „sachgemäß“. Wie sehr auch vom technischen Standpunkt die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter von denen der anderen Arbeiter verschieden sein mögen, ihre Klassenlage ist die gleiche, ihre Klasseninteressen sind dieselben. Wir haben nicht besondere Forderungen für die Landarbeiter zu erheben, sondern zu verlangen, daß für sie derselbe Boden des Klassenkampfes geschaffen werde, auf dem auch die anderen Arbeiter ihre Kämpfe auszufechten haben, daß ihnen derselbe Schutz des Staates zu physischer und geistiger Hebung zu Theil werde, dessen ihre Genossen in der Industrie bedürfen.

Wenn das Agrarprogramm unserer Kommission keine einzige konkrete Forderung zum besonderen Schutze der Landarbeiter enthält, so ist das demnach kein Zufall und auch keine Nachlässigkeit; die Agrarkommission hat sicher mit heiligem Ernsten nach einer derartigen Forderung gesucht. Das heißt aber mit anderen Worten nichts anderes, als daß es ein besonderes sozialdemokratisches Agrarprogramm für die Arbeiterklasse auf dem Lande nicht gibt und nicht geben kann. Ein Agrarprogramm, ein Programm, welches besondere Forderungen zur Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufstellt, kann also nichts anderes sein, als ein Programm zur Wahrung der Interessen der Grundbesitzer. Und wenn es sich schämt, um nicht reaktionär zu werden, den Schutz des kleinen Grundbesitzers besonders zu proklamieren, dann wird es naturgemäß ein Programm zur Wahrung der Interessen des gesamten Grundbesitzes, des großen wie des kleinen.

Welches war aber dann die Aufgabe, die man der Agrarkommission stellte, wenn man ihr die Ausarbeitung eines Agrarprogramms anvertraute? Keine andere als die, eine Harmonie der Interessen ausfindig zu machen zwischen den Grundbesitzern und den Beschäftigten, die Bestrebungen zur Erhaltung des Grundbesitzes in Einklang zu bringen mit den Bestrebungen nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit einem Wort, man stellte der Kommission die Aufgabe, die Quadratur des Kreises zu finden.

Daß sie dabei gescheitert ist, war unvermeidlich. Die Schuld daran liegt nicht an der Kommission, sondern an ihrer Aufgabe. Das Programm der Kommission hätte erheblich besser stilisiert und angeordnet sein können, aber es wäre ihr mit dem besten Willen nicht möglich gewesen, ein in den wesentlichen Punkten besseres Programm auszuarbeiten.

Darum würde es auch gar nichts nützen, wenn man das Programm an die Agrarkommission zurückverweise oder gar eine neue Kommission wählte, mit dem Auftrag, bessere Vorschläge zu machen. Wo sollen diese herkommen? In der bestehenden Agrarkommission ist eine Summe von Erfahrung, Talent und Wissen vertreten, die eine Bereicherung für jede Partei bilden würden. Das Resultat ihrer Arbeit ist unbrauchbar. Früher schon haben die französischen Genossen allen ihren Scherzmann ausgeboten, ein Agrarprogramm zu entwerfen, das Resultat ist ein noch bedenklicheres als das unserer Kommission. Und jetzt, bei der Diskussion in der Parteipresse, gibt es zwar kaum einen Punkt des neuen Programms, der der Beurteilung entginge, aber einen akzeptablen Gegenvorschlag haben wir noch nicht vernommen. Das ist denn doch kein Zufall, es beweist, daß die Schuld an dem unbefriedigenden Charakter des Agrarprogramms nicht an den Personen liegt, sondern an der Aufgabe.

Ein sozialdemokratisches Agrarprogramm für die kapitalistische Produktionsweise ist ein Unding.

Es ist von vornherein dazu verurtheilt, widerspruchsvoll zu sein. Je entschiedener es den Schutz und die Befestigung des Grundbesitzes betont, desto mehr kommt es in Widerspruch zu dem proletarischen, revolutionären Charakter unserer Bewegung. Je mehr es das vermeiden will, desto kleinlicher, zaghafter, wirkungsloser müssen seine Forderungen werden. Das deutsche Agrarprogramm war in lobenswerther Weise bemüht, jener Charakters zu entgehen, aber es konnte das nicht, ohne in diese Scylla zu geraten.

Der größte Theil dessen, was unser Agrarprogramm verlangt, landwirtschaftliche Fachschulen, Abschaffung der Privilegien des großen Grundbesitzes, Staatskredit an Meliorationsgenossenschaften, staatliche Viehverversicherung, freies Jagdrecht auf eigenem Boden, besteht bereits in dem einen oder anderen Staat, ohne daß die Bauern sich dort besser befänden. Andere Forderungen, wie Erhaltung und Erweiterung der Allmenden und der Waldnutzungen, sind reaktionär. Der Rest sind Forderungen, die wir einmal selbst in der einen oder anderen Form werden durchführen müssen, indes nicht als Mittel zur Rettung des Grundbesitzes, sondern als Uebergangsmittel zur Ueberführung in Gemeineigentum. In der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, unter dem Drucke der kapitalistischen Produktionsweise von unseren Gegnern durchgeführt, müssen diese Maßregeln entweder ebenso kleinlich und darum wirkungslos werden, wie die oben erwähnten oder, wenn wirklich herzhast und entschieden angepaßt, was aber kaum zu erwarten, das Gegentheil dessen bewirken, was sie bewirken sollen.

Welche Mittel im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung immer wir erfinden mögen, an die Wurzeln der Nothlage der Bauernschaft kommen wir damit auf keinen Fall, denn diese Nothlage wurzelt eben in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Die alte Naturalwirtschaft, die alte Selbstgenügsamkeit des Bauern ist für immer dahin. Er wird naturnotwendig von Tag zu Tag abhängiger vom Markt, und ebenso naturnotwendig verschlechtert sich dort von Tag zu Tag seine Position infolge der Entwicklung der modernen Produktionsweise. Könnte er sich der Konkurrenz des Großbetriebes noch einigermaßen erwehren, wenn auch nur dadurch, daß er zu dem schlechtesten genährten und am meisten überarbeiteten Lastthier herabsinkt, so ist es ihm unmöglich, der Konkurrenz Widerstand zu leisten, die ihm durch die Entwicklung des modernen Verkehrswezens entsteht, eine Entwicklung, die keineswegs zu ihrem Abschlusse gelangt ist, und die den überlasteten Bauern des ausgezogenen Europa dem Wettbewerb des fruchtbarsten, jungfräulichen Bodens, der glühlichen Klimate, der bedürfnislosesten Arbeiter preisgibt.

Diese Entwicklung vollzieht sich weit entschiedener und rascher, als irgend eine Sozialreform zu Gunsten der bäuerlichen Bevölkerung sich vollziehen kann. Nur eine Rettung gibt es für diese: Aufhebung der bestehenden Produktionsweise, Aufhebung der Konkurrenzwirtschaft, der Produktion für den Markt, Uebergang der Produktion für den Selbstgebrauch, aber nicht Rückkehr zur alten überwundenen Naturalwirtschaft, sondern Produktion für den Selbstgebrauch der Gesellschaft, der Nation oder, konkreter gesprochen, des Staates, der sich zu einer großen Produktiv-Genossenschaft umwandelt.

Für keine Klasse ist die soziale Revolution bringender notwendig geworden, als für die Bauernschaft, keiner kann im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung weniger geholfen werden, als ihr. Jedes Agrarprogramm, das

den Bauern Verbesserung der Zustände in der Landwirtschaft, Verbesserung ihrer Verhältnisse als Landwirthe im heutigen Staat, in der heutigen Gesellschaft in Aussicht stellt, ist eine Täuschung, und überdies noch eine Täuschung, welche die Bauern geradezu unseren Gegnern in die Arme treibt. Denn so lange der Bauer noch daran glaubt, daß ihm innerhalb der heutigen Gesellschaft geholfen werden kann, wird er sich von den agrarischen Parteien immer mehr angezogen fühlen, als von uns.

Wie praktisch und agrarisch wir uns auch geben können, wir werden, sobald wir an die Interessen der Bauern als Landwirthe appellieren, nie mit den Konservativen, den Antisemiten und deren Abzweigungen konkurrieren können, aus dem einfachen Grunde, weil wir freiz in erster Linie eine Partei des Proletariats bleiben werden, und weil wir den Bauern gegenüber stets durch Rücksichten auf dieses gebunden sind, die der Konservative und der Antisemit nicht kennt.

Der Bauer, der Lohnarbeiter beschäftigt, steht von vornherein in einem Interessengegensatz zu uns. Aber auch der Bauer als Verkäufer von Nahrungsmitteln steht in einem Gegensatz zum Proletarier als Käufer davon. Eine in unseren Kreisen sehr populäre Debatte will zwar in diesem Punkte eine Interessensharmonie zwischen Bauern und Proletariern ausfindig machen, aber dieselbe erinnert uns etwas an den Beweis der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Bauern, sagt man, haben ein Interesse an hohen Löhnen, je höher die Löhne, desto mehr Lebensmittel kaufen die Arbeiter. Das ist richtig, aber nicht minder richtig ist ja die Behauptung, daß nicht bloß die Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter ein Interesse an einem günstigen Geschäftsgang haben. Aber Interessengemeinschaft in einem Punkt schließt eine Gegnerschaft an einem anderen, entscheidenden nicht aus. Das nächste und wichtigste Interesse des Bauern als Verkäufer von Lebensmitteln sind nicht hohe Löhne, sondern hohe Lebensmittelpreise. Das nächste und wichtigste Interesse des Proletariats als Käufer von Lebensmitteln sind dagegen niedere Preise derselben. Dieser Gegensatz ist kein unwichtiger, er tritt gerade heute scharf zu Tage in der Gegnerschaft unserer Partei gegen die Lebensmittel-Jölle und die verwandten Mittel.

Die bequemste und nächstliegende Manier, den Landwirthen zu helfen, die auf den Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte angewiesen sind, besteht darin, die Preise ihrer Produkte künstlich zu erhöhen, das heißt die Konsumenten zu plündern. Wie verschieden, ja gegensätzlich die Interessen der großen und der selbständigen Kleingrundbesitzer auch sein mögen, in diesem Punkte, dem praktisch zunächst wirksamsten, sind sie einig. Sie alle verlangen, daß der Staat die Konsumenten brandschätze und die Taschen der Grundbesitzer fülle. Die Lebensmitteljölle, die Liebesgaben, der Simetallismus, der Antrag Kaniz haben keinen anderen Zweck.

Daß wir diese Erpressung von Geschenken an die Landwirthe entschieden bekämpfen müssen, ist klar, aber ebenso klar zeigt dies, daß eine Partei des industriellen Proletariats den Bauern als Landwirthen in wichtigen Punkten erheblich weniger zu bieten hat, als Konservative, Antisemiten und Bauernbündler.

Unter diesen Umständen heißt es nur Wasser auf die Mühle dieser Parteien führen, wenn wir den Bauern selbst erklären, daß die Zustände in der Landwirtschaft keineswegs hoffnungslos sind, und daß ihnen als Landwirthen durch einzelne Maßregeln innerhalb der heutigen Gesellschaft geholfen werden könne. Wir unterscheiden uns dann von den agrarischen Parteien nur durch die einzelnen Maßregeln, die wir für die Bauern haben, und wie lang wir auch die Leporellosliste derselben ausdehnen mögen, bei der Vergleichung unserer Forderungen mit denen der Agrarier werden die Landwirthe in diesen immer noch mehr finden, das ihr Herz erfreut, als bei uns.

Nur der hoffnungslose Bauer wird Sozialdemokrat, nur derjenige, der die Ueberzeugung gewonnen hat, daß ihm im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht zu helfen ist.

Unsere Aufgabe gegenüber den Bauern besteht nicht darin, uns auf ein Wettbieten mit den Agrariern einzulassen, bei dem wir stets den Kürzeren ziehen müssen, sondern wir haben nachzuweisen, daß keine Partei im Hande ist, den Bauern etwas Erhebliches, Durchführbares im Rahmen der heutigen Gesellschaft zu bieten, daß die einzige Partei, die ihnen helfen kann, die Sozialdemokratie ist, weil diese die einzige revolutionäre Partei ist.

Das haben wir den Bauern zu sagen. Möglich, daß das nicht sehr „praktisch“ ist, aber es ist wahr und notwendig. Möglich auch, daß das die Bauern nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Das wäre sicher schlimm, würde aber nur beweisen, daß die Bauern noch nicht reif sind für uns, daß die Zeit zu einer Bauernagitation noch nicht gekommen ist, es würde aber nie beweisen, daß wir unser Programm auf das Niveau bäuerlicher Einseitigkeit herab zu bringen haben.

Alles hat seine Zeit und seine Vorbedingungen, auch die Bauernagitation. Wo diese Bedingungen nicht gegeben sind, da nützen die größte Schläueit und die feinsten Diplomatenkünste nichts.

Wohl scheint es, daß die Vorbedingungen einer wirksamen Bauernagitation in Deutschland noch nicht überall gegeben sind; sicher ist es aber, daß in zahlreichen Gegenden diese Vorbedingungen bereits vorhanden sind, ja, wir wissen Gegenden, und zwar in Süddeutschland, wo der Bauer nicht nur nicht in Entsetzen geräth, wenn man ihm von der sozialen Umwälzung spricht, sondern wo er gerade danach verlangt, daß die sozialistischen Agitatoren ihm davon sprechen.

Gravanzufinden, wo und inwiefern die Vorbedingungen einer ersprießlichen, prinzipiellen Bauernagitation gegeben sind, das wäre eine wichtige Aufgabe der Agrarkommission gewesen, deren Lösung und manche Kraftverschwendung, manches Lebergel erpact hätte. Das Austitteln der Gaben, die das Proletariat dem Grundbesitz zu bieten hat, war dagegen eine hoffnungslose Aufgabe; jeder Versuch, sie zu lösen, mußte in die Irre führen und eine Verschwendung an Kraft und Zeit hervorgerufen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Brettschreiben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde muß bis zum 26. d. Mts. ausfallen.

E. K., Landberger Allee. Ist es dem Hausdiener nicht möglich, selber auf die Redaktion zu kommen?

D. A. 95. Hoyer wurde 1810 von den Franzosen erschossen.

P. 50. Verzüglichem Rath geben wir nicht.

W. Erbe. Für den totalen Theil nicht aufnahmefähig, flechten Sie die Angelegenheit in einen Versammlungsbericht ein.

P. 2. Der Ausdruck „Barrikaden“ war, dem Französischen entnommen, 1848 ganz allgemein. Die Franzosen hatten das Wort und die Sache schon im Mittelalter; z. B. bei den Kämpfen der ersten Pariser Kommune — 1358 — wurden „barrikades“ gebaut.

W. J. Da Sie Post-Abonnement haben, müssen Sie sich in der Sache an die Post wenden. Das eingezahlte Geld werden Sie kaum zurückerhalten.

Briefkasten der Expedition.

100 Mark als erste Rate von Genossen R. Plator für den Sohn der ertrunkenen Familie Hinz erhalten zu haben, beschließt R. Wengels.